

Austr.

2253

Auske.

Jaguer

2253

DIE
WAHLPRÜFUNG
IN DEN MODERNEN STAATEN

UND EIN
WAHLPRÜFUNGSGERICHTSHOF FÜR ÖSTERREICH.

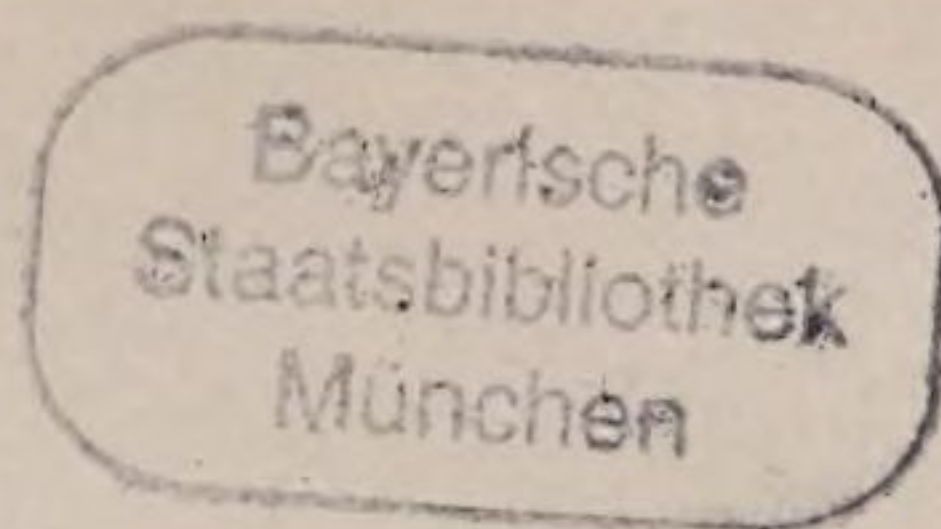
EINE STAATSRECHTLICHE ABHANDLUNG

VON
Dr. HEINRICH JAQUES.



WIEN.
MANZ'sche K. K. HOF-VERLAGS- UND UNIVERSITÄTS-BUCHHANDLUNG.
1885.





Inhalts-Verzeichniss.

	Seite
Zur Einleitung	1
I. Die Theilung der Gewalten. Die richterliche Gewalt im Staate	9
II. Der Entwicklungsgang und die heutige Gesetzgebung	17
III. Das österreichische Gesetz. Competenzconflict zwischen Reichsgericht und Parlament	38
IV. Die Literatur	50
V. Die leitenden Grundsätze	54
VI. Der Antrag Coronini	59
VII. Der Gesetzentwurf	63
VIII. Schlusswort	71

A n h a n g.

I. Gesetzentwurf über den Wahlprüfungsgerichtshof	81
II. Gutachten über die Prüfung der Verfassungsmässigkeit der Gesetze durch die Gerichte	89
III. Gesetzesantrag des Abgeordneten Grafen Franz Coronini . . .	115

Berichtigung.

In Abschn. III. hätte es auf S. 44, Zeile 4 von oben der Note ³¹⁾ anstatt: „Schon in einem früheren Falle aber“ heissen sollen: „Schon in einem der frühesten Fälle aber“ u. s. f.

Zur Einleitung.

Zweiundzwanzig Jahre sind verflossen, seit ich das Gutachten über die Prüfung der Verfassungsmässigkeit der Gesetze durch die Gerichte schrieb, welches, weil es in enggeschlossener Form die principiellen Grundlagen der nachfolgenden Ausführungen enthält, im Anhange zu der vorliegenden Schrift (sub II.) auf's Neue veröffentlicht wird. Ich hatte es mit demselben zum ersten Male unternommen, vor den deutschen Juristentag zu treten und war freudig bewegt, als sich ergab, dass das gleichzeitig von Gneist vorgelegte Votum auf anderem Wege zu übereinstimmenden Resultaten gelangt war, sowie dass der geistvolle Wächter als Referent auf der Plenarversammlung zu Mainz unseren beiderseitigen Ausführungen beitrug. Die Frage, deren Erörterung damals für den vierten Juristentag vorbereitet wurde, war eine sehr bedeutungsvolle. Es handelte sich um nichts Geringeres, als um die Abgrenzung der Befugnisse der richterlichen Gewalt gegenüber der gesetzgebenden im constitutionellen Staate, um die Schranken, mit denen auch die letztere zu umgeben sei, damit das bestehende positive Verfassungsrecht nicht von ihr durch Machtmissbrauch verletzt werde. Probleme, solcher Art lagen der wissenschaftlichen und politischen Welt überhaupt und der Oesterreichs insbesondere leider damals noch recht ferne. Wohl hatten Einzelne in ihren auf

Wiedererweckung verfassungsmässiger Zustände in Oesterreich gerichteten Schriften sie gestreift, wie etwa Perthaler in seiner „Palingenesis“, wie Victor v. Andrian in einer um jene Zeit veröffentlichten Denkschrift, wie ich selbst in „Oesterreichs Desorganisation und Reorganisation“ und in dem, was an die Stelle des beabsichtigten zweiten Theiles dieses Werkes getreten war.¹⁾

Was wollte aber all' das zu einer Zeit bedeuten, in welcher angesichts der unmittelbar zuvor in's Leben getretenen Februar-Verfassung ausschliesslich drei grosse Fragen alle politisch Denkenden beherrschten: die Frage, wie die Landtage sich zur Reichsvertretung, wie ferner Ungarn mit seinen Nebenländern sich zur Verfassung und zum Reiche verhalten, in welchem Umfange endlich die Vertretungskörper reelle Macht erlangen würden gegenüber der Krone. Es kam hinzu, dass die Geister in jenen Tagen noch überwiegend von Rotteck-Welcker'schen Doctrinen und von den Lehren des französischen Constitutionalismus erfüllt waren, während man erst sehr allmählig begann, das Wesen des englischen, sowie des nordamerikanischen und schweizerischen Staatsrechts zu durchdringen und damit die Gefahren kennen zu lernen, welche der schrankenlose Volkswille ganz ebensogut als der schrankenlose Herrscherwille über Recht und Freiheit heraufzubeschwören im Stande ist.

So mussten denn wissenschaftliche Erörterungen, welche sich mit den oben angedeuteten Problemen beschäftigten, damals unausweichlich dem Schicksale verfallen, zu verrauschen, und erst durch schmerzliche Erfahrungen des praktischen Lebens eine verspätete Legiti-

¹⁾ „Ueber unser Parlament“, 1861; „Die Verfassung und unsere dringendsten Aufgaben, 1861; „Eine Studie über Revolution und Reaction in Oesterreich“, erst 1868 im Concordiakalender erschienen. Auch die Schrift „Alexis de Tocqueville“ stammt schon aus jener Zeit, obgleich sie erst 1876 anlässlich des Anastasius Grün-Jubiläums, veröffentlicht worden ist

mation zu erlangen. Wer heute in meinem erwähnten Gutachten Stellen wie die folgenden liest:

„es bleibe ein vollständiges Analogon der Cabinetsjustiz, „wenn ein in gehöriger Form erlassenes Gesetz einen verfassungswidrigen Inhalt hat“, und es komme dabei ganz auf Eins hinaus, „ob nun solche Justiz in dem Cabinet des Souveräns oder in der Kammer der Volksvertretung ihren Ausgangspunkt gefunden hat“. Oder: „wir unsererseits vermögen selbst in der von Bluntschli geäußerten Hoffnung, dass namentlich die Volksvertretung sich immer ihrer Stellung bewusst bleiben und das lebendige Gefühl ihrer Pflichten gegen die Verfassung bewahren werde, eine Garantie gegen verfassungswidrige Gesetze und gegen die Anwendung ungiltigen Rechtes nicht zu erkennen.“ Oder endlich:

„das postulierte Prüfungsrecht der Gerichte bietet ein sehr erspriessliches Mittel dar, um die gesetzgebende und die Regierungsgewalt zu veranlassen, in ihren verfassungsmässigen Schranken zu verbleiben, um also einerseits vor der Willkür des Staatsoberhauptes, andererseits vor der oft nicht minder gefährlichen Tyrannei der Majoritäten zu schützen“ —

der wird bei nur einiger Unbefangenheit keinen Augenblick anstehen, einzuräumen, dass all' das in Oesterreichs jüngster parlamentarischer Geschichte actuell geworden ist, dass all' die Gefahren, auf welche hingewiesen und gegen welche Schutzwehren zu errichten verlangt wurde, sich ihrem vollen Umfange nach verwirklicht haben, weil eben die Errichtung jener Schutzwehren verabsäumt worden war. In der That, wären im Jahre 1867 bei der Umgestaltung der Februar-Verfassung in die nunmehr geltende Aeusserungen beachtet worden, die sich heute gleichsam als eine Vorahnung der Gegenwart dar-

stellen, so wäre eine ganze Reihe von Verfügungen und Unterlassungen vollständig unmöglich gewesen:

I. man hätte nicht in dem Staatsgrundgesetze über die richterliche Gewalt²⁾ den Satz feststellen dürfen, dass die Prüfung der Giltigkeit (resp. Verfassungsmässigkeit) gehörig kundgemachter Gesetze den Gerichten nicht zustehe (Art. 7);

II. man hätte bei dem Staatsgrundgesetze über die Einsetzung eines Reichsgerichtes³⁾ nicht daran vergessen können, den Erkenntnissen dieses Tribunals executive Kraft einzuräumen, beziehungsweise die Gerichte und Verwaltungsbehörden zur Vollstreckung derselben zu verpflichten, ebensowenig als man hätte vergessen können, dem Gesetze vom 25. Juli 1867 über die Verantwortlichkeit der Minister⁴⁾ einen Zusatz beizufügen, wonach die Unterlassung der Vollstreckung der reichsgerichtlichen Erkenntnisse unter die Sanction der Ministeranklage gestellt worden wäre;

III. man hätte weiters bei der Zusammensetzung des Reichsgerichts nicht daran denken können, die Mitglieder desselben auf Grund von Vorschlägen der beiden Häuser des Reichsrathes ernennen, also die jeweiligen politischen Parteimajoritäten bei der Organisation eines mit den grösstmöglichen Garantien politischer Unbefangenheit zu umgebenden höchsten Gerichtshofes massgebend sein zu lassen⁵⁾;

IV. man hätte ebensowenig bei der Feststellung des Gesetzes über die Geschäftsordnung des Reichsrathes⁶⁾, ferner der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses und überhaupt, die Frage offen lassen können, wer im Zweifel darüber zu entscheiden habe, ob im Sinne des Grundgesetzes

²⁾ Vom 21. Dec. 1867, Nr. 144, R. G. B.

³⁾ Vom 21. Dec. 1867, Nr. 143, R. G. B.

⁴⁾ Nr. 101, R. G. B.

⁵⁾ §. 5 des oben citirt. Ges.

⁶⁾ Vom 12. Mai 1873, Nr. 94, R. G. B., s. §. 10.

über die Reichsvertretung (§. 15) zu einem Beschlusse eine Mehrheit von wenigstens zwei Drittheilen der Stimmen der Anwesenden und die Anwesenheit von mindestens der Hälfte der Mitglieder erforderlich sei. Ist ja doch durch dieses Stillschweigen das geradezu abnorme Resultat herbeigeführt, dass nunmehr ein einzelner Parteimann, der jeweilige Präsident des Abgeordnetenhauses — ebenso sehr im Widerspruch mit dem Geiste der Verfassung, als mit seinen nach der Geschäftsordnung im Uebrigen eng begrenzten Befugnissen ⁷⁾ — über eine der cardinalsten, zudem oft genug sehr streitigen und schwierigen Fragen des positiven Verfassungsrechts nach seinem arbiträren, nicht einmal durch Bekanntgabe von Entscheidungsgründen dem Walten rein persönlicher Willkür entrückten Ermessen endgiltige, unabänderliche Entscheidungen trifft.

V. man hätte endlich auch nicht über die Frage stillschweigen dürfen, wer im Zweifel darüber zu erkennen habe, ob eine Gesetzesvorlage der Competenzsphäre des Reichsrathes oder aber der Landtage angehöre, wodurch man neuerdings im concreten Falle auf jene beispiellos mangelhafte Entscheidungsquelle angewiesen ist, welche soeben charakterisirt wurde.

Alle diese Mängel und Unterlassungen beruhen in der Wesenheit darauf, dass man sich noch nicht daran gewöhnt hatte, die Begriffssphären der judiciellen und der legislativen Thätigkeit im freien Staate scharf auseinanderzuhalten und die Grenzen unverrückt zu lassen, welche die Anwendung bestehenden Gesetzesrechtes, das ist die richterliche Wirksamkeit, von der Schaffung neuen Gesetzesrechtes, das ist von der gesetzgeberischen Wirksamkeit, der Natur der Sache nach trennen sollen. Was aber ist gewisser, als dass es sich in den oben angeführten Fällen überall um richterliche Acte

⁷⁾ Vgl. die §§. 6, 8, 41, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 63, 67, 72.

handelt, die nur, weil man ihre Natur verkannt hat, als politische aufgefasst und an ungehörige Stellen verlegt worden sind!

In dieselbe Kategorie gehört nun endlich auch die dem österreichischen Abgeordnetenhaus und den Landtagen überlassene Wahlprüfung. Die ganze nachfolgende Schrift ist dazu bestimmt, den Nachweis zu erbringen, dass es sich auch hier um eine richterliche Thätigkeit handle, und um eine solcher Auffassung entsprechende gerichtliche Organisation zu befürworten. Es erübrigt demnach hier nur noch, in aller Kürze die Entstehungsgeschichte des Gesetzentwurfes (im Anhang sub I.) und seiner Begründung, sowie die mit der Veröffentlichung desselben verbundenen Absichten zu kennzeichnen.

Es leuchtet wohl ein, wie nahe es mir liegen musste, die bereits im Jahre 1863 ausgesprochenen und seither unverbrüchlich festgehaltenen Grundansichten in allen ihren Consequenzen zu verfolgen, nachdem ich das Verfahren des österreichischen Abgeordnetenhauses bei der Verification von Wahlen, sowohl im Legitimationsausschusse als in den wiederholten Debatten des Hauses, kennen zu lernen reichliche Gelegenheit gefunden. Aber bei der hochgradigen Erregung der Parteileidenschaften, welche während der abgelaufenen Reichsrathssession die Annullirung der ersten, die Agnoscirung der zweiten Wahlen im oberösterreichischen Grossgrundbesitze, welche endlich der bekannte Graf Hohenwart'sche Antrag in Betreff des Verhältnisses der Competenz des Reichsgerichtes zu derjenigen des Abgeordnetenhauses zur Folge gehabt hatte, schien jeder Versuch einer Anregung der Frage, wo denn eigentlich, vom Standpunkte des Rechtsstaates aus, ein wirklich competentes Forum zur Prüfung bestrittener Reichsraths- (oder Landtags-) Wahlen zu finden sei, ein aussichtsloses Bemühen. In dem letzten Abschnitte der Session gewann es indess den Anschein, als ob in dieser Richtung die Fluthen sich zu

ebnen einigermaßen begonnen hätten, und da geschah es denn durch einen bezeichnenden Zufall, dass gleichzeitig und ohne dass der Eine von dem Vorhaben des Anderen die mindeste Kenntniss gehabt hätte, Sr. Exc. Graf Franz Coronini und ich — ich allerdings Einen Tag nach ihm — dem Kreise der oppositionellen Parteigenossen je einen Gesetzentwurf über die Einsetzung eines Wahlprüfungsgerichtshofes zur Unterstützung vorlegten. Man konnte aus naheliegenden Gründen nicht anstehen, dem zuerst eingebrachten Antrage beizutreten, und auch ich zögerte nicht, denselben mitzufertigen, so wenig ich auch — die nachfolgenden Blätter liefern den Beweis dafür — die Einzelbestimmungen des hier (im Anhang sub III.) gleichfalls abgedruckten Entwurfes zweckentsprechend zu erachten im Stande war. Kurze Zeit darnach, am 11. März d. J., hielt ich in der juristischen Gesellschaft zu Wien den Vortrag, der die erste Grundlage der hier folgenden Ausführungen gebildet hat.

Wenn ich angesichts der nun vollzogenen Reichsrathswahlen und des in naher Zeit zu gewärtigenden Zusammentrittes eines neugewählten Abgeordnetenhauses nunmehr die nachfolgenden Ausführungen und meinen Gesetzentwurf — in welch' letzterem zwanzigjährige, durch die Parteienvertretung vor den verschiedensten österreichischen Gerichtshöfen gewonnene Erfahrungen zu verwerthen gestrebt wurde — der Oeffentlichkeit übergebe, so leiten mich dabei zunächst ein rein wissenschaftliches Ziel, sodann eine politische Hoffnung und Absicht. Das wissenschaftliche Ziel ist vor Allem: die heute geltenden Normen über das Wahlprüfungsverfahren in den europäischen Staaten sowie in der nordamerikanischen Union in gedrängter Darstellung zusammenzufassen und die Grundzüge der den heutigen Staatsaufgaben entsprechenden Gesetzgebung zu präcisiren. Weiter aber auch: einen neuen Beitrag zu liefern zur entsprechenden Normirung des Verhältnisses der richterlichen zur

legislativen Gewalt im Staate. Die Hoffnung, allerdings eine nicht eben starke, geht dahin, dass, da es sich hier einzig und allein um eine Rechtsfrage handelt, die heute herrschenden Parteien in Oesterreich vielleicht dessen eingedenk sein werden, wie sehr die höchsten Interessen im Staate — Interessen, welche allen Parteien gemeinsam sein müssen, falls diese nicht nur ausschliesslich sich selbst dienen wollen —, es erheischen, dass Recht und Gerechtigkeit in Geltung bleiben, dass dieselben nicht in ihrer, die Lebensbedingung eines sittlichen öffentlichen Zustandes bildenden Autorität herabgesetzt, zu Dienerinnen der Parteien erniedrigt, durch die Politik des Tages consumirt werden. Die Absicht endlich ist, dass die öffentliche Meinung sich mit dem Gegenstande beschäftige und womöglich mehr und mehr für die vorgeschlagene Lösung gewonnen werde, damit alsbald nach dem Wiedezusammentritte des Reichsraths der Gesetzentwurf, sei es von dem verehrten früheren Antragsteller im Vereine mit mir, oder wie sonst immer, auf's Neue eingebracht und sofortiger Berathung durch die beiden Häuser des Reichsraths unterzogen werden möchte. Gewiss wird kein unbefangener Beurtheiler in Abrede stellen wollen, dass das Inslebentreten der gedachten, dem heutigen englischen Rechte analogen Institution einen erheblichen, hoffnungsvollen Perspektiven eröffnenden Fortschritt bezeichnen würde auf dem Gebiete des öffentlichen Rechtes.

I. Die Theilung der Gewalten. Die richterliche Gewalt im Staate.

Wenn wir die Entwicklung des Verfassungsrechtes in der modernen Welt überblicken, so finden wir bei dem Schöpfer der constitutionellen Rechtstheorie, bei Montesquieu, in dem unsterblichen „*Esprit des lois*“, wohl zum erstenmal mit wissenschaftlicher Begründung, den Satz ausgesprochen von der Trennung der drei Gewalten im Staate, der gesetzgebenden, der ausführenden und der richterlichen.

Dieser Grundgedanke, welcher eine neue Epoche der Staatslehre bezeichnet, welcher die Welt durchzogen hat, und auch heute, wie immer er insbesondere von der deutschen Wissenschaft angefochten worden sein möge, bei Weitem nicht als ein überwundener angesehen werden kann, dieser Grundgedanke hat seine letzte Quelle in jenem tiefen, sich damals zur Anerkennung emporringenden Bedürfnisse, dass endlich eine verfassungsmässige Organisation an die Stelle der absolutistischen trete und dass die so vielfach missbrauchte Regierungsgewalt eine zweifache unverrückbare Schranke finde: die gesetzgebende Macht einer Repräsentanz des Volkes, ferner aber eine richterliche Gewalt, welch' letztere, ebenbürtig den beiden anderen, befreit von dem Eingreifen der Cabinetsjustiz früherer Zeiten, in einem unabhängigen Richterthume ihre Gewähr erhalte.

Eines langen weiteren Entwicklungsganges hat es nun bedurft — auf der einen Seite zunächst der welterschütternden Ereignisse der französischen Revolution, auf der anderen der sich allmählig vertiefenden Erforschung und Durchdringung der modernen Verfassungen, insbesondere der englischen und nordamerikanischen — bis die Ueberzeugung mehr und mehr sich Bahn brach, mit jener gleichsam mechanischen Gegenüberstellung und Parallelisirung der drei staatlichen Gewalten sei das Wesen des grossen Problems bei Weitem noch nicht erschöpft. Auf ganz Anderes noch komme es an, als auf die Abgrenzung des Mehr und Minder an Volksrechten und an Herrscherrecht, welche ja den Inhalt decennienlanger Kämpfe gebildet hatte. Und wie schwer auch immer die Sicherstellung wiegen möge, die darin gelegen sei, dass der Souverän nicht in das Bereich der Legislative sowie der Judicatur eingreifen dürfe, und dass die letztere auch wieder vor dem Uebergreifen der legislativen Factoren „im Princip“ geschützt sei, so müssten die Hauptfragen doch jederzeit die bleiben, was denn wohl das innerste Wesen, was das letzte Ziel der gesetzgebenden und hinwieder der richterlichen Gewalt zu bilden habe. Denn einzig und ausschliesslich dieses innere Wesen und diese letzten Ziele können den Massstab abgeben, um die Competenzsphären zu bestimmen; der Inhalt einer Gewalt allein ist es, welcher massgebend sein muss für ihren Umfang, für ihre Berührung mit anderen.

Und da ist es denn nun vor Allem jener tiefe und geistvolle französische Denker gewesen, der insbesondere die Verfassungen der nordamerikanischen Union zum Gegenstande seiner Forschungen gemacht hat — Alexis de Tocqueville, — welcher in der Untersuchung über die „*Démocratie en Amérique*“, auch wohl wieder in strengwissenschaftlicher Form zum ersten Mal, dem Gedanken Ausdruck verliehen hat, dass es gerade in

dem auf Freiheit und Gleichheit beruhenden Staatswesen eine „Tyrannei der Majoritäten“ geben könne, und dass es ebenso sehr einer festgefügtten, decentralisirten Verwaltung als einer für das Parteigetriebe unnahbaren, aller Willkür entrückten und einzig und allein auf Gesetz und Recht gegründeten richterlichen Gewalt bedürfe, um die aus solchem Hange zur Tyrannei erwachsenden Gefahren zu beschwören.

Damit ist nun die Grundlage gewonnen für die Erkenntniss einer Reihe hochwichtiger politischer Wahrheiten. Zunächst, dass es ebenso sehr einen Missbrauch der gesetzgebenden Gewalt der Volksvertretung geben könne, als den einer souveränen Herrscher- oder Regierungsgewalt. Damit zugleich, dass der Machtzuwachs an legislativen Befugnissen einer Volksvertretung und die demselben correlate Minderung der Rechte eines Souveräns nur unter der Voraussetzung sehr strenger Abgrenzung jener Befugnisse nach der Seite der Verwaltung und der Gerichtsbarkeit hin für das öffentliche Wohl gedeihlich und gefahrlos sein könne. Das Gesamtinteresse fordert es, dass die Regierung, als die Verkörperung des Souveräns, auf Grund von Gesetzen, dort, wo nicht etwa bereits erworbene Rechte zu schützen sind, die leitenden Verwaltungsgrundsätze bestimme. Das Gesamtinteresse kann es ferner rechtfertigen, dass dem Souverän durch das ihm zuerkannte Begnadigungs- und Abolutionsrecht ein allerdings eng begrenzter Eingriff in die Judicatur gestattet werde. Das Gesamtinteresse erheischt es aber ebenso sehr, dass die Volksvertretung niemals unmittelbar, sondern stets nur mittelbar, durch Gesetze, auf die Verwaltung Einfluss übe, und dass ihr dort, wo erworbenes Recht vorhanden ist, jede wie immer geartete Einflussnahme, die unmittelbare sowie die mittelbare, gänzlich und für immer versagt bleibe.

An der Hand dieser Forschungen, ferner der tiefgehenden Untersuchungen Rudolf Gneist's über die

Rechtscontrolen der englischen Verfassung, endlich und vor Allem aber an der Hand der Erfahrungen, welche die geschichtlichen Parteigestaltungen insbesondere in England, sowie die heutigen im deutschen Reiche und in Oesterreich, überreichlich darbieten, lässt sich nunmehr die Scheidelinie zwischen der Gesetzgebung und Verwaltung einer- und der Justiz andererseits mit aller Schärfe fixiren.

Die heutige Grundansicht wird sich wohl dahin charakterisiren lassen, dass man die staatliche Thätigkeit für das Gemeinwohl, also Dasjenige, was mit dem allgemeinsten Ausdruck als Fürsorge für die öffentlichen Interessen, für die der Gesamtbevölkerung zu bezeichnen ist, zu trennen habe von der staatlichen Fürsorge für Alles, was als erworbenes Recht der Einzelnen oder Mehrerer, der Gemeinschaften oder Corporationen sich darstellt, und dass man jenes erstere Gebiet öffentlichen Wirkens der Gesetzgebung und Verwaltung, das zweite dagegen der Gerichtsbarkeit, der Judicatur, zuzuweisen habe.

Wenn beispielsweise heute in den parlamentarischen Körpern eine neue Codification in's Werk gesetzt werden soll, etwa ein neues Strafgesetz oder eine neue Civilprocessordnung, so vollziehen damit die gesetzgebenden Körper die Fürsorge für die öffentlichen, für die Gemeininteressen, und es ist in gleichem Sinne Sache der Exekutivgewalt, der Verwaltung, der Regierung, wenn einmal ein solches Gesetz zur Annahme gelangt ist, dasselbe in Wirksamkeit zu setzen und durchzuführen. Allerdings sind es selbstverständlich auch hier Rechte für die Einzelnen, die da eingeräumt werden wollen, aber es sind Rechte, die erst mit dem Augenblicke des Inslebens-tretens des Gesetzes als Ansprüche für die Einzelnen erscheinen, die also erst von da an von Fall zu Fall als staatlich zuerkannte, als erworbene Rechte Geltung erheischen und erlangen können. Dort also, wo in dem concreten einzelnen Falle auf den verschiedensten

Gebieten des öffentlichen Lebens von erworbenen Rechten und von ihrem nothwendigen Schutze die Rede ist, da beginnt die Wirksamkeit der Justiz, und man kann getrost als die eigentliche Signatur des Rechtsstaates, als dasjenige Princip, welches den innersten Kern seines Wesens zu Tage bringt, den Satz hinstellen: Es müsse jedes erworbene, jedes staatlicherseits als für die Einzelnen bestehend anerkanntes Recht welcher Art immer, in dem gesammten Umfange des Staatsgebietes durch richterliche Controle, durch Gerichtsbarkeit, und ausschliesslich durch solche, geschützt sein. Das ist denn also die Stelle, wo die Justiz den anderen Gewalten im Staate, der ausführenden und der legislativen, gegenübersteht. Und es lässt sich diese Kompetenzabgrenzung wohl am prägnantesten zum Ausdruck bringen, wenn man den Blick auf das richtet, was heute in dieser Richtung in Oesterreich in voller Geltung ist.

Wir haben gegenüber der Administration überall, wo der Voraussetzung nach bestehende Rechte verletzt worden sind, die Verwaltungsgerichtsbarkeit, den Verwaltungsgerichtshof. Wir haben gegenüber der Regierung dort, wo angenommen wird, dass sie etwa die politischen Gesamtrechte auf den unbeirrten Bestand der Verfassung verletzen könnte, zunächst als ein administratives Grundprincip die Verantwortlichkeit der Minister und sohin zur Wahrung der durch dasselbe begründeten Rechte Aller den Staatsgerichtshof, also wieder eine Rechtsprechung, um jene Verantwortlichkeit zur Geltung zu bringen. Wir haben endlich dort, wo die jedem Einzelnen zuerkannten politischen Rechte verletzt worden sein könnten, wo es sich ferner um Kompetenzconflicte zwischen Justiz und Verwaltung, zwischen Landesvertretungen und Regierungsbehörden oder zwischen autonomen Landesorganen, wo es sich dann weiter um Ansprüche zwischen Land und Reich, oder auch zwischen Kronländern unter

einander, endlich von Gemeinden, Corporationen oder Einzelnen an ein Kronland oder das Reich handelt, wenn der ordentliche Rechtsweg nicht zur Verfügung steht, den Reichsgerichtshof.

Wir haben somit auf dem ganzen Gebiete staatlicher Wirksamkeit die Judicatur als Wahrerin des Bestandes und der unerschütterlichen Aufrechthaltung der den jeweiligen Gesetzen entsprechenden Rechte der Einzelnen oder der Mehreren im Staate, gegenübergestellt der gesetzgebenden Gewalt und gegenübergestellt der Action der Verwaltung.

Vergegenwärtigt man sich nun einmal nach alledem, welche juristische Natur denn eigentlich der Bestreitung oder Anfechtung der durch Wahlen in die verschiedenen Vertretungskörper geübten oder erlangten politischen Rechte zukomme, so kann wohl nicht der geringste Zweifel darüber obwalten, dass in allen solchen Fällen die Behauptung, beziehungsweise Verneinung erworbener Rechte in Frage sei, dass wir uns also auf einem Terrain befinden, auf welchem der Natur der Sache und den Grundprincipien zufolge die Gerichtsbarkeit ihres Amtes zu walten habe. Nicht unmittelbar um Gesamtinteressen und deren Förderung kann es sich hierbei handeln, sondern nur um mittelbare Förderung, eventuell Verleugnung solcher Gesamtinteressen, je nachdem erworbene Rechte zuerkannt oder etwa aberkannt werden. Die gesetzgebenden Gewalten sind also ihrem inneren Wesen nach ebensowenig berufen, hier einzuschreiten, als etwa die Verwaltung hierzu berufen sein könnte. Wir bewegen uns vielmehr principiell recht eigentlich inmitten des Competenzkreises richterlicher Wirksamkeit.

Die Bestimmungen nun aber, welche die einzelnen Verfassungen des Continents, und ebenso die nordamerikanischen, über die Frage der Prüfung bestrittener

politischer Wahlen enthalten, sind alle aus der Epoche hervorgegangen, da der Gegensatz der Volksrechte zu den Rechten der Regierungen in vollem Schwunge war. Zu der Zeit, in welcher die meisten jener modernen Verfassungen gegeben wurden, war man bei Weitem noch nicht so weit in der Anerkennung der Nothwendigkeit der Abtrennung des Richteramtes von der Verwaltung und der Gesetzgebung gediehen, als man es heute ist, und dadurch erhalten denn auch die bezüglichlichen verfassungsrechtlichen Normen ihr Gepräge. Man fürchtet missbräuchliche Parteinahme der Regierungsorgane, wenn man diesen das Wahlprüfungsrecht in die Hände gäbe und vindicirt deshalb dieses Recht der Kammer, welche als souverän hinsichtlich ihrer eigenen Zusammensetzung und der Entscheidung über dieselbe gedacht wird. Dass es aber innerhalb einer Kammer selbst missbräuchliche Parteinahmen ganz ebenso geben könne, wie auf Seiten von Regierungsorganen, dass eine Kammer ihrer inneren Beschaffenheit nach sich zu einem rein richterlichen Wahlprüfungsgeschäfte gar nicht eigne, ja dass vielmehr bei Parteifreunden und Parteigegnern Desjenigen, um dessen Wahlverification es sich im concreten Falle handelt, geradezu all' diejenigen Perhorrescenzgründe obwalten, welche sämtlichen Civil- und Strafprocessordnungen zufolge den Ausschluss eines Richters von der Ausübung seiner Functionen zur unausbleiblichen Folge haben müssen, das blieb der einseitigen Auffassung jener Zeiten zu würdigen vollständig versagt. So kam es denn, dass man sein ganzes Augenmerk einzig und allein darauf richtete, die „Autonomie“ der betreffenden Kammer zu wahren. Damit war allerdings der äussere Feind völlig besiegt und geschlagen; dass man aber dagegen die Eventualität eingetauscht habe, dem gewiss nicht minder gefährlichen inneren Feinde die Herrschaft zu überliefern, dessen war man sich umsoweniger bewusst, als man ja in jedem Zuwachs an Macht der Volksvertretung auch

einen Zuwachs an Freiheit und an Gerechtigkeit zu finden vermeinte.

Es wird gewiss verlohnen, die bezüglichlichen Normen der heutigen Verfassungen in raschem Ueberblick an sich vorüberziehen zu lassen, wenn sich auch nicht verkennen lässt, dass der Verschiedenheiten relativ nur wenige sind und dass diese zumeist der neuesten Zeit angehören.

II. Der Entwicklungsgang und die heutige Gesetzgebung.

In Frankreich war ursprünglich, 1789, der König berufen gewesen, bei Bestreitung von Wahlen die letzte Entscheidung zu treffen, sofort aber riss die Versammlung des dritten Standes das Wahlprüfungsrecht an sich und es ist eines der Ergebnisse der revolutionären Epoche, dass dieses Recht vollständig und für immer den Kammern erobert worden ist.⁸⁾

⁸⁾ In dem *Traité pratique de droit parlementaire* von Poudra und Pierre, I. Bd., 1879 (2. Aufl.), Supplementband von 1879/80 ist die Lehre von der *Vérification des pouvoirs* nach französischem Verfassungsrechte in ihrem Entwicklungsgange eingehend dargestellt (I, S. 380—418; II, S. 181—202). Wir skizziren denselben in Kürze. Art. 2 u. 10 der königlichen Erklärung vom 23. Juni 1789 besagen: Wenn zwei Drittel der Stimmen in einem der ständischen Körper gegen den Beschluss der Vollversammlung reclamiren, so soll der König entscheiden. Dement. gegen schon der Beschluss des Tiers-État vom 19. Juni 1789, welcher ein „*comité de vérification et du contentieux*“ einsetzt, über dessen Bericht die Versammlung endgiltig entscheidet. Dasselbe Princip in der Verfassung vom 14. Sept. 1791, Tit. III, Cap. I, Sect. 3, Art. 5 u. 6: *Dans aucun cas et sous aucun prétexte le roi, ni aucun des agents nommés par lui, ne pourront prendre connaissance des questions relatives à la régularité des convocations, à la tenue des assemblées, à la forme des élections, ni aux droits politiques des citoyens....* Ebenso die Constitutionen vom 5. Fructidor des Jahres III (Art. 43) und Art. 17 vom 30. Vendémiaire IV (22. October 1795). Unter dem Consulat und Kaiserreich ernannte, wie bekannt, der Senat die Abgeordneten und Tribunen und stellte die Listen der Wahlberechtigten fest. (Art. 21 der Const. vom 22. Frimaire VIII [13. December 1799]). Zur Zeit der Restauration wurde das Wahlprüfungsrecht stillschweigend der Deputirtenkammer

Ebendieselben Grundsätze gelten im Wesentlichen in einer langen Reihe von Staaten. So prüfen in der

zurückgegeben (s. auch Art. 1 der kgl. Ordonnanz vom 4. Juni 1814 und Art. 5 der Geschäftsordnung der Kammer). Art. 62 des organischen Gesetzes vom 19. April 1831 bestimmt, *la Chambre des Députés serait seule juge des conditions d'éligibilité*, und Art. 68 des Gesetzes vom 15. März 1849: *Les opérations électorales sont vérifiées par l'assemblée nationale; elle est seule juge de leur validité*. Gleichlautend Art. 5 des organischen Decretes vom 2. Februar 1852. Endlich Art. 10 des Verfassungsgesetzes vom 16. Juli 1875: *chacune des Chambres est juge de l'éligibilité de ses membres et de la régularité de leur élection*. Bei der bezüglichen Gestion der Kammer sind folgende Momente bemerkenswerth: Tod, Gefangennahme, Mandatsniederlegung eines Gewählten hindern die Wahlprüfung nicht. (Beschlüsse vom 10. Aug., 5. und 7. Oct. 1848.) Eine Abtheilung der Kammer kann bei der Wahlprüfung sowohl amtliche Correspondenzen als Gerichtsacte requiriren. Die Kammer wird hinsichtlich der Wahlprüfung als „*un jury souverain*“ bezeichnet, woraus unter Anderem gefolgert wird, dass auch eine gerichtliche Untersuchung ihre Action nicht hemmt (Beschlüsse vom 11. November 1876, 7. 14. Febr. 1878), dass ferner ihre Entscheidung nicht motivirt werden dürfe (Rede Buffet's vom 31. Juli 1875). Damit hängt auch ihr Recht auf Einleitung einer parlamentarischen Enquête zusammen. Aus solchem Anlasse ergab sich beispielsweise im Jahre 1842 ein interessanter Streitfall, indem der damalige Minister Duchâtel es als mit dem Princip der „Theilung der Gewalten“ im Widerspruche stehend erklärte, dass eine Commission der Kammer öffentliche Functionäre als Zeugen vorlade. Um entgegenzukommen und zugleich jenes Princip sowie das der Verantwortlichkeit zu wahren, gab der Minister dann zu, dass die betreffenden Beamten (Unterpräfecten) in seiner Gegenwart vernommen würden. Unter Berufung auf eben dasselbe Princip von der „Theilung der Gewalten“ verweigerte im Jahre 1875 der Justizminister Tailhand die Ausfolgung gerichtlicher Untersuchungsacten. Die Sache ward dadurch geschlichtet, dass der während des Zuges der Verhandlungen an dessen Stelle tretende Dufaure die Acten herausgab. Bei einem späteren Anlasse wurde die Frage durch ministerielle Rundschreiben (veröffentlicht im „*Journal officiel*“ vom 1., 4. und 5. Januar 1878) principiell gelöst, indem die Regierung anerkannte, dass eine parlamentarische Enquête-Commission „*peut s'adresser à des fonctionnaires placés sous les ordres des procureurs généraux, leur demander la révélation des faits qu'ils connaissent ou la communication des documents judiciaires qui leur sont confiés*“; ferner: „*que les fonctionnaires sont autorisés d'une*

Schweiz der Ständerath, nicht minder der Nationalrath die Vollmachten ihrer Mitglieder endgiltig.⁹⁾ Gleiches

manière générale à se mettre en rapport avec les membres de la commission et à leur fournir notamment les moyens matériels d'accomplir leur mission; que les pièces et documents officiels ne doivent être mis par les préfets à la disposition de la commission qu'après avoir pris les instructions du ministre de l'Intérieur sur chaque fait particulier qui donnerait lieu à une demande de communication.“ Eine letzte interessante Streitfrage ergab sich anlässlich der am 20. April 1879 in Bordeaux erfolgten Wahl des in Folge gerichtlicher Verurtheilungen unwählbar (*inéligible*) gewordenen bekannten Revolutionärs Blanqui. Der Abgeordnete Clémenceau vertrat damals — am 3. Juni 1879 — mit sehr kühnen, unseres Erachtens juristisch völlig unhaltbaren Argumenten die These, die Kammer sei bei Wahlprüfungen weder Gericht, noch Jury, sondern lediglich ein politischer Körper, der über einen politischen Act zu entscheiden habe. Ihr komme eine souveräne, eine discretionäre Gewalt zu, und darin liege die einzige Bürgschaft für die Integrität des allgemeinen Stimmrechts. Mit Rücksicht hierauf erklärt er dieselbe unabhängig von den bestehenden Gesetzen, und beruft sich dabei auf das englische Parlament (?), sowie auf die Präcedenzfälle der Wahl Louis Napoleon's, Rochefort's und der Prinzen des Hauses Orléans. Die Wahl Blanqui's wurde übrigens annullirt. Charakteristisch ist es, dass auch besonnene Beurtheiler, wie die eingangs gedachten Schriftsteller, bei diesem Anlasse einer „*souveraineté absolue et sans réserves*“ der Kammer das Wort reden, der zufolge sie weder an den Text der Gesetze, noch an die Entscheidungen des *suffrage universel* gebunden sei. Sie soll als souveräne Jury (!) in ihrem Gemüth und Gewissen die aus einem Gesetzestexte abgeleiteten Gründe der Versagung des passiven Wahlrechtes und ebenso die Irrthümer, Betrugereien oder Manöver prüfen, welche das Verdict des allgemeinen Stimmrechts fälschen können. Findet sie, aus Gründen, über die sie keine Rechenschaft zu geben hat, einen Candidaten, der durch gerichtliche Verurtheilungen seiner politischen Rechte verlustig geworden, würdig, seine Mitbürger zu vertreten, so mag sie diess erklären. Findet sie, dass eine Wahl, trotz der „mathematischen Elemente der Majorität“, Mängel enthält, welche den Gewählten nicht als wirklichen und regelmässigen Repräsentanten der Majorität erscheinen lassen, so möge sie diess gleichfalls aussprechen. Diese Souveränität der Kammer sei die kostbarste Hüterin parlamentarischer Unabhängigkeit! —

Wir haben hier Gesetz, Praxis und Theorie etwas genauer charakterisirt, um zu zeigen, wie sehr man den sicheren Boden des Rechtes von dem Augenblicke an unausbleiblich verlieren muss, in welchem man eine

gilt von dem Reichstag des deutschen Reiches¹⁰⁾, von den beiden Kammern in Preussen¹¹⁾ und von den

rein judicielle Thätigkeit, die in nichts Anderem zu bestehen hat, als in der Wahrung der Ausübung des activen und passiven Wahlrechtes der Staatsbürger vor jeder gesetzwidrigen oder unsittlichen Beeinflussung, sowie in der dem gesetzgeberischen Willen gemässen correcten Anwendung der auf das Wahlrecht bezüglichen verfassungsrechtlichen Normen in eine undefinirbare rein politische oder gar in eine von Fall zu Fall legislative verwandelt. Man gelangt damit zu Ergebnissen, die für das politische Leben und die Gesamtinteressen am allergefährlichsten sind: der Richter, welcher nur bestehendes Gesetz und Recht zur Anwendung zu bringen hat, wird zum Gesetzgeber *ad hoc*, für jeden einzelnen Fall. Obendrein aber wird er zum ungebundenen, zum absolutistischen Gesetzgeber ganz nach der Lehre des römischen Rechts der Kaiserzeit: *princeps legibus solutus est!* Die Grundlagen für solche Machtübung der Willkür sind excentrische und zugleich byzantinische Definitionen von der Omnipotenz der Kammern, ihre Wirkungen: parlamentarische Cabinetsjustiz!

⁹⁾ Reglement von 1849, Art. 3, Ges. v. 19. Juli 1872, Art. 9—11. Reclamationen gegen die Giltigkeit einer Wahl zum Nationalrath sind innerhalb sechs Tagen nach Veröffentlichung des Wahlergebnisses durch die Cantonalregierung an diese letztere zu richten. Spätere bleiben unbeachtet. Nach Ablauf des Termines gehen die Acten an den Nationalrath. Reclamationen gegen Wahlvorgänge vor jener Veröffentlichung sind innerhalb dreier Tage vom Wahltage bei der Cantonalregierung anzubringen. Während des Zuges der Wahlaction trifft die Cantonalregierung Entscheidungen mit Vorbehalt des Recurses an den Nationalrath (Art. 25). Demombynes, *Les Constitutions Européennes*, 2 Aufl., 1883, II, pag. 319, 322 ff.; Dubs, *Das öff. Recht der Schweizer Eidgenossenschaft*, 1878, II, pag. 51. Blumer *Schweizer. Bundesstaatsrecht* 1863/4, II, pag. 12 und 19. Analoge Bestimmungen gelten beispielsweise für den Canton Bern (Demombynes pag. 361, 364 f.); für Genf: *Le Grand Conseil prononce sur la validité de l'élection de ses membres* (Verfassg. Art. 41; *ibid.* II, pag. 402 f.).

¹⁰⁾ „Der Reichstag prüft die Legitimation seiner Mitglieder und entscheidet darüber“, R.-V., Art. 27. Laband, *Staatsrecht des d. Reiches*, I. pag. 552, bemerkt, die Entscheidung erfolge ohne Mitwirkung und Betheiligung des Bundesraths oder des Reichskanzlers und sei definitiv; es gebe kein Mittel, sie anzufechten. Er fügt hinzu: „Dass die Entscheidung materiell den Charakter eines Urtheiles hat, also nach Grundsätzen des Rechts und der Billigkeit, nicht nach dem politischen Partei-

anderen einzelnen Staaten des deutschen Reiches bis auf die kleinsten herunter.¹²⁾ Nicht anders verhält es

Interesse erfolgen sollte, bedarf keiner Ausführung; die Gründe für die Abstimmung der einzelnen Reichstagsmitglieder sind aber nicht controlirbar.“ Diese wenigen Worte illustriren den tiefen innern Widerspruch, auf welchem die ganze Einrichtung beruht. Ein richterliches Erkenntniss, ein „Urtheil“ steht in Frage. Es wird der gute Rath ertheilt, dass es mit Unparteilichkeit gefällt werden möge, zugleich aber anerkannt, dass alle Garantien für dieselbe fehlen; denn was ist von Richtern zu erwarten, die, mitten in dem Gewoge des Parteilebens stehend, durch Parteiinteresse zu ihrer Stellung und also auch zu diesem Richteramt berufen, Urtheile fällen ohne Entscheidungsgründe, die also exempt sind rücksichtlich dessen, wodurch einzig und allein die Unbefangenheit eines Richters controlirt und constatirt zu werden vermag. In Bezug auf die Form des Verfahrens mag noch erwähnt werden, dass eine Entscheidung des Plenums des Reichstags nur dann erfolgt, wenn die Abtheilung Bedenken findet, wenn eine Wahlanfechtung (Protest) vorliegt oder ein Reichstagsmitglied Einsprache erhebt. Für Anfechtungen oder Proteste läuft eine zehntägige Frist von der Eröffnung des Reichstages, bei Nachwahlen von der Feststellung des Wahlergebnisses an. Lautet die Entscheidung auf Beanstandung, so können die erforderlichen tatsächlichen Feststellungen durch Vermittlung des Reichskanzlers erhoben werden. Unbeanstandete Wahlen bringt der Präsident zur Kenntniss des Hauses; vor Ablauf der zehn Tage sind sie provisorisch, nach Ablauf derselben definitiv gültig. Die Abtheilung hat die Wahlverhandlungen an die in jeder Session für die Dauer derselben zu wählende Wahlprüfungs-Commission abzugeben, wenn eine Wahlanfechtung vorliegt oder die Gültigkeit der Wahl durch einen Mehrheitsbeschluss der Abtheilung für zweifelhaft erklärt wird, oder wenn zehn anwesende Mitglieder der Abtheilung ein speciell zu bezeichnendes Bedenken erheben. Vgl. Laband bei Marquardsen, Handbuch des öff. Rechtes, II. 1, pag. 50 (1883).

In Elsass-Lothringen gelten rücksichtlich des auf dem a. h. Erlass vom 29. October 1874 und dem Ges. vom 2. Mai 1877 beruhenden Landesausschusses andere Bestimmungen. Ein Wahlprüfungsrecht steht demselben nicht zu. Bezüglich der Abgeordneten der Städte und Landkreise findet die Wahlprüfung in dem Verfahren statt, welches bei der Prüfung der Wahlen zu den Bezirkstagen eintritt, d. h. es entscheiden über erhobene Einsprüche die Bezirksräthe und, sofern der Einspruch auf die gesetzliche Unfähigkeit eines Wahlmannes oder Abgeordneten gestützt wird, die Gerichte. Ferner haben die Bezirkspräsidenten das Recht, eine Entscheidung über die Gültigkeit der Wahlen durch die Bezirksräthe zu veranlassen, wenn sie die gesetzlich vorgeschriebenen

sich aber auch ferner der Hauptsache nach hinsichtlich des Wahlprüfungsrechtes in folgenden Ländern: In Nor-

Förmlichkeiten nicht für erfüllt halten. S. Leoni, Staatsrecht von Elsass-Lothringen bei Marquardsen, *ibid.* II, 1, pag. 234, 256, 288 f., insbesondere Note 2.

¹¹⁾ L. v. Rönne, Pr. Staatsrecht, I. 1. §§. 60, V. u. 76 (1881). Es dürfte kaum irrig sein, anzunehmen, dass die Normen von 1877, mit denen Eine Wahlprüfungscommission des Abgeordnetenhauses neben die früheren 7 Abtheilungen trat, zum Theile den Ausführungen Mohl's (vgl. unten Abschn. IV.) zu verdanken seien. S. auch H. Schulze, Pr. St. R., II. pag. 186.

¹²⁾ Anhalt; Baden; Bayern: Hier ist nach Art. 3 des Ges. vom 25. Juli 1850 (H. A. Zachariae, Die deutschen Verfassungsgesetze der Gegenwart, pag. 142) auch die Regierung berechtigt, Beanstandungen zu erheben und an allen Verhandlungen über die erhobenen Beanstandungen Theil zu nehmen; Braunschweig; Bremen; Hamburg: „Ueber die Giltigkeit der Wahlen entscheidet allein und endgiltig die Bürgerschaft selbst auf den Bericht eines sofort nach ihrem Zusammentritt zu wählenden Ausschusses“ (S. Wolffson, Hamburgisches Staatsrecht bei Marquardsen *ibid.* III, 2, III, pag. 18); Hessen; die beiden Lippe; Lübeck; Oldenburg; Reuss; Königreich Sachsen; Sachsen-Altenburg; Sachsen-Coburg und Gotha: „Die Staatsregierung kann hier, vor Mittheilung der Wahllacten an den Landtag, die Abstellung offener Formfehler, insoweit eine solche noch möglich, anordnen. Im Jahre 1861 hat die Coburgische Staatsregierung eine Wahl, weil dem Gewählten das passive Wahlrecht fehlte, selbst cassirt und eine Neuwahl angeordnet, jedoch wurde ausdrücklich anerkannt, dass damit der endgiltigen Entscheidung des Landtags nicht präjudicirt werden sollte. Zum Zwecke der Wahlprüfung, welche unter dem Vorsitze des ältesten Mitgliedes geschieht, werden durch das Los Ausschüsse von je drei Abgeordneten gewählt; der erste Ausschuss prüft die Legitimation der Mitglieder des zweiten u. s. f., der letzte die der Mitglieder des ersten. Im Landtage findet eine Wahlprüfung nicht weiter statt. (S. Forkel, Das Staatsrecht des Herzogth. Sachsen-Coburg-Gotha bei Marquardsen *ibid.* III, 2, II, pag. 127 f.) Sachsen-Meiningen; Sachsen-Weimar-Eisenach; Schwarzburg-Rudolstadt und -Sondershausen; Waldeck. In Württemberg besteht das Eigenthümliche, dass die Legitimation der Mitglieder beider Kammern vor Eröffnung des Landtags durch den ständigen Ausschuss erfolgt (die neugewählten Ausschussmitglieder durch die zuerst legitimirten Abgeordneten), dass der König zu dem Legitimationsgeschäfte Commissarien abordnen kann, dass ferner am Tage vor dem im Einberufungsschreiben für die Eröffnung bestimmten Termine dem Staatsministerium durch den ständigen Ausschuss von dem Erfolge des

wegen steht dasselbe dem Storthing zu¹³⁾, in Dänemark dem Landething und dem Folkething¹⁴⁾; ebenso den beiden Kammern in Belgien¹⁵⁾; dasselbe Recht besteht bei den Generalstaaten der Niederlande¹⁶⁾, in Spanien¹⁷⁾, in Portugal¹⁸⁾, in Rumänien¹⁹⁾, bei der Skupschtina

Legitimationsgeschäftes Anzeige zu machen ist. Ist dann die Hälfte der Mitglieder der ersten und sind zwei Dritttheile der Mitglieder der zweiten Kammer legitimirt, so eröffnet der König den Landtag. Die Legitimation später eintreffender Mitglieder und die Erledigung der noch übrigen Legitimationsanstände geschieht durch die betreffende Kammer. Das Resultat wird dem Staatsministerium vorgelegt, der anderen Kammer Nachricht ertheilt. (Zachariae, *ibid.* §§. 159—161 der seither vielfach modificirten Verfassung v. 25. Sptbr. 1819.) Alles Nähere bei Gaupp, Würt. St. R. (Marquardsen, III, pag. 130 f.)

¹³⁾ Grundgesetz vom 4. Novemb. 1814, Art. 64 u. 82. S. Demombynes, I, pag. 147. Dareste, *Les constitutions modernes*, II, pag. 177 u. 182 (Paris 1883), Laferrière, *Les constitutions d'Europe et d'Amérique*, pag. 385 u. 388 (Paris 1869).

¹⁴⁾ Grundgesetz vom 28. Juli 1866, Art. 54. S. Demombynes, I, pag. 201. Dareste, *ibid.* II, pag. 71. Laferrière, *ibid.* pag. 405.

¹⁵⁾ Verfassung vom 7. Februar 1831, Art. 34. S. Demombynes, I, pag. 237. Dareste, I, pag. 62. Laferrière, pag. 69.

¹⁶⁾ Grundgesetze vom 24. August 1815, 4. September 1840, 11. October 1848. S. Art. 93. Demombynes, I, pag. 290. Dareste, I, pag. 93 u. Laferrière, pag. 306. Ebenso verhält es sich mit Luxemburg, Art. 57 der Verfassung vom 17. October 1868, Dareste, I, pag. 121.

¹⁷⁾ Verfassung vom 30. Juni 1876, Art. 34. Demombynes, I, pag. 424. Dareste, II, pag. 11.

¹⁸⁾ Demombynes, I, pag. 491, führt an, dass zufolge Decrets von 1852, Art. 103 u. 104, die Kammer der Abgeordneten sich nach jeder allgemeinen Wahl zu einer präparatorischen Junta constituer, sowie die Hälfte aller auf dem Continent gewählten Abgeordneten und Einer darüber vereinigt sind, worauf sie dann unmittelbar zur Prüfung der Vollmachten schreite. Drei Commissionen, jede aus fünf mittelst Listenscrutiniums gewählten Mitgliedern bestehend, prüfen die Wahllacten und die Kammer beschliesst über die nicht bestrittenen Wahlen; bestrittene bleiben bis zu dem Zeitpunkte vorbehalten, da die Kammer definitiv constituirt ist. Bei der ersten Kammer hat eine aus drei Mitgliedern bestehende, vom Präsidenten bestellte Commission über die Wahlprüfung Bericht zu erstatten (*ibid.* pag. 490). Nach Dareste, II, pag. 21, hat der in der Thron-

in Serbien²⁰⁾ sowie in Griechenland.²¹⁾ In den Vereinigten Staaten von Nordamerika findet sich eine beachtenswerthe Eigenthümlichkeit, dahin gehend, dass, wie es so recht in dem legistischen nordamerikanischen Geiste gelegen ist, die Wahlstreitigkeiten in der Weise eines förmlichen Processes zwischen dem Gewählten und demjenigen Prätendenten erfolgen, welcher dann einzutreten hätte, wenn die Wahl des Gegners annullirt wird.²²⁾

rede vom 2. Jänner 1883 verkündigte, der Deputirtenkammer am 31. Jänner vorgelegte Regierungsentwurf einer Verfassungsrevision unter Anderem auch zum Gegenstande *la vérification des pouvoirs confiée aux Chambres* Demombynes, Supplement, I, pag. 848, sagt von dem Inhalte dieses Entwurfes: *Il appartient expressément à chaque chambre à vérifier les pouvoirs de ses membres.* Dem Motivenbericht zufolge soll damit ausdrücklich constatirt werden, dass die Wahlprüfung eine „*faculté constitutionnelle*“ sei.

¹⁹⁾ Verfassung vom 30. Juni (12. Juli) 1866, Art. 40. Demombynes, I, pag. 677. Dareste, II, pag. 272. Laferrière, pag. 540.

²⁰⁾ Verfassung vom 29. Juni (11. Juli) 1869. Art. 53 weist auf das Wahlgesetz hin, welches am 10. October 1870 erfloss. Demombynes, I, pag. 717. Dareste, II, pag. 298. Zu beachten ist hier, dass auf je drei Gewählte ein vom König ernannter Abgeordneter entfällt.

²¹⁾ Verfassung vom 16./28. November 1864, Art. 65, 73. Bekanntlich besteht Einkammersystem. Demombynes, I, pag. 803. Dareste, II, pag. 331, f. Laferrière, pag. 530.

²²⁾ Das Beweisverfahren findet vor den Localgerichten statt, der Congress entscheidet. Verfassung vom 7. September 1787, Art. I, Section 5: *Each house shall be the judge of the elections, returns and qualifications of its own members.* S. dieselbe bei Rüttimann, Nordamerik. Bundesstaatsrecht (1867), I, pag. 412. f. Ueber das Verfahren pag. 132. Dort auch die Darstellung eines interessanten Ausnahmefalles von der Regel, dass die Wahl zunächst als giltig präsumirt wird und der Gewählte bis zur definitiven Entscheidung functionirt. Die Union kann übrigens auch in den Fall kommen, einem im Wahlstreite Besiegten Ersatz für seine Kosten zu leisten. So geschah es durch das Repräsentantenhaus im Februar 1866. Die Verfassung von Massachusetts verbietet, Stimmen ausserhalb des Wahlkreises abzugeben, dagegen dürfen auswärts im Felde stehende Militärs ihre Stimmzettel einsenden. Mit Rücksicht hierauf wurde Trowbridge als gewählt anerkannt und Baldwin erhielt 1500 Dollars für seine Wahlauslagen vergütet.

Wir haben nun aber noch sechs Staaten anzuführen, von denen der Eine sich dem Gedanken nähert, die Wahlen nicht mehr durch die Kammern prüfen zu lassen, sondern durch eine selbständige Behörde, während die Anderen den gleichen Grundsatz — allerdings bis jetzt zum Theile nur theoretisch, — bereits zum Ausdrucke gebracht haben.

In Italien besteht für Wahlprüfungen eine zwölfgliederige Commission der Deputirtenkammer, welche vom Präsidenten gewählt wird — eine neue Nuance —, und in öffentlicher Sitzung zu verhandeln hat. Sie ist beschlussfähig, wenn acht Mitglieder anwesend sind; bei gleichen Voten wird zu Gunsten des Gewählten entschieden. Sie vernimmt Diejenigen, welche Proteste eingereicht haben, ferner den Abgeordneten oder seine Mandatäre, ebenso über Antrag oder von Amtswegen auch Zeugen; sie kann drei Mitglieder zu einer Enquête an Ort und Stelle entsenden, endlich den Antrag auf Nullitätserklärung hinsichtlich einer verfassungs- oder gesetzwidrigen Wahl auch von Amtswegen stellen; derselbe geht jedoch an die Kammer selbst zur endgiltigen Entscheidung.²³⁾ Gewiss ist diess noch bei Weitem nicht das Princip eines eigenen Tribunals, aber es schliesst wenigstens die Modification der bisher dargelegten Grundsätze in sich, dass die Commission gleichsam wie ein Gerichtshof, ausgestattet mit allen Attributen eines solchen, ihres Amtes waltet.

In Finnland haben die zum Landtage berechtigten Mitglieder des Ritterordens ihre Qualität von dem ständigen Comité für die Angelegenheiten des Adels prüfen zu lassen; über die gewählten Mitglieder der anderen Stände

²³⁾ Verfassung vom 4. März 1848 für Sardinien, ausgedehnt auf die Lombardei (1859), die Emilia, Toscana, die neapolitanischen Provinzen, Sicilien, die Marken, Umbrien (1860), Venetien (1866), die römischen Provinzen (1870), Art. 60. S. Daresté, II, pag. 549, 558. *Regolamento della Camera. cap. III, art. 12—20.* Wahlgesetz vom 22. Januar 1882. Demombynes I, pag. 330 und Note 1).

(Geistlichkeit, Universität, Bürgerschaft, Bauernschaft) entscheidet in letzter Instanz das Justizdepartement des Senates als der höchste Gerichtshof im Lande.²⁴⁾

Weitergehend ist in der neuen Verfassung von Bulgarien normirt, dass die Wahlanfechtungen, welche innerhalb fünf Tagen entweder von dem Präfecten oder durch eine von fünf Wählern gefertigte Erklärung vor dem Tribunale des Wahlortes erhoben werden können, von da sofort an den Cassationshof gehen. Dieser hat innerhalb zehn Tagen in öffentlicher Sitzung nach Anhörung des Procurators (ohne Kostenersatz) zu entscheiden. Hier begegnen wir also zum ersten Male — nicht im historischen Sinne des Wortes, wohl aber nach der Reihenfolge unserer Darstellung — der Bestimmung, dass ausschliesslich der oberste Gerichtshof, und gar nicht die Kammer, über die Wahlprüfungen, und zwar bindend für diese letztere, zu entscheiden habe.²⁵⁾

Der vierte Staat ist Schweden. Nach der neuen Reichstagsordnung sind Proteste, welche sich auf die erste Kammer beziehen, innerhalb eines Monats bei der Provinzialregierung (Präfect oder Gouverneur) einzureichen, von wo sie — nach einer Frist, innerhalb deren jeder Betheiligte seine Bedenken vorzubringen berechtigt ist — an den König übermittelt werden; dieser leitet sie an den höchsten Gerichtshof. Bei der zweiten Kammer entscheidet in erster Instanz die Provinzialregierung; der Recurs geht an den obersten Gerichtshof. Die Prüfung der Wahlen erfolgt also hier endgiltig nur durch die höchste

²⁴⁾ S. das organische Gesetz für den Landtag vom 3.—15. April 1869. Ueber diesen massgebenden Punkt ist kein Zweifel. Vergl. insbesondere Demombynes, I, pag. 650, Note ¹⁾, welcher geradezu auf Englands Wahlverfahren hinweist; im Uebrigen sind seine Angaben (pag. 645, 648 f.) und die Dareste's, welch' Letzterer sie auch nur mit Vorbehalt macht (pag. 201, 227 sub 16), etwas schwankend.

²⁵⁾ Decret vom 25. August (7. Septbr.) 1882, Art. 102. Demombynes, I, pag. 776.

Justizstelle des Landes. Bezüglich dieser Letzteren besteht übrigens in Schweden die merkwürdige Eigenthümlichkeit, dass den Kammern ein Ueberwachungsrecht über ihre Gestion eingeräumt ist. Eine Achtundvierziger-Commission, alle drei Jahre aus je einer Kammer zur Hälfte gewählt, hat das Recht, darüber mit Zweidrittelmehrheit zu urtheilen, ob die Mitglieder des höchsten Landestribunals verdienen, in ihren Functionen belassen zu werden oder ob irgendwelche aus ihrer Mitte des Vertrauens nicht mehr würdig sind. In dem letzteren Falle — von eigentlichen Delicten ist hier gar nicht die Rede — stellt sie Anträge auf Absetzung an die Krone, welchen diese stattzugeben hat.²⁶⁾

Weitaus am bedeutungsvollsten sind die Dinge in England. Die Geschichte der Wahlen zum englischen Parlament umfasst, wie bekannt, eine nach Jahrhunderten zählende Epoche von Willkür und Missbrauch, geübt durch die Krone und die Grossen des Landes, bis allmählig, Schritt vor Schritt, die Erkenntniss von der wahren Bedeutung einer Volksvertretung den Boden erobert und

²⁶⁾ Reichstagsordnung vom 22. Juni 1866, Art. 11, 22. Das Ueberwachungsrecht in Betreff des obersten Gerichtshofes normirt Art. 103 der Verfassung vom 6. Juni 1809, welche in dieser Richtung in den Jahren 1815, 1828—1830 und 1866 vielfach modificirt wurde, sowie Art. 69 der Reichstagsordnung, womit noch die Art. 96—102 der Verfassung und Art. 68 der Reichstagsordnung in Verbindung zu bringen sind. Vergl. bei Dareste, II, pag. 95 zunächst die „*Notice historique*“, ferner pag. 127 f., 130, 154; über die Wahlprüfungen pag. 137, 140. Demombynes, I, pag. 101, 109, 112. Derselbe hebt pag. 95 auch noch hervor, dass die Mitglieder beider Kammern, wenn sie ihren Sitz einnehmen, dem Staatsminister der Justiz die ihnen vom Vorsitzenden des Wahlcollegiums einzuhändigenden Vollmachten übergeben. In Bezug auf die Regelmässigkeit der Form werden dieselben unter Mitwirkung dreier Directoren der Bank sowie dreier Verwalter der öffentlichen Schuld geprüft. Ebenso Dareste pag. 142 f. Wenn beide Schriftsteller hier noch von einem Rechte der Kammern auf Wahlverification sprechen, so sind dabei offenbar nur unangefochtene Wahlen verstanden. Laferrière pag. 342, 349, 353, 355.

erleuchtete Staatsmänner in stetiger Aufeinanderfolge mehr und mehr bestrebt sind, sie zu dem zu gestalten, was sie sein soll, zum unverfälschten Ausdruck aller für das Wohl der Gesamtheit massgebenden Interessen der Bevölkerung. Dass das geltende Wahlsystem in der Mitte des achtzehnten Jahrhunderts eine Monstrosität geworden war, darüber hat unter den modernen Historikern und Politikern des Inselreiches kaum je mehr ein Zweifel bestanden. Den kleinsten und ohnmächtigsten Wählergruppen standen die grössten Macht-, Gewalt- und Geldmittel der Bewerber oder ihrer Protectoren gegenüber, der Schamlosigkeit des Servilismus und der Geldgier die massloseste Kühnheit in der Anwendung aller Mittel der Wahlbeeinflussung und der Bestechung.

Dabei spotten die Unregelmässigkeiten und Ungleichheiten in der Abgrenzung der Wahlbezirke und in der Zuerkennung der Wahlrechte jeder Beschreibung. Im Jahre 1793 sollen in England und Wales siebenzig Mitglieder aus fünfunddreissig Wahlbezirken entsendet gewesen sein, in denen sich kaum irgendwelche Wähler befanden; neunzig durch sechsunddreissig, in welchen weniger als je fünfzig Wähler vorhanden waren, siebenunddreissig Mitglieder durch neunzehn mit je hundert Wählern. Demgegenüber waren hinwieder Städte wie Leeds, Birmingham, Manchester, unvertreten; einzelne Lords aber, wie die Herzöge von Norfolk, von Rutland und Andere, verfügten über eilf, sechs, neun, sieben Sitze im Unterhause. In dem letzteren gab es, wie in dem Hause des Lords, erbliche Sitze. Die Parlamentsacte Wilhelm III. gegen Wahlbestechung war so wirkungslos geblieben, dass gewisse Mandate durch Mäkler an der Börse verhandelt wurden, und dass Lord Chatham von einem „Strome der Corruption“ spricht, durch welchen die in Indien reich gewordenen „Nabobs“ sich den Weg in das Haus der Gemeinen erzwingen. Einzelne Flecken, mit welchen Parlamentssitze verbunden waren, liessen

sich — wie Sudbury — öffentlich zum Verkaufe ausbieten. Die Stadtverwaltung von Oxford verkaufte im Jahre 1768 die Vertretung der Stadt an den Herzog von Marlborough und den Grafen von Abingdon. Der Bürgermeister und zehn Stadtverordnete waren wegen eines ähnlichen Handels eine Zeit lang in Newgate gefangen gehalten worden; im Gefängniss selbst vollendeten sie das saubere Geschäft. Im Jahre 1782 wurden von zweihundertfünfzig Wählern eines Bezirkes dreiundachtzig der Bestechung überwiesen; gegen dreiundvierzig andere schwebte noch die Verhandlung. Georg III. und sein Minister Lord North drückten selbst ihr Erstaunen darüber aus, dass die allgemeinen Wahlen von 1782 die königliche Civilliste mit zweiundsiebzigtausend Pfund Sterling belastet hätten. Unter solchen Umständen mag der Kauf eines Parlamentssitzes nicht mit Unrecht als das einzige Mittel angesehen worden sein, politische Unabhängigkeit zu bewahren.

Es liegt ausser dem Bereiche unserer Aufgabe, die mannigfachen, lange Zeit hindurch fruchtlosen, allmählig erfolgreicheren Reformversuche der englischen Gesetzgebung zu verfolgen; naturgemäss musste erweiterte Anerkennung freien Wahlrechts und Aberkennung von Wahlberechtigungen Abhängiger ihre Hauptaufgabe sein.

Soviel wird aber durch die vorausgegangene kurze Skizze für unsere Darstellung wohl schon gewonnen sein, dass es Jedermann einleuchtet, wie sehr bei der damals dem englischen Unterhause anheimgegebenen Wahlprüfung dieselben Zustände herrschend gewesen sein müssen, welche die Wahlrechte und das Wahlverfahren jener Zeiten charakterisiren. Zum Hohne aller Gerechtigkeit und aller Decenz, sagt May, dessen beiden Werken wir hier hauptsächlich folgen, liess die Majorität des Hauses alle jene Praktiken gelten, wenn dieselben von ihrer eigenen Partei ausgegangen waren, und verurtheilte sie nur dann, wenn politische Gegner ihrem Verdicte unter-

zogen wurden. *Dat veniam corvis, — vexat censura columbas.* Um ihrer eigenen Unabhängigkeit willen hatten die Gemeinen auf dem ausschliesslichen Rechte bestanden, in Wahlsachen die Jurisdiction zu üben. „Aber sie schämten sich nicht, dieselbe an die Partei zu prostituiren. Sie waren mit einer würdevollen Vertrauensstellung betraut und missbrauchten sie. Sie nahmen ein richterliches Amt auf sich und entehrten es.“ Diese „discreditirende Verderbniss der Justiz“ sei mit jenen Wahlmissbräuchen erwachsen, die eine redliche Rechtsübung hätte zu beseitigen bestrebt sein müssen.

Ursprünglich hatten für die Prüfung beanständeter Wahlen Special-Ausschüsse bestanden, später der allgemeine Ausschuss „für Privilegien und Wahlen“. Vom Hause ernannt, bestand derselbe aus Mitgliedern des Geheimen Rathes (*Privy Council*) und ausgezeichneten Juristen. Nach 1672 wurde derselbe zu einem offenen, indem allen *Privy Councillors* und *Gentlemen of the Long Robe* Zugang und Stimmrecht verstattet wurde. Da nun Partei-Manöver und Regierungseinflüsse, Parteilichkeit und Ungerechtigkeit immer mehr um sich griffen, wurde 1770 die nach dem Namen ihres Urhebers benannte vielgerühmte Grenville-Acte in's Leben gerufen, durch welche eine Wahlprüfungscommission, aus dreizehn Kammermitgliedern bestehend, geschaffen wurde; diese sollten aus einer durch das Los gebildeten Liste von neunundvierzig Anwesenden zu wählen sein. Die Commission werde, so hoffte man, ein vom Hause unabhängiges Tribunal darstellen. Zuerst auf Ein Jahr gegeben, wurde die Acte 1774 als beständig erklärt, ein Beschluss, welchen Lord Chatham ein glückliches Ereigniss nennt, das die Morgendämmerung besserer Zeiten verkünde.

Es war aber bei der merkwürdigen Unbeholfenheit, der man hier, wie so oft in England, begegnet, wonach den in der grösseren Anzahl erscheinenden Parteimännern das Uebergewicht bei der Verlosung zukam, nicht mög-

lich, die Commission den Parteieinflüssen zu entziehen, so dass alle sanguinischen Hoffnungen sich alsbald als illusorisch erwiesen. Mehrfachen Modificationen der Grenville-Acte, die an dem Wesen der Sache nichts änderten, folgte 1839 eine Acte Robert Peel's, welche endlich das Los beseitigte. Die Anzahl der Commissionsmitglieder ward auf sechs (später auf fünf) beschränkt, zu wählen durch den allgemeinen Wahlausschuss. Dass auch damit keine Abhilfe geschaffen wurde, leuchtet ein.

Und so entschloss man sich denn endlich, 1868, den entscheidenden Schritt zu thun, und durch die *Election Petitions Act* (31. u. 32. Vict. c. 125) die Streitigkeiten über angefochtene Wahlen dem Gerichtshofe der Common Pleas in Westminster, für Irland demselben Gerichtshofe in Dublin, für Schottland dem *Court of Session* zu überantworten. Die Beschwerden sind innerhalb einundzwanzig Tagen einzubringen. Ein Richter hatte zu entscheiden, welchem durch die *Parliamentary Elections und Corrupt Practices-Acte* von 1879 ein zweiter beigegeben worden ist. Eine seither eingetretene Aenderung der Gerichtsverfassung (die *Judicature Acts*) hat die Folge, dass die beiden Richter für England durch die Abtheilung der *Queens Bench* bei dem höchsten Gerichtshofe zu bestellen sind (44 u. 45 Vict. c. 68). Der Präsident des Abgeordnetenhauses ist, ohne dass das Haus früher irgend welche Kunde erlangt, von dem Erkenntnisse, das sofort in Rechtskraft erwächst, zu verständigen; über zu Tage getretene Wahlmissbräuche ist Bericht zu erstatten. In Bezug auf unangefochtene Wahlen ist die Jurisdiction des Unterhauses aufrecht geblieben.²⁷⁾

²⁷⁾ Hallam, *The Constitut. Hist. of England* (Ed. v. 1876), I, 264 und 274, III, 36—47. Thomas Erskine May, *The Constitutional History of England*, 7. Aufl. 1882, I. Chapter VI, pag. 327 ff., III, pag. 441. Derselbe: *A Treatise on the Law, Privileges, Proceedings and Usage of Parliament*, 9. Aufl. 1883, pag. 59 f., 715 f., 721 f. In dem letzteren Werke ist die geschichtliche Entwicklung des Wahlprüfungsrechtes der Commons eingehend dargestellt. In dem Falle Ashby und

Zu dem sechsten und letzten der oben erwähnten Staaten übergehend, betreten wir den Boden Oesterreich-

White, 1704, entstand zwischen den Lords und Gemeinen eine berühmt gewordene Controverse, die vielfach an die später zu erwähnende zwischen dem österreichischen Reichsgerichte und dem Abgeordnetenhaus erinnert. Der Erstgenannte brachte eine gerichtliche Klage gegen den Wahlcommissär von Aylesbury ein, weil dieser ihm sein actives Wahlrecht auszuüben verwehrt habe. Den in erster Instanz zu seinen Gunsten lautenden Spruch änderte das Obergericht ab, das Haus der Lords als Oberappellationsgericht aber hob den letzteren wieder auf. Demgegenüber resolvirte das Haus der Gemeinen, dass es sich hier um seine Autonomie und unbestrittene Jurisdiction handle, und dass sie nicht über das Recht der Wahl urtheilen könnten, ohne zugleich über das Recht der Wähler zu entscheiden; wären die Wähler frei, in Betreff ihres Wahlrechtes Klagen vor anderen Gerichten zu erheben, so könnten verschiedene Aussprüche erfolgen, wodurch Verwirrung entstünde und die Ehre des Hauses geschädigt würde; es liege also ein Bruch ihres Privilegiums vor. Dagegen ward allerdings eingewendet, es sei ein Unterschied zwischen dem Rechte der Wähler und dem der Gewählten; das letztere sei ein temporäres Recht auf einen Sitz im Parlament, *pro hac vice*; das erstere ein dauerndes, auf dem Grundbesitz beruhendes politisches Freiheitsrecht. Jenes gehe das Parlament, dieses das gemeine Recht an, unabhängig vom Parlament. In dem weiteren Falle, welcher unter dem Namen der „*Aylesbury men*“ bekannt ist, liess das Unterhaus die Kläger wegen Missachtung seines Juridictions-Privilegs einsperren. Die Lords remonstrirten dagegen; Prorogirung des Parlaments machte dem Streit ein Ende. Vergl. auch Hallam I, pag. 275f. Einige später eingetretene Conflictsfälle — am markantesten der von 1784, Fox betreffend — haben das bis 1868 bestandene Recht des Unterhauses in seiner vollen Integrität belassen.

Seit dem Bestehen der *Election Petitions Act* ist nun das Unterhaus noch wiederholt in die Lage gekommen, über die Rechtsgiltigkeit nicht angefochtener Wahlen zu entscheiden, auf welch' letztere die gerichtliche Competenz sich eben nicht erstreckt. So in dem Falle des berüchtigten O'Donovan Rossa 1870, dessen Wahl für Tipperary cassirt wurde, weil er wegen „Felony“ zu lebenslänglicher Strafhaft verurtheilt war. Aehnlich hinsichtlich des gleichfalls für Tipperary gewählten entsprungenen Sträflings John Mitchel 1875. Als derselbe zum zweiten Mal gewählt wurde, ward die Wahl angefochten, und damit erschien die Wirksamkeit des *High Court of Justice* im Sinne der Acte von 1868 begründet. Der letzte Fall betraf den zu fünfzehnjähriger Strafhaft verurtheilten Michael Davitt und wieder fällte das Unterhaus, am 28. Februar 1882, einen Annullirungsbeschluss.

Ungarns. In dem ungarischen Wahlgesetze ist normirt, dass über die Giltigkeit angefochtener Reichstagswahlen die königliche Curie (der oberste Gerichtshof) zu erkennen haben solle, wenn die diesbezüglichen materiellen und formellen Vorschriften durch ein besonderes Gesetz festgestellt sein werden. Bis zum Erscheinen dieses Gesetzes entscheidet das Abgeordnetenhaus auf Grund der Normen seiner Hausordnung. So ist es noch heute, nachdem zwei Versuche, für einen einschlägigen Gesetzentwurf die Sanction des Reichstages zu erhalten, gescheitert sind.²⁸⁾

²⁸⁾ Vergl. Ges. Art. 33: 1874, §. 89. Vorerst steht die Entscheidung den Verifications-Ausschüssen des Abgeordnetenhauses zu und wird das diesfällige Verfahren durch die Hausordnung vom Jahre 1875 geregelt. Dieser letzteren ist die nachfolgende lichtvolle Darstellung entnommen, welche wir dem überaus wohlwollenden Entgegenkommen des k. ung. Staatssecretärs Herrn von Barthos verdanken.

Vorbereitende Massnahmen zur Prüfung der Abgeordnetenmandate finden schon in der, vom Alterspräsidenten anberaumten constituirenden Sitzung statt, in welcher die einzelnen Abgeordneten ihre Creditive dem hiefür designirten Schriftführer überreichen und der Alterspräsident die eingelangten Proteste dem Hause vorlegt (§. 5).

Die anwesenden Abgeordneten werden durch das Los in 9 Sectionen eingetheilt, die Creditive der Abgeordneten der 1. Section sammt den etwaigen Protesten werden zur Prüfung der 2. Section übergeben und sofort, so dass die 1. Section die der letzten prüft; der Alterspräsident bestimmt Zeit und Ort der Sectionsberathungen (§. 7—13).

Die einzelnen Sectionen haben abgesonderte Verzeichnisse zu verfassen:

a) über die unbeanständeten, d. h. jene Wahlen, bei welchen die Wahlprotokolle den gesetzlichen Vorschriften entsprechen, und gegen die kein Protest vorliegt;

b) über jene Abgeordneten, deren Wahlprotokolle zwar keinem Anstande unterliegen, gegen die aber Proteste eingebracht worden sind, jedoch ohne in die meritorische Verhandlung der letzteren einzugehen;

c) über jene Wahlacte, gegen welche kein Protest erhoben worden ist, deren Protokolle aber entweder vermöge ihres Inhaltes oder in formeller Beziehung den gesetzlichen Vorschriften nicht entsprechen.

Ueber diese Wahlprotokolle haben sich die betreffenden Sectionen gutächtlich zu äussern und aus der Reihe der eigenen unbeanständeten

Wir resumiren: Allgemein giltig ist das Princip der Autonomie des Parlamentes in Bezug auf die Prüfung

Abgeordneten in die ständige Verifications-Commission ein ordentliches Mitglied und einen Ersatzmann zu wählen (§. 14).

Die hierüber erstatteten Berichte werden im Hause vorgetragen, worauf der Alterspräsident die unbeanstandeten Abgeordneten für legitimirt erklärt; derselbe erklärt ferner, dass jene Abgeordneten, deren Wahlprotokolle keinem Anstande unterliegen, gegen deren Wahl jedoch Proteste eingebracht worden sind, bis zur weiteren competenten Entscheidung ihre Rechte ausüben können; wenn sohin die Zahl der Abgeordneten dieser beiden Kategorien die absolute Majorität erreicht, fordert er dieselben zur Wahl der Präsidenten und der Bureaux auf.

Nach Vollzug dieser Wahlen erklärt der gewählte Präsident das Haus für definitiv constituirt, und dürfen von da an Proteste gegen bis dahin unbeanstandete Abgeordnete nicht mehr angenommen werden (§§. 18 und 76).

Die Wahlproteste müssen innerhalb 30 Tagen vom Wahltage überreicht werden und sind die nach dieser Fallfrist eingebrachten Proteste zurückzuweisen (§. 77).

Proteste dürfen nur von den Wählern des betreffenden Wahlbezirkes erhoben werden. Dieselben sind vor der Constituirung des Hauses dem gewählten Präsidenten zu überreichen und nur dann zur Verhandlung zuzulassen, wenn dieselben

a) an das Abgeordnetenhaus gerichtet und mit Ausschluss des Gegencandidaten von mindestens 10 Wählern unterschrieben sind;

b) wenn in denselben die Gründe, aus welchen die Wahl für gesetzwidrig gehalten wird, punktweise angeführt erscheinen;

c) wenn der Name und Wohnort von ein bis zwei Bevollmächtigten, die den Protest im Namen der Beschwerdeführer zu vertreten haben, angegeben, und für dieselben eine, von mindestens 10 Wählern gefertigte Vollmacht beigebracht wird;

d) wenn zur Bedeckung der Kosten der Betrag von 1000 Gulden bei der Hauscassa deponirt und diess mittelst einer Original-Erlagsquittung bescheinigt wird; endlich

e) müssen Abschriften der Eingabe und der Beilagen angeschlossen sein.

Wenn die 1000 Gulden nicht erlegt worden sind, muss der Präsident, in anderen Fällen kann der betreffende Verificationsausschuss die Protest-Eingabe zurückweisen, und ist dann der Abgeordnete, falls dessen Creditive in Ordnung sind, für verificirt zu erklären (§. 78, 79, 31).

Im Zuge der Verhandlung dürfen die bevollmächtigten Vertreter die im Proteste punktweise vorgebrachten Einwendungen mit neuerlichen

der Wahlen längst nicht mehr, und gerade der Staat, der in Bezug auf die constitutionelle Entwicklung denn

Belegen unterstützen, — jedoch keine neuen Einwendungen geltend machen (§. 80).

Die auf die Verification der Wahlen Bezug habenden Eingaben und Urkunden sind stempelfrei.

Ueber die Giltigkeit der beanständeten Wahlen haben *in merito* die Verificationsausschüsse zu entscheiden.

Nach Constituirung des Hauses werden aus der Reihe der unbeanständeten Abgeordneten mittelst geheimer Abstimmung 9 Verifications-Ausschüsse gewählt die aus je 7 Mitgliedern bestehen und dann ihre Vorsitzenden und Schriftführer selbst wählen. Zu einer giltigen Entscheidung ist die Anwesenheit von 5 Mitgliedern erforderlich.

Die bereits erwähnte, von den Sectionen gewählte ständige Verifications-Commission ist lediglich zur Controle berufen; dieselbe entscheidet im Falle der Befangenheit der Mitglieder einzelner Verifications-Ausschüsse, bewirkt in diesem, wie auch im Falle erhobener Einwendungen den Ersatz von Ausschussmitgliedern durch andere, und fordert nach Erledigung sämtlicher Vorfragen die Ausschüsse zum sofortigen Beginne ihrer Thätigkeit auf. Wenn irgend ein Ausschuss bezüglich einer Wahl eine Untersuchung beschliesst, der Untersuchungscommissär aber aus dessen Mitte nicht entsendet werden könnte, hat die ständige Verificationscommission einen Untersuchungscommissär aus der Reihe der unbeanständeten Abgeordneten dem Hause in Vorschlag zu bringen (§§. 26, 55).

Die Mitglieder der 9 Verificationsausschüsse werden in öffentlicher Sitzung beeidigt, sohin die eingelangten Proteste und beanständeten Wahlprotokolle denselben durch das Los gleichmässig zugewiesen, worauf dieselben dann zur Verhandlung sämtlicher Wahlacte einzelne Fristen in der Weise anberaumen, dass sie innerhalb 3—8 Tagen von ihrer Constituirung die meritorischen Verhandlungen in Angriff nehmen und in der vorbestimmten Reihenfolge ununterbrochen fortzusetzen verpflichtet sind. Diejenigen Wähler, die eine angefochtene Wahl zu vertheidigen wünschen, können dies entweder persönlich oder durch einen Bevollmächtigten thun. Die Vollmacht ist von den betreffenden Wählern und wenn deren mehrere wären, mindestens von 5 derselben zu unterfertigen und nach Vorschrift der Gerichtsordnung zu legalisiren.

Gegencandidaten und Reichstagsabgeordnete dürfen nicht als Bevollmächtigte eintreten.

Der beanständete Abgeordnete ist berechtigt, seine Wahl durch einen Bevollmächtigten zu vertheidigen. Falls er aber hierauf verzichten will, hat derselbe seine diesfällige schriftliche Erklärung dem betref-

doch in so vielen Dingen mustergiltig bleibt, England, hat sich den von uns vertretenen Grundsätzen in dieser

fenden Ausschüsse innerhalb 3 Tagen von dessen Constituirung zu überreichen; widrigens ist anzunehmen, dass der Abgeordnete seine Wahl zu vertheidigen beabsichtige (§§. 29, 30, 33, 32, 36).

Am vorbestimmten Verhandlungstage lässt der Verifications-Ausschuss die eingelangten Proteste und Urkunden in öffentlicher Sitzung vortragen, schreitet hierauf zur Vernehmung sämtlicher Bevollmächtigten und entscheidet nach Umständen entweder meritorisch oder beschliesst eine Untersuchung. Diese ist unbedingt zu verfügen, wenn die Vernehmung von Zeugen oder Beschuldigten für nothwendig befunden wird, insbesondere aber dann, wenn der gegründete Verdacht einer Bestechung oder einer gesetzwidrigen Ingerenz von Regierungs- oder sonstigen Beamten vorliegt.

Während der Entscheidungs-Debatte ist das Auditorium zu entfernen; die Entscheidung ist ausführlich zu begründen. (§§. 52, 53, 54).

Die meritorischen Entscheidungen der Verificationsausschüsse sind von dem jeweiligen Vorsitzenden dem Abgeordnetenhouse zur Kenntniss zu bringen, das hierauf jene Abgeordneten, deren Wahl von den Ausschüssen für gesetzlich erkannt worden ist, in das Verzeichniss der verificirten Abgeordneten eintragen lässt, dagegen im Falle einer Annullirung eine Neuwahl anordnet, und wenn eine Untersuchung beschlossen wurde, die von den Ausschüssen in Vorschlag gebrachten Untersuchungscommissäre entsendet, welche in offener Sitzung beeidigt werden (§. 61).

Der Untersuchungscommissär hat die im Vorhinein zu verständigenden Parteien und Zeugen zu vernehmen. Wenn jedoch Bevollmächtigte nicht namhaft gemacht worden sind, hat derselbe zu dieser Vernehmung die bei der Wahlhandlung gegenwärtig gewesenen Commissionsmitglieder einzuladen.

Hinsichtlich der Zeugenvernehmung sind die Vorschriften der Gerichtsordnung massgebend. Die Municipalbeamten haben den Untersuchungscommissär zu unterstützen und sind verpflichtet, seine Requisitionen zu vollziehen (§. 64, 66, 67).

Die vom Untersuchungscommissär und den Parteien zu liquidirenden Kosten werden von den Verificationsausschüssen adjustirt. Wird der gegen die Wahl erhobene Protest als unbegründet erkannt, so sind die Beschwerdeführer zum Kostenersatz zu verhalten. Wenn aber die Wahl annullirt wird, so kann der Ausschuss in die Kosten verfallen:

- a) den beanständeten Abgeordneten, falls derselbe auf die Vertheidigung nicht verzichtete;
- b) die zur Vertheidigung der Wahl gemeldeten Wähler;

Richtung angeschlossen, dem Gedanken, es habe die Wahlprüfung als ein richterlicher Act zu gelten, nicht aber als ein solcher, der in die Competenzsphäre der gesetzgebenden Gewalt einzubeziehen sein müsse.

c) diejenigen Personen, welche durch gesetzwidrige Handlungen die Nichtigkeit der Wahl verschuldeten.

Der Ausschuss kann schliesslich auch die gegenseitige Aufhebung der Kosten beschliessen, in welchem Falle dann jede Partei die eigenen Kosten trägt, die Untersuchungskosten aber gemeinschaftlich zu bestreiten sind (§§. 86—88, 91).

III. Das österreichische Gesetz. Competenzconflict zwischen Reichsgericht und Parlament.

Dass nun endlich im cisleithanischen Oesterreich nach den Gesetzen von 1873 die vielerwähnte „Souveränität“ des Parlaments für die Wahlprüfung gleichfalls besteht, das bedarf wohl keiner eingehenderen Ausführung, da die Gesetzestexte vollständig klar sind. Der Tragweite dieser Normen aber, der Gefahren, die mit denselben verbunden sein müssen, dort, wo nationale Gegensätze die Parteileidenschaften um so Vieles tiefer erregen, als diess in nationaleinheitlichen Staaten durch die rein politischen geschieht, scheint man sich, insolange die Erfahrung nicht sprach, nicht bewusst gewesen zu sein.²⁹⁾

²⁹⁾ S. die Reichsrathswahlordnung, Ges. vom 2. April 1873, Nr. 41 R. G. B. §. 58: Das Haus der Abgeordneten veranlasst die Vorberathung, über die Wahllacten und entscheidet nach erstattetem Berichte über die Giltigkeit jeder Wahl. Insolange das Haus die Wahl eines mit dem Wahlcertificate versehenen Abgeordneten (§. 55) nicht für ungiltig erklärt, hat derselbe Sitz und Stimme. Wird die Wahl eines Abgeordneten, dem die Ausfertigung des Wahlcertificates verweigert wurde, für giltig erklärt, so ist derselbe durch den Präsidenten zum Eintritte in das Haus der Abgeordneten aufzufordern. Ferner: Geschäftsordnung des Reichsrathes, Ges. vom 19. Mai 1873, Nr. 94 R. G. B. § 3: Nach erfolgter feierlicher Eröffnung nimmt das Abgeordnetenhaus vor Allem die Prüfung der Wahlacte vor.

Zu diesem Behufe theilt sich das Haus durch das Los in neun Abtheilungen.

Die ganze Bedeutung der Frage ist jedoch zum ersten Mal an das Licht getreten bei dem bekannten, ja man darf

Die einzelnen Wahllacte werden ebenfalls durch das Los den Abtheilungen zugewiesen.

Befindet sich ein Abgeordneter in der Abtheilung, welcher die Prüfung seiner Wahl zugewiesen wurde, so darf er den Verhandlungen über dieselbe nicht beiwohnen.

Die Verzeichnisse der Wahllacte, bezüglich welcher Anfechtungen oder Proteste in der vorgeschriebenen Zeit nicht eingebracht werden und bezüglich welcher auch die Abtheilung, der die Prüfung derselben zugewiesen ist, in ihrer Mehrheit kein Bedenken erhebt, werden dem Präsidenten übergeben.

Dieser legt sie dem Hause vor, welches ohne Debatte entweder die Wahl als gültig anerkennt, oder den Wahllact zur Berichterstattung einem aus dem ganzen Hause zu wählenden Legitimationsausschusse zuweist.

Ebenso werden Wahllacte, bezüglich welcher wegen eines Ausschliessungsgrundes die Ausfertigung des Wahlcertificates verweigert wurde (§. 55 der Wahlordnung), gegen welche eine Anfechtung vorliegt, oder gegen deren Gültigkeit die Mehrheit der betreffenden Abtheilung Bedenken erhebt, diesem Legitimationsausschusse zur Vorberathung und Berichterstattung zugewiesen.

Wahlanfechtungen oder Proteste gegen eine Wahl sind längstens drei Tage nach feierlicher Eröffnung des Reichsrathes, gegen Ergänzungswahlen während der Dauer einer Session des Reichsrathes binnen 14 Tagen nach der Wahl beim Präsidium des Abgeordnetenhauses zu überreichen, widrigens dieselben nicht mehr berücksichtigt werden.

Wahlanfechtungen, welche den Mangel der Wahlbefähigung des Gewählten nach §. 20 der Reichsrathswahlordnung betreffen, können jedoch jederzeit, auch nachdem eine Wahl für gültig erkannt wurde, erhoben werden.

Ueber solche Wahlanfechtungen, sowie über Neuwahlen, welche im Verlaufe einer Wahlperiode vorgenommen werden, entscheidet das Haus ebenfalls über den Bericht des vom Hause gewählten Legitimationsausschusses.

Wird die Wahl eines Abgeordneten, dem die Ausfertigung des Wahlcertificates verweigert wurde, für gültig erklärt, so ist derselbe auf Grund des §. 58 der Reichsrathswahlordnung durch den Präsidenten zum Eintritte in das Haus der Abgeordneten aufzufordern. (Damit wörtlich gleichlautend §. 3 der Geschäftsordnung für das Abgeordnetenhaus vom 20. März 1875.)

§. 4 (1. Absatz): Im Falle der Ungültigkeitserklärung der Wahl eines Abgeordneten, sowie in den Fällen des §. 18 des Grundgesetzes

wohl sagen, berühmt gewordenen Falle der Annullirung der Wahlen im oberösterreichischen Grossgrundbesitze durch das Reichsgericht mittelst Erkenntnisses vom 24. April 1881³⁰⁾, nachdem dieselben Wahlen, nach vorausgegangener commissioneller Prüfung im Legitimationsausschusse des Abgeordnetenhauses, durch den Beschluss der Mehrheit des Hauses selbst als gültig anerkannt worden waren. Da ist denn nun — wer das

über die Reichsvertretung hat sofort eine Neuwahl stattzufinden. (Wieder wörtlich gleichlautend §. 4, 1. Abs. der G. O. f. d. A.-H.)

Hierzu noch §. 55, 2. Absatz der R. R. W. O.: Wenn wegen eines Ausschlussgrundes die Ausfertigung des Wahlcertificates verweigert wird, so kann eine Neuwahl nur dann angeordnet werden, wenn das Haus der Abgeordneten die Wahl als ungültig erklärt. S. auch Ulbrich, Oesterr. Staatsrecht, pag. 359.

Es ist nicht ohne historisches und politisches Interesse, darauf hinzuweisen, dass schon der Kremsierer Verfassungsentwurf von 1849 im §. 77 aussprach: Jede Kammer hat das Recht, allein über die Giltigkeit der Wahl ihrer Mitglieder zu entscheiden. Aus den jüngst von Anton Springer veröffentlichten Protokollen des Verfassungsausschusses ergibt sich, dass über §. 53 des ersten Entwurfs eine lediglich formale Debatte stattfand, die damit abschloss, dass Lasser hervorhob, das Wesentliche sei, dass jede Kammer allein über die Giltigkeit entscheide, weshalb er sein zum Beschlusse erhobenes Amendement, wie oben angegeben, formulirte (pag. 371, 148 f.).

Ebensowenig wurden die principiellen Fragen berührt, als die Gesetzentwürfe über die Reichsrathswahlordnung und die Geschäftsordnung des Reichsrathes in der VII. Session, 1873, zur parlamentarischen Berathung gelangten. Man vgl. den Bericht Herbst's zur R. R. W. O. Nr. 276 der Beilagen. Der Entwurf wurde in der 69. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 10. März ohne Debatte angenommen. Ebenso im Herrenhause: Bericht von Lichtenfels Nr. 175 der Beilagen und 31. Sitzung vom 27. März. Bezüglich der Gesch. O. des R. R.: Bericht von Dr. Gross Nr. 293 der Beilagen und 79. Sitzung vom 27. März, in welcher eine, lediglich technische Fragen betreffende Debatte stattfand; im Herrenhause: Bericht von Arneth Nr. 241 der Beilagen und 36. Sitzung vom 19. April. Hier wurden zwar von Schmerling Anträge meritorischer Natur gestellt; mit unseren Cardinalfragen aber standen dieselben in keinem Zusammenhange.

³⁰⁾ Nr. 234 in Hye's Sammlung der reichsgerichtlichen Erkenntnisse, V. Thl.

Erkenntniss in Bezug auf diese Frage einer eingehenden Würdigung unterzieht, wird darüber, trotz der von demselben versuchten Begründung einer gegentheiligen Anschauung, nicht im Zweifel sein können — eine Art concurrirender Gerichtsbarkeit des Abgeordnetenhauses und des Reichsgerichtes zu Tage getreten.

Hatte ja doch das Abgeordnetenhaus die Wahlen als zu Recht bestehend, als gültig, demnach als nicht auf Verletzung irgendwelcher politischer Rechte beruhend erklärt, während das Reichsgericht aussprach, durch die Seitens des Statthalters erfolgte Zurückweisung von Reclamationen gegen die Wählerliste des Grossgrundbesitzes, sowie durch die Aufnahme von zwölf bestimmten Personen in diese Liste, habe eine Verletzung des politischen, durch die Verfassung gewährleisteten Wahlrechtes der Beschwerdeführer zum Reichsrathe und speciell in der Wählerklasse des Grossgrundbesitzes stattgefunden.

Das Reichsgericht hat nun allerdings in seinen Entscheidungsgründen den Bestand solch' concurrirender Gerichtsbarkeit zu negiren gesucht, indem es geltend machte, die Competenzkreise seien verschiedenartige; das Abgeordnetenhaus entscheide auf Grund seiner Autonomie „unmittelbar und definitiv über das Recht der Gewählten“, das Reichsgericht fälle „unmittelbar und definitiv über das Recht der Wähler eine richterliche Cognition“. Das Abgeordnetenhaus fasse seinen Beschluss nur darüber, ob es Wahlen von Abgeordneten als gültig agnoscire oder nicht, und dieser Beschluss bleibe „selbstverständlich endgiltig und“ — auch gegenüber der reichsgerichtlichen Entscheidung — „unantastbar“. Wohl möge etwa das Abgeordnetenhaus dabei in die Lage kommen, auch in die Prüfung der Wahlberechtigung einzelner Wähler einzugehen, doch fälle es darüber „keine förmliche Entscheidung“. Das Reichsgericht hingegen beschränke sich ausschliessend darauf, ob durch die Vorgänge oder Verfügungen der Administrativ-

behörden politische Rechte der Wähler verletzt seien oder nicht, ohne dabei irgendwie den Punkt zu berühren, ob die aus diesen Wahlen hervorgegangenen Abgeordneten als gültig gewählt anzusehen seien oder nicht.

Eingedenk der uns hier vor Allem obliegenden Aufgabe, haltbare Grundsätze des Staatsrechtes zur Geltung zu bringen, und geleitet von den Mahnungen unseres wissenschaftlichen Gewissens, welchen gegenüber alle anderen Rücksichten zurücktreten müssen, können wir nicht umhin, diese Ausführung als eine sophistische zu bezeichnen. Wenn das Parlament eine Wahl als zu Recht, das Reichsgericht dieselbe als zu Unrecht bestehend, als widerrechtlich erklärt, so muss das Verdict einer der beiden Autoritäten in's Leben treten und zur That werden, das andere auf dem Papiere bleiben, als akademische Theorie, als leeres Wort. Beide nebeneinander können nie und nimmermehr bestehen; gilt die Autorität des Abgeordnetenhauses, so müssen die Gewählten fortzuführen, gilt die des Reichsgerichtes, so müssen die Wahlen cassirt, Neuwahlen ausgeschrieben werden. „Unantastbar“ bleibt also der Spruch des Hauses einzig und allein dann, wenn das Reichsgericht sich dabei seines Charakters als eines Gerichtes, das heisst als einer Behörde, deren Aussprüche vollstreckbar sind und um der Geltung des Rechtes im Staate willen vollstreckt werden müssen, freiwillig entkleidet. Es ist aber auch ferner die Trennung des Ausspruches über das Recht der Gewählten von demjenigen über das Recht der Wähler, sowie die Anerkennung, dass die Entscheidung über das eine dem Abgeordnetenhause, die Entscheidung über das andere dem Reichsgerichte zustehe, eine innere Unmöglichkeit. Denn das Recht der Gewählten ist eine von dem Rechte der Wähler absolut untrennbare Folge dieses letzteren. Hatten die Wähler nicht das volle Recht oder wurden im concreten Falle irgendwelche Wählerrechte verletzt, so ist das Recht der Gewählten *eo ipso* ein hin-

fälliges geworden. Wer also den Gewählten Recht zuspricht, der erkennt damit mittelbar und implicite über und für die in dem einzelnen Falle geübte Berechtigung der Wähler. Ob die Entscheidung über die letztere dabei eine „förmliche“ oder aber „keine förmliche“ sei, ist vollständig gleichgiltig, denn diess schliesst einzig und allein den Unterschied in sich, dass man im ersteren Falle die Ursache der bestimmten und zum Ausdruck gebrachten Wirkung ausdrücklich miterwähnt, während man sich im zweiten Falle damit begnügt, nur diese Wirkung auszusprechen und jene Ursache stillschweigend miteinzubegreifen. Erinnern wir uns nun aber der geschichtlichen Entwicklung des Wahlprüfungsrechtes und der stets aufrechterhaltenen Souveränität der Kammern, zu deren Beurtheilung wir ausreichendes Material glauben beigebracht zu haben, so ist es evident, dass dort, wo die autonome Judicatur der Kammern nun einmal gesetzlich anerkannt ist, von einer daneben bestehenden und zulässigen concurrirenden Gerichtsbarkeit eines anderen Tribunals nicht die Rede sein kann. Die Belehrung, welche aus der englischen Geschichte und der Lösung der auf dem Boden derselben entstandenen Conflictfälle zu schöpfen ist ³¹⁾, erscheint hierin geradezu massgebend.

³¹⁾ Vgl. oben den Text und Note ²⁰⁾. Man bemerkt wohl, dass in den englischen Aylesbury-Fällen die Argumentation des Reichsgerichtes schon fast wörtlich zum Ausdruck gekommen war, dass aber nicht für dieselbe entschieden wurde. In höchst bezeichnender Weise definirt in einem derselben ein Richter, Mr. Justice Powell, die Jurisdictionsbefugniss der Gerichtshöfe dort, wo Privilegien des Parlaments berührt werden: „*This court may judge of privilege, but not contrary to the judgment of the house of Commons.*“ Und weiter: „*The court of Parliament is a superior court; and though the Kings Bench have a power to prevent excesses of jurisdiction in courts, yet they cannot prevent such excesses in Parliament, because that is a superior court, and a prohibition was never moved for to the Parliament.*“ S. das obencitirte zweite Werk May's, pag. 172, auch 180. An zwei Fälle, die Hallam, I, pag. 274 und 301 erzählt, mag hier

Wenn also das Reichsgericht erklärt, dass eine Wahl, welche vom Abgeordnetenhouse, von dem competenten Organe, als gültig erklärt worden ist, durch Verletzung der politischen Rechte von Wählern zu Stande gekommen, demnach mit dem Makel innerer Nullität behaftet sei — einen anderen Sinn kann ja der Ausspruch nicht haben —, dann können die bedenklichsten Folgen nicht ausbleiben. Es muss entweder die moralische Autorität des Hauses oder aber die moralische Autorität des Gerichtes eine unheilbare Schädigung erfahren, damit zugleich das Ansehen des Rechtes im Staate überhaupt,

noch erinnert werden, um die ursprünglichste Auffassung der Competenzfrage recht klar zu machen. Unter der Regierung der jungfräulichen Königin Elisabeth ward die Autonomie der Commons in Wahlprüfungsfragen zuerst zur Geltung gebracht. Schon in einem früheren Falle aber, 1586, ward für eine Wahlprüfung ein Ausschuss eingesetzt und trotz der königlichen Erklärung, dass diese den Lord Chancellor angehe, der Bericht entgegengenommen, in welchem es hiess, man habe nicht untersucht, was der Chancellor verfügt habe, weil man Letzteres als präjudicirlich für das Privilegium des Hauses erachte, und weiter: *though they thought very reverently of the said lord chancellor and judges, and knew them to be competent judges in their places: yet in this case they took them not for judges in parliament in this house* u. s. f. Und unter Jakob I. hatte der Court of Chancery eine Wahl für nichtig erklärt, die das Haus dann agnoscirte. Die Lords beehrten im Namen des Königs eine Conferenz beider Häuser. Die Commons dagegen trugen, indem sie die letztere im Hinblick auf ihre Privilegien verweigerten, dem König durch eine Deputation ihre Sache vor. Dieser verlangte hierauf, dass die Commons mit den Richtern des Court of Chancery conferiren möchten. Dagegen wehrten sich die Ersteren in einer Denkschrift, die Vermittlung der Lords anrufend. Der König liess den Speaker rufen und befahl ihm, die Conferenz zu veranlassen. Sohin wurde beschlossen, sich zu fügen, dieselbe aber in Gegenwart des Königs und des geheimen Rathes abzuhalten. Der König erklärte bei derselben in entgegenkommender Weise, das Haus sei Richter über die Wahlen, aber dem Chancery-Gerichtshof gegenüber nicht ausschliesslich. Zugleich schlug er als Compromiss vor, dass jede der beiden Wahlen annullirt und dafür eine neue ausgeschrieben werden solle. Hierauf ging man freudig ein, und, fügt Hallam hinzu, kein Versuch sei mehr gemacht worden, die ausschliessliche Competenz des Unterhauses zu bestreiten (?).

das Rechtsbewusstsein der Bevölkerung auf das Allertiefste erschüttert werde. Wir glauben nicht fehlzugehen, wenn wir behaupten, es habe der Fall, den wir hier erörtern, solche Wirkungen thatsächlich geübt; die Entscheidung, auf welche Seite das Odium in höherem Masse gefallen sein möchte, soll, als eine Parteifrage betreffend, von dem Bereiche unserer Darstellung ferngehalten bleiben.

Wohl aber können die weiteren Vorgänge nicht unberührt gelassen werden, da sie völlig geeignet sein dürften, die tiefen Mängel der Institution blosszulegen, welche zu bekämpfen die Aufgabe dieser Schrift ist.

Im Abgeordnetenhouse, auf Seiten der Opposition, und man darf vielleicht sagen, bei der ruhig denkenden Bevölkerung im ganzen Lande nicht minder, musste die Ueberzeugung eine allgemeine sein, dass die Agnoscirung jener Wahlen durch das Abgeordnetenhaus eine Vergewaltigung der Minorität durch die Majorität, zugleich aber auch eine Vergewaltigung der Gerechtigkeit durch das Parteiinteresse gewesen war.³²⁾

Man konnte ferner nicht umhin, sich zu sagen, dass, wenn selbst das Reichsgericht eine Kompetenzüberschreitung begangen habe, diese unter dem Drucke einer moralischen Zwangslage erfolgt sei, welche es als eine Art kategorischen Imperativs erscheinen liess, sogar zu den Mitteln der Sophistik zu greifen, um einen Rechtsbruch, wenigstens durch einen theoretischen Ausspruch, stigmatisiren zu können. Nun brachte, wenige Tage nach der Publication jenes Erkenntnisses, der Abgeordnete Graf Hohenwart den Antrag auf Einsetzung eines Ausschusses ein, welcher das reichsgerichtliche Judicat in der Richtung einer Prüfung unterziehen solle, inwieweit durch dasselbe die Competenz des Abgeordnetenhauses beeinträchtigt werde.

³²⁾ Es genügt völlig, diesfalls auf den ferneren Inhalt der reichsgerichtlichen Entscheidungsgründe zu verweisen.

Diesem Antrage trat die Linke des Hauses nicht allein entgegen, sie erklärte vielmehr, an der Berathung desselben als eines verfassungswidrigen nicht theilzunehmen, und zwar im Wesentlichen mit folgender, durch den ausgezeichneten Abgeordneten Dr. Herbst formulirten und vorgebrachten Begründung: Artikel 4 des Staatsgrundgesetzes vom 21. December 1867 über die Einsetzung eines Reichsgerichtes bestimmt: „Ueber die Frage, ob die Entscheidung eines Falles dem Reichsgerichte zustehe, erkennt einzig und allein das Reichsgericht selbst.“ Der Antrag durch einen Ausschuss zu prüfen, ob das Reichsgericht zur Fällung seiner Entscheidung competent war, „steht daher mit der ganz klaren Bestimmung des Staatsgrundgesetzes in offenbarem Widerspruche“.

Der eminent gedankenscharfe Urheber dieser Erklärung hat es sich selbst gewiss nicht verhehlt, dass dieselbe vor dem Forum eines strengwissenschaftlichen Urtheils als eine auch wieder sophistische nicht aufrecht erhalten werden kann. Die Frage, ob und inwieweit das Reichsgericht berechtigt sei, seine Zuständigkeit autonom zu prüfen, und die Frage, ob das Ergebniss solcher Prüfung im gegebenen Falle etwa die Zuständigkeit einer anderen Autorität, hier des Abgeordnetenhauses, verletze, haben nicht das Mindeste mit einander zu thun. Es ist ein ganz durchgreifender Grundsatz des Gerichtsverfahrens überhaupt und des österreichischen insbesondere, dass jedes Gericht bei dem Beginne einer Procedur seine Zuständigkeit, sowohl hinsichtlich der Personen als des Gegenstandes, selbst sorgfältig zu prüfen und eventuell die Parteien von Amtswegen zurückzuweisen habe.³³⁾

³³⁾ S. §§. 1, 2, 48 der Civ. Jur. Norm; auch §. 142 der Gerichts-
Instr. und Menger, Syst. des Oest. Civ. Proc. R., I, pag. 279 (1876). Vgl.
ferner über die schon dem gemeinen Rechte angehörige Bestimmung:
Bayer, Vorträge über den gem. ord. Civ. Pr., pag. 247 (1856). Ende-
mann, Deutsch. Civ. Pr. R., pag. 238 (1868). Renaud, Gem. deutsch.

Damit will gesagt sein, dass die Frage dieser Zuständigkeit der richterlichen und nicht etwa einer anderen, einer administrativen Entscheidung unterliege, dass, unter stricter Aufrechterhaltung der von jeder anderen Seite her unnahbaren Unabhängigkeit der Gerichte, darüber im Instanzenzuge zu erkennen sei, und dass die Parteien sich damit zu begnügen haben. Vermag diess nun schon nicht zu hindern, dass ein Streit über die Competenz zwischen Gerichtsbehörden (beispielsweise zwei Gerichten erster Instanz, Civil- und Handelsgericht u. s. f.) entstehe, so schliesst es ebensowenig Competenzconflicte zwischen Gerichts- und Verwaltungsbehörden aus, über welch' letztere ja das Reichsgericht allein zur Entscheidung berufen ist.³⁴⁾

Ebensowenig schliesst aber auch weiter die dem Verwaltungsgerichtshofe zuerkannte gleiche Befugniss selbständiger Wahrnehmung seiner Zuständigkeit die Möglichkeit aus, dass zwischen diesem und den ordentlichen Gerichten oder zwischen diesem und dem Reichsgerichte selbst Competenzconflicte entstehen, für deren Lösung sogar durch ein eigenes Gesetz Vorsorge getroffen ist.³⁵⁾ Was ergibt sich aber hieraus? Offenbar,

Civ. Pr. R., pag. 107 (1873), endlich D. Reichs-Civ. Pr. O., §§. 11, 249 und die Commentatoren.

³⁴⁾ §. 3 der Civ. Jur. Norm, §. 5 ebenda. Art. 2 a des St. Gr. G. über das Reichsgericht. Hierher gehören auch noch die §§. 56, 2. Absatz, 64, 261 der Str. Proc. Ordnung, insbesondere der Fall, dass ein Erkenntnissgericht sich bis zur Hauptverhandlung als zuständig erachtete und gerirte, und erst dann die Competenz des Schwurgerichtes zu Tage tritt. In allen analogen Fällen ist die Voraussetzung ein dem Gerichte *ex lege* zukommender, den Parteien gegenüber autoritativer Ausspruch desselben über seine Zuständigkeit *in concreto*, welcher sich aber später als irrthümlich, als durch eine Competenzüberschreitung entstanden, herausstellt.

³⁵⁾ §. 4 des Ges. vom 22. Oct. 1875, Nr. 36, R. G. B. f. 1876, §. 9 ebenda. Ges. vom 22. Oct. 1875, Nr. 37, R. G. B. f. 1876. Vgl. zwei Beschlüsse des bezüglichen gemischten Senates bei Hye V. Theil, im Anhang. Rechtssätze aus denselben: a) Affirmativer Competenzconflict,

dass das Abgeordnetenhaus, wenn es etwa im gegebenen Falle seine Competenz gegen eine vom Reichsgerichte sich arrogirte zu wahren sucht, ebensowenig das Staatsgrundgesetz über die Einsetzung des Reichsgerichtes, beziehungsweise den Artikel 4 desselben, verletzt, als diess etwa der Verwaltungsgerichtshof — dessen Organisationsstatut übrigens nicht die Natur eines Staatsgrundgesetzes hat — thut, wenn er sich im concreten Falle dort als zuständig behauptet, wo das Reichsgericht bereits seine Competenz in Anspruch genommen und ausgesprochen hat. Fügt ja überdiess noch jener vielberufene Artikel 4 den obencitirten Worten die weiteren hinzu, dass die Entscheidungen des Reichsgerichtes über die Competenz jede weitere Berufung, sowie die Betretung des Rechtsweges ausschliessen, ganz so wie der §. 4 des Gesetzes über den Verwaltungsgerichtshof normirt, dass — abgesehen von dem ebenerwähnten Ausnahmefalle — der Verwaltungsgerichtshof selbst über die Einwendung der Unzuständigkeit zu entscheiden habe. Es soll also keinen Instanzenzug und keinen ordentlichen Rechtsweg gegenüber diesen Entscheidungen geben; dass aber eine andere und ganz anders geartete Autorität, wie es das Abgeordnetenhaus ist, einem der Voraussetzung nach seine Competenz beeinträchtigenden Aussprüche des Reichsgerichtes gegenüber nicht, ohne Verfassungsverletzung, diese Competenz sollte zu wahren versuchen dürfen, das ist nirgends gesetzlich ausgesprochen und lässt sich auch aus dem Geiste unserer Gesetzgebung nicht folgern.

Was aber war nach all' dem die Erklärung der Opposition? Sie war der Schmerzensschrei der Entrüstung

wenn beide Gerichtshöfe ihre Competenz in Anspruch nehmen und wenn die beiderseitigen Erkenntnisse einander in ihrem eigentlichen Inhalte widersprechen, b) Negativer Competenzconflict, wenn jeder der zwei Gerichtshöfe den anderen für competent hält und demselben die Entscheidung zuweist.

der ganzen Partei über die durch die Agnoscirung jener auf widerrechtliche Weise zu Stande gekommenen Wahlen vollzogenen Vergewaltigung; sie war ein Act aufgedrungener Nothwehr; sie war der Versuch, dem das Recht verhöhnenden *tel est mon bon plaisir* einer rücksichtslosen Gegnerschaft den einzigen noch möglichen Widerstand, die letzte Waffe, die man besass, entgegenzuhalten: die der Dialektik und der Sophistik.

Fragt man sich aber in ruhiger Erwägung, ob wohl solche Kämpfe, ob solche Art des Angriffs und solche Art der Abwehr dem Gemeinwohl frommen und ob auch hier etwa, wie nach dem römischen Sprichwort, ein Dritter vorhanden sei, der sich des Streites der Beiden erfreue, so kann man nur mit einem schmerzerfüllten Nein und mit dem Ausdruck der tiefen Ueberzeugung antworten, dass Recht und Ethos im Vaterlande hierüber nur trauern können, weil all' dasjenige in's Schwanken geräth und in Frage gestellt wird, was um des Gesamtinteresses willen unerschütterlich feststehen sollte.

Wie unheilvoll aber — und dies zu constatiren ist das wissenschaftliche und praktische Ziel dieses Theils unserer Darstellung — wie unheilvoll muss ihrer inneren Natur nach eine Institution sein, deren Wirksamkeit im politischen Leben so beklagenswerthe Conflictte zur fast unausbleiblichen Folge haben muss?!

IV. Die Literatur.

Ehe wir nunmehr daran gehen, die Summe unserer gesammten bisherigen Erörterung zu ziehen und zugleich den Gesetzentwurf zu charakterisiren, dessen wissenschaftliche Begründung und Befürwortung unsere zweite Hauptaufgabe ist, ist noch ein flüchtiger Blick auf die Literatur unserer Frage zu werfen.

Als Robert von Mohl im Jahre 1860 die erste seiner beiden werthvollen, den Gegenstand betreffenden Abhandlungen zum zweiten Male veröffentlichte, konnte er behaupten, dass sich keine anderweitige Literatur anführen lasse, da die Werke über das deutsche öffentliche Recht sich mit der Frage „nicht beschäftigen“. Und als er im Jahre 1874 die zweite erscheinen liess, da hatten sich die Dinge in dieser Richtung noch so wenig geändert, dass er, damals vielleicht der belesenste deutsche Staatsrechtslehrer, nicht eine einzige einschlägige Monographie zu erwähnen im Stande war. Auch heute befinden wir uns, wenn wir von dem Genannten und von der jüngst erschienenen Schrift Jellinek's absehen, in der gleichen Lage. Denn soweit wir die einheimische und die ausländische staatsrechtliche Literatur zu übersehen in der Lage waren, begnügt man sich, abgesehen von dem, was wir aus Frankreich und England an casuistischem Material anzuführen vermochten, in der Wesenheit damit, die bezüglichen Verfassungsbestimmungen sowie die der parlamentarischen Geschäftsordnungen im Wortlaute anzugeben, ohne eingehendere principielle Unter-

suchungen an dieselben zu knüpfen. Auch das mag wohl seinen Grund darin haben, dass man alles auf diesem Gebiete Anzustrebende als erreicht ansah, sowie einmal die Souveränität der Kammern in Betreff der Wahlverification von den Regierungen zugestanden war.³⁶⁾

Derselbe Grundgedanke kennzeichnet wohl auch die Ausführungen Mohl's. In der ersten Abhandlung bildet sein Hauptthema die Bekämpfung des damals noch in den meisten deutschen Staaten üblichen Vorganges, wonach die bei der Prüfung angefochtener Wahlen so oft erforderliche Voruntersuchung des gesammten Wahlacts durch das Ministerium des Inneren bewerkstelligt wurde. Dagegen wird nebst einer Reihe von Zweckmässigkeitsgründen auch der wohl gar nicht anzuzweifelnde Rechtsgrund in's Treffen geführt, dass es sich bei einer Wahl ja auch um Regierungseinflüsse handeln könne, und dass es in solchem Falle denn doch geradezu widersinnig sei, dem etwa Angeeschuldigten die Untersuchung in die Hände zu geben. Die Lehre, dass die Kammern souveräne Richterinnen über die Wahlen ihrer Mitglieder sein sollen, wird dabei, als durch die Stellung der Volksvertretung zu der Regierung gebieterisch verlangt, demnach als ein selbstverständliches Axiom, gar nicht weiter in Erörterung gezogen, für dasselbe aber auf die damals noch in England geltenden Normen, sowie auf Nordamerika und Frankreich hingewiesen. Und hierbei ist es denn nun gewiss sehr bezeichnend, dass der englischen Gesetzgebung nachgerühmt wird, sie sei in der Richtung fortgeschritten, die schliess-

³⁶⁾ Robert v. Mohl, Ueber die Untersuchung bestrittener ständischer Wahlen durch die Abgeordneten-kammern selbst. Zuerst erschienen 1847 in der Tübinger Zeitschrift für Staatswissenschaft, dann 1860 im ersten Bande der unter dem Titel: „Staatsrecht, Völkerrecht und Politik“ gesammelten Monographien, pag. 207—221. Derselbe, Kritische Erörterungen über Ordnung und Gewohnheiten des deutschen Reiches. Erster Artikel, XXX. Band der Tübinger Zeitschrift, 1874, pag. 528—663. Georg Jellinek, Ein Verfassungsgerichtshof für Oesterreich, Wien 1885, pag. 10—16, dann 52 u. f.

liche Entscheidung über angefochtene Wahlen von dem ganzen Hause auf kleinere Ausschüsse zu übertragen und sie dadurch (?) „aus Parteifragen zu einfachen Rechtsgeschäften zu machen“ (?). Dieser Modus wird dann weiter für Deutschland zur „vereinfachten Nachahmung“, um aber jeder Klage und selbst jedem Verdachte abzuhelpen (?), in der Weise empfohlen, dass die Legitimationscommissionen nicht durch Wahl, sondern durch Los bestimmt, dieses dann aber wieder durch Recusationen der Betheiligten verbessert würde! Wie idyllisch sanft müssen die Wogen des württembergischen und badischen öffentlichen Lebens in jenen Tagen gefluthet haben, wenn ein ernstdenkender Politiker in solchen Einrichtungen Garantien gegen die Unterdrückung des Rechtes durch Parteileidenschaft glaubte erblicken zu können!

In der zweiten Abhandlung von 1874 dringt Mohl etwas tiefer in die praktischen Schwierigkeiten des Problems ein und spricht die Befürchtung aus, „dass das leidenschaftliche Parteileben, welches durch die Erstarkung des Ultramontanismus im Reichstage einerseits und durch die natürlich gegen denselben entstandene Abneigung und Abwehr andererseits so sehr gewachsen ist, künftig noch mehr als bisher die Behandlung von Wahlanfechtungen zur Veranlassung von Kämpfen, nicht aber von gerechten und billigen Entscheidungen machen wird.“ Er legt nun die technischen Mängel und die politischen Gefahren des jetzigen Wahlprüfungssystems dar und erörtert drei mögliche Reformen: die Einsetzung einer einzigen, zwar zahlreichen, aber doch noch practicablen Commission von Reichstagsmitgliedern, welche im Wesentlichen die Aufgabe der jetzigen sieben Abtheilungen zu lösen hätte; die Schaffung einer dem Reichstage allein angehörigen und unterstehenden Behörde, besetzt mit der zur richtigen und vertrauenerweckenden Besorgung ihrer Aufgabe erforderlichen Anzahl von Beamten; endlich: die Beauf-

tragung einer ausserhalb des Reichstages stehenden, ihm in ihren Hauptfunctionen fremden, hochgestellten, unabhängigen und angesehenen Behörde mit der Wahlprüfung. Er entscheidet gegen alle drei, gegen die letzte, weil ihm nur das Reichsoberhandels-, später etwa ein oberstes Reichsgericht, also „mit Geschäften bereits überladene“ Behörden als die möglichen Entscheidungsorgane vorschweben, offenbar aber auch deshalb, weil ihm das ältere englische und das neuere französische Muster noch immer vor Augen sind, und weil die im Jahre 1868 in England vollzogene umwälzende Reform damals, erstaunlicher Weise, noch gar nicht zu seiner Kenntniss gelangt war. So strebt er denn aus technischen Gründen an, dass sämtliche Wahlen vorläufig als vorschriftmässig vorgenommen präsumirt und nur die besonders Beanständeten einer Prüfung unterzogen werden sollen, und meint, dass mit Einem grösseren oder einigen kleineren Ausschüssen, welche, specielle Fälle dem Hause vorbehaltend, selbstständig zu entscheiden hätten, die politischen Gefahren beschworen sein würden!

Die Schrift Jellinek's können wir als schätzbaren Beitrag zu einer dereinstigen glücklichen Lösung für das politische Leben Oesterreichs sehr wichtiger und bis zur Stunde geradezu gefährlicher Streitfragen nur freudig begrüssen. Ihre Grundgedanken sind mit denjenigen in voller Uebereinstimmung, welche wir bereits vor fast einem Vierteljahrhundert in unserem im Anhange abgedruckten Gutachten vertreten haben. Die hier behandelte specielle Frage wird von dem Verfasser, der sich eine umfangreichere Aufgabe gestellt hat, nur in aller Kürze unter Hinweisung auf die allein sachgemässen Grundlagen ihrer Lösung berührt. Die Divergenz unserer Anschauungen in Bezug auf die Organisation des Wahlprüfungs-, dort Verfassungsgerichtshofes wird sich aus dem weiteren Verlaufe dieser Darstellung von selbst ergeben.

V. Die leitenden Grundsätze.

Mit dem Ueberblicke über den geschichtlichen Entwicklungsgang des Wahlprüfungsrechtes, über die Gesetze, welche dasselbe in den heutigen Staaten Europas, sowie in der nordamerikanischen Union beherrschen, endlich über die Literatur der Frage, ist wohl die Möglichkeit und die Berechtigung gewonnen, nunmehr in succincter Form die leitenden Grundsätze hinzustellen, nach welchen eine auf der Höhe der Wissenschaft stehende und die Erfahrungen der Vergangenheit verwerthende Gesetzgebung auf diesem Gebiete vorzugehen haben wird.

Die Wahlprüfung hat zum Gegenstande die Wahrung öffentlichen Rechtes³⁷⁾, präciser ausgedrückt: die Wahrung der den Staatsbürgern durch die Verfassung zuerkannten und gewährleisteten Rechte, ihre freie Ueberzeugung über die dem Gesamtwohl förderlichste Regierung des Staates bei der Wahl der Landes-, beziehungsweise der Reichsvertretung zu unbeirrtem und unverfälschtem Ausdruck zu bringen. Die Bevölkerung soll also durch dieselbe dagegen geschützt sein, dass Jemandem ein Wahlrecht auszuüben verstattet werde, dem dasselbe verfassungsmässig nicht zukommt, sowie dass Jemandem die

³⁷⁾ Vgl. Bähr, Der Rechtsstaat, 1864; Gneist, Der Rechtsstaat, 1872; Derselbe, Verwaltung, Justiz, Rechtsweg u. s. f., 1869; vgl. auch Hye's Einleitungen zu jedem einzelnen Theile der Sammlung der Erkenntnisse des Reichsgerichtes.

Ausübung eines solchen verweigert werde, dem es verfassungsmässig zuzuerkennen ist. Sie soll weiter dagegen geschützt sein, dass die Freiheit ihres Willens durch irgendwelche gewaltsame, der wahre Inhalt ihres Willens durch irgendwelche listige oder betrügerische Beeinflussung gehindert werde, zum Ausdruck zu gelangen. Vergegenwärtigt man sich diesen Gegenstand und Zweck der Einrichtung, so kann auch nicht der leiseste Zweifel darüber obwalten, dass es sich dabei um gar nichts Anderes handelt, als um Schutz bei der Ausübung bestehender Rechte, also um eine ganz specifisch richterliche Function, ganz ebenso wie der Schutz eines Staatsbürgers bei der Ausübung seines Eigenthums- oder irgend eines anderen Privatrechtes eine specifisch richterliche Function ist. Mit anderen Worten: die Wahlprüfung ist nichts Anderes als die Anwendung der bestehenden Verfassungsgesetze in der ihrem Wortlaut und Geist entsprechenden Weise auf die einzelnen concreten Fälle der Wahlvornahme. Hat man sich diess nur einmal klar gemacht — und man kann mit voller Zuversicht behaupten, dass alle Schriftsteller von einer gerichtlichen Action der Parlamente bei der Wahlverification sprechen ³⁸⁾ —, so muss auch weiter einleuchten, dass Alles, was in dieser Richtung so häufig von einer „Souveränität“ des Parlaments, von demselben als einer „souveränen Jury“ behauptet wird, wonach es sich also etwa um Anderes als um Gesetzesanwendung handle, wonach etwa irgendwelche specielle politische Momente in diese Judicatur hineinzuspielen hätten, nichts Anderes ist, als begriffliche Unklarheit und transcendente Phrase. Es gilt in der That hier

³⁸⁾ Erst wieder der neueste Bearbeiter des allgemeinen Staatsrechtes, Gareis bei Marquardsen, I, 1, pag. 96, nennt das Recht der Legitimationsprüfung „eine Art eigener Gerichtsbarkeit“, und Mohl in seiner zweiten Abhandlung, pag. 538, meint, dass die Entscheidungen „im Geiste eines Geschwornengerichts“ zu fällen seien. Aehnlich Laband a. a. O. Rönne, u. s. f.

völlig dasselbe, was seinerzeit bestand, als die französischen Ansichten über das Geschwornengericht noch nicht durch die tiefere Einsicht in das Wesen der englischen Institution verdrängt worden waren. Damals meinte man in der Jury eine über das Gesetz erhabene Emanation des Volksgeistes, nach hegelianischen Anschauungen etwa gar „das Volksbewusstsein in seiner ungebrochenen Reinheit und Ursprünglichkeit“ erkennen zu sollen. Heute zweifelt mindestens kein einsichtsvoller Jurist mehr daran, dass die Geschwornen unter und nicht über dem Gesetze stehen, dass sie einzig und allein das positive Gesetz des Landes, allerdings nach bestem Wissen und Gewissen und ohne an Beweisregeln gebunden zu sein, auf den concreten Fall in Anwendung zu bringen haben.

Steht nun all' diess unerschütterlich fest, so ist es ebenso unzweifelhaft, dass es keinen ungeeigneteren Richter geben kann, als ein Parlament, als eine Körperschaft, deren Mehrheit stetig und auf allen Gebieten ihren Willen gegenüber dem der Minderheit zur Geltung zu bringen gewohnt, ja, welche hierin nicht blos ihr Recht, sondern auch ihre politische Pflicht zu üben überzeugt ist. Wohl in allen Civil- und Strafprocessordnungen oder Gerichts-instructionen der civilisirten Staaten begegnet man dem durchgreifenden Grundsatz, kein Richter dürfe an der Berathung oder Entscheidung einer Angelegenheit theilnehmen, bei der er unmittelbar oder mittelbar Schaden oder Vorthail zu gewärtigen hat; ja die Nichtbeachtung dieses Recusations- oder Perhorrescenzgrundes hat die unheilbare Nichtigkeit der so getroffenen Entscheidung zur unausbleiblichen Folge. Die Mitglieder der herrschenden Partei in einem Parlamente haben sammt und sonders mittelbaren Vorthail von der Agnoscirung der Wahl eines Parteigenossen, von der Annullirung der Wahl eines Parteigegners, dagegen mittelbaren Schaden von dem Gegentheil: nach welchen Rechtsgrundsätzen sollen gerade sie berufen sein, das entscheidende Wort bezüglich ange-

fochtener Wahlen zu sprechen? Dazu kommt, dass die grosse Mehrzahl der Parlamentsglieder an judicielle Thätigkeit, an die Ausübung irgendwelchen Richteramtes nicht gewohnt, mit der Handhabung jener feineren Distinctionen, die solche Thätigkeit erheischt, nicht vertraut ist. Bringt nicht diese Sachlage die Gefahr um so näher, dass man einem klaren Parteiinteresse mehr Gewicht beizulegen geneigt sein werde, als den nicht Jedermann geläufigen Geboten der scrupulosesten Moral oder der schärferen logischen Unterscheidung? Und wenn wir auch bei allen Mitgliedern einer Parlamentsmajorität wie der Minorität das höchste Mass an Pflichteifer und Gewissenhaftigkeit voraussetzen wollen, ist es denn psychologisch und politisch klug, für sie Alle das denkbar weiteste Terrain der Pflichten-collisionen zu eröffnen? Wenn der andächtige Beter im Vaterunser die tiefdurchdachten Worte spricht: „Führe uns nicht in Versuchung und erlöse uns von dem Uebel“, so leiht er damit nebst dem religiösen auch einem geradezu staatsmännischen Gedanken den schlichtesten und wahrhaftigsten Ausdruck. Man darf und soll von den Menschen niemals mehr als ein mittleres Durchschnittsmass von Moral erheischen; und wenn man sie zwischen die zwei kategorischen Imperative stellt, entweder ihren intensivsten politischen Ueberzeugungen oder den strengsten Anforderungen des Rechtes und der Sittlichkeit zu dienen, dann gebe man es auf, bestimmen zu wollen, wohin von Fall zu Fall die Waagschale sich neigen werde. Wie muss aber ganz insbesondere gerade der Richter beschaffen sein, der seiner Aufgabe zu entsprechen geeignet ist? Losgelöst von allen Beziehungen, die nach rechts oder nach links ablenken könnten, abseits stehend vom Gewoge der Leidenschaften des Tages, keinem Parteiinteresse unterthan, vor Nichts sich beugend als vor der Majestät des Gesetzes, und keine andere Pflicht anerkennend als die, Recht und Gesetz zur Geltung zu bringen, mag er in gewissem Sinne jenen Schatten der Unterwelt vergleich-

bar sein, von denen die Odyssee des Homer erzählt, dass sie nur dann die Sprache erlangen, wenn sie vorerst Blut getrunken haben; hat aber der Richter aus dem schäumen- den Kelch der Parteileidenschaft getrunken, dann wird er die Sprache der Gerechtigkeit nur schwer mehr zu sprechen im Stande sein. Und deshalb werden wir wohl sagen dürfen: Wahlprüfungen sollen überhaupt nicht vor das Parlament gehören, sondern vor einen Gerichtshof, der alle Garantien vollständiger Unparteilichkeit gibt, vor Allem die Garantie, dass er nicht verstrickt und verflochten sei in die Bewegungen des politischen Lebens, in die Gegensätze der Parteien. Und das ist es ja auch, was die reifen Politiker Englands gegenüber einem Parlamente, dessen Omnipotenz anerkannt, von dem sogar der Grundsatz notorisch ist, dass es Alles vermöge, es sei denn aus einem Manne ein Weib zu machen, in der modernsten Zeit bewogen hat, demselben die richterliche Function der Wahlverification zu entziehen, und den Satz zur Geltung zu bringen, dass wie der Richter nicht Politiker, so der Politiker auch — mindestens auf dem Gebiete öffentlichen Rechts — nicht Richter sein solle.

Es ergibt sich nun die weitere Frage: auf welche Grundlagen ist ein solcher Wahlprüfungs-Gerichtshof zu stellen, wie ist er zu organisiren?

VI. Der Antrag Coronini.

Ehe wir diese Frage an der Hand des eigenen Gesetzentwurfes (Anhang sub I.) positiv zu lösen versuchen, sei nur mit wenigen Worten der Bedenken Erwähnung gethan, welche wir dem principiell so werthvollen Antrage des Grafen Coronini (Anhang sub III.) in seinen Einzelheiten glauben entgegen stellen zu müssen.

Demselben zufolge soll der Gerichtshof zusammengesetzt sein aus Mitgliedern der Reichsgerichtes, des Verwaltungs- und des Obersten Gerichtshofes, und es sollen dieselben durch das Los bestimmt werden, und zwar für jede einzelne Session des Reichsrathes. Rücksichtlich aller dieser drei Momente scheint uns nun ganz Anderes als wünschenswerth angesehen werden zu müssen. Zunächst dürfte jede Combination, bei der das Reichsgericht mit in Rechnung gezogen ist, den obersten Zwecken, die jetzt wohl schon hinlänglich gekennzeichnet sind, nicht entsprechen. Ist ja doch das Reichsgericht nach seinem Organisationsstatut zusammengesetzt zum Theile aus Mitgliedern der beiden Häuser des Reichsrathes und weiter aus Solchen, die durch die beiden Häuser in Vorschlag gebracht wurden. Dem Vorausgeschickten zufolge sind aber gerade die politischen Körperschaften nicht berufen, Gerichtshöfe aus sich oder aus von ihnen patronisirten Elementen zu bilden. Denn auch bei der höchsten Achtbarkeit Derer, die einem solchen Tribunale angehören,

liegt es in der Natur der Sache, dass ein gewisser Zusammenhang zwischen ihnen und den Körperschaften, sowie den Parteirichtungen der Körperschaften, aus denen sie hervorgegangen sind oder denen sie doch nahestehen, wird obwalten müssen. Läge aber diess selbst nicht geradezu in der *force des choses*, und wäre der Zusammenhang thatsächlich völlig gelöst, so bliebe doch zum Nachtheile der Autorität des Gerichtes wenigstens der Schein eines solchen bestehen. Man hat bei dem Zustandekommen des Reichsgerichts in dem Berichte des Verfassungsausschusses des Abgeordnetenhauses hervorgehoben, das Präsentationsrecht rechtfertige sich dadurch, dass das Reichsgericht nicht blos richterliche Functionen bei der Entscheidung über Ansprüche, Forderungen und Leistungen zu üben habe, sondern dass sein Richteramt mindestens in gleichem Masse politischer Natur ist, dass es ein Hort sein solle für den Schutz der in der Verfassung gewährleisteten politischen Rechte und für die wirkliche Trennung der Justiz von der Verwaltung. Bei der hohen politischen Bedeutung des Reichsgerichtes sei es daher ferner eine wesentliche Bedingung seines Werthes, dass die Volksvertretung auf die Wahl seiner Mitglieder und hierdurch „auf die Unabhängigkeit seiner Aussprüche“ einen entschiedenen Einfluss übe, dass dieselbe nicht ausschliesslich der Executivgewalt überlassen bleibe, vielmehr „beide Gewalten im Staate schon in der Art der Ernennung die nöthige Garantie für jene Interessen finden, welche zunächst ihrer Wahrung anvertraut sind“. Damit im Einklange also sei jene Organisation, wonach der Kaiser die zwölf Mitglieder nebst den vier Ersatzmännern auf Vorschlag des Reichsrathes, und zwar sechs Mitglieder und zwei Ersatzmänner auf den des Abgeordnetenhauses, die sechs anderen und zwei Ersatzmänner auf den des Herrenhauses für Lebensdauer ernennt. So unzweifelhaft es nun ist, dass in der Ernennung auf die Lebensdauer eine wichtige Garantie gelegen ist, so unzweifelhaft bringt das Walten

des Naturgesetzes nur allzuhäufige Personenwechsel bei dem Gerichte mit sich. Da üben denn nun jedesmal die zur Zeit massgebenden politischen Strömungen in beiden Häusern des Reichsrathes einen bestimmenden Einfluss aus. Es spiegelt also das Reichsgericht unabweislich, insoweit es sich um das mobile Element in demselben handelt, bis zu einem gewissen Grade die jeweilig herrschenden Parteien wieder, und es sind die Nuancirungen verschieden, je nachdem einzelne oder mehrere Mitglieder gerade zu Zeiten ausscheiden, in welchen die eine Parteirichtung oder die andere im Abgeordneten-, sowie im Herrenhause die Oberhand hat. Jene vollständige Loslösung vom politischen Leben und dessen Strömungen aber, welche wir einem Gerichtshofe vor Allem vindiciren, ist bei dem Reichsgerichte, schon seiner ursprünglichen Organisation nach, nicht das letzte Ziel gewesen und kann thatsächlich nicht vorhanden sein.

Andere, aber nicht geringere Bedenken stehen unseres Erachtens der Heranziehung von Mitgliedern des Verwaltungsgerichtshofes zu dem Wahlprüfungs-tribunale entgegen. Nach dem ursprünglichen Gedanken, den man mit der Organisation des Verwaltungsgerichtshofs und seiner Thätigkeit verknüpft hatte, hat bei der ersten Ernennung diejenige administrative Richtung ein naturgemässes Uebergewicht erlangt, welche vornehmlich dem Steuer- und Gebührenwesen, überhaupt den fiscalischen Interessen zugewendet ist, während bei der Organisation des Gerichtshofs für Wahlverificationen das richterliche Element unbedingt im Vordergrunde zu stehen haben wird. Dazu kommt aber noch — und damit berühren wir ein weiteres ernstes Bedenken —, dass nach dem Coronini'schen Antrage das Los als Mittel der Kürung der Mitglieder des Gerichtshofes in Anwendung gebracht werden soll. Von allen Modalitäten der Bestellung eines Richtercollegiums scheint nun jene, durch welche man dieselbe dem Zufalle überantwortet, die

allerbedenklichste; man gibt auf diesem Wege die Auswahl einer unbekannten Macht preis, die in einem Falle vernünftig, im anderen unvernünftig entscheidet. Endlich erscheint es auch noch sehr bedenklich, hier von einer besonderen Wahl für jede einzelne Reichsrathssession zu sprechen. Denn gewiss bleibt das wesentlichste Moment in Bezug auf die Unabhängigkeit der Richter, nicht minder aber auch auf die Gleichmässigkeit und Continuität in der Rechtsprechung, die Bestellung auf Lebensdauer; gibt sie ja doch allein die Sicherheit, dass der Richter in seinem amtlichen Walten durch keine wie immer gearteten Ereignisse werde beirrt werden können. Will man demnach an das Abgeordnetenhaus des Reichsrathes mit Fug und Recht die Zumuthung stellen, hinsichtlich der Wahlprüfung auf seine Autonomie zu verzichten, die bisher nicht allein ein sehr gewichtiges Recht, sondern leider auch eine verhängnissvolle Waffe gewesen, so muss man nach einer Organisation streben, welche die höchste, überhaupt denkbare Unabhängigkeit des neuen Richter-Collegiums zu verbürgen geeignet ist. Und damit gelangen wir denn nun zur Begründung unseres eigenen Entwurfes.

VII. Der Gesetzentwurf.

Der Gerichtshof soll zusammengesetzt werden aus einer Mehrzahl von Mitgliedern des Obersten Gerichtshofes, mit Ausschluss eines Jeden, welcher etwa einem Landtage, dem Abgeordnetenhouse oder dem Herrenhause angehört, vereinigt mit solchen juristischen Fachmännern, welche ausserhalb des politischen Lebens stehen oder bei denen dies wenigstens so viel als möglich sichergestellt ist, das ist mit einer Anzahl von Professoren der juristischen Facultät, von Advocaten und Notaren. Es ist die Zahl von fünfzehn Richtern in Aussicht genommen, von denen acht aus dem Obersten Gerichtshofe und sieben aus den anderen Kreisen; ein Collegium von Eilf, den Vorsitzenden einbegriffen, ist zur Beschlussfähigkeit erforderlich. Der Modus der Bestellung hätte der zu sein, dass aus der Plenarversammlung des Obersten Gerichtshofs, von welcher die einem Vertretungskörper angehörigen Räthe ausgeschlossen bleiben, die demselben angehörigen acht Mitglieder gewählt werden, und dass diese letzteren sohin Jene ernennen, welche mit ihnen zusammenzuwirken haben sollen. Es ist selbstverständlich, dass der Eintritt in eine legislative Körperschaft den Austritt aus dem Gerichtshofe zur unbedingten Folge hat. Mit den aus dem übernommenen Amte sich ergebenden Pflichten ist für die Mitglieder des Gerichtshofes auch die weitere Pflicht verbunden, bei der Angelobung den für Lebenszeit geltenden

Verzicht auf jede Bewerbung um das Mandat eines Landtags- oder Reichsrathsabgeordneten, sowie auf die Annahme eines solchen auszusprechen. Da es aber ferner wünschenswerth ist, dass dieselben sich in voller Geistesfrische, mitten im praktischen Leben, befinden, so ist mit der Rücklegung des Richteramtes, der Advocatur, des Notariats oder des Lehramtes auch der Austritt aus dem Richtercollegium gesetzlich verbunden. Es ist ferner selbstverständlich, dass die den Richtern überhaupt staatsgrundgesetzlich gewährleistete Selbständigkeit und Unabhängigkeit allen Mitgliedern zukommt, weiter, dass das Gericht in gar keiner Weise durch irgend eine andere Behörde oder Autorität influenzirt werden darf, dass es vielmehr in Bezug auf die Geschäftsordnung und das Verfahren, auf die Disciplinarbehandlung seiner Mitglieder, mit einem Worte auf Alles, was mit seiner Organisation und Thätigkeit im Zusammenhange steht, als eine vollständig autonome Körperschaft hingestellt sei.

Der Wirkungskreis des Gerichtshofes ist in der Weise abgegrenzt, dass jede angefochtene Wahl vor sein Forum gelangt. Dahin gehören alle Fälle eingebrachter Beschwerden oder Proteste, der wegen eines Ausschlussgrundes durch die Behörde verweigerten Ausfertigung des Wahlcertificates oder der Bestreitung des activen und passiven Wahlrechtes im Sinne des §. 20 der Reichsrathswahlordnung.³⁹⁾ Das Abgeordnetenhaus hätte

³⁹⁾ Derselbe lautet: Von dem Wahlrechte und der Wählbarkeit bei der Wahl der Abgeordneten sowohl, als auch der Wahlmänner sind ausgeschlossen:

1. Alle unter Vormundschaft oder Curatel stehenden Personen;
2. Diejenigen, welche eine Armenversorgung aus öffentlichen oder Gemeinde-Mitteln geniessen oder in dem der Wahl unmittelbar vorausgegangenen Jahre genossen haben;
3. Personen, über deren Vermögen der Concurs eröffnet worden ist, während der Dauer der Concursverhandlung;
4. Diejenigen Personen, welche wegen eines Verbrechens oder wegen Uebertretung des Diebstahles, der Veruntreuung, der Theilnahme

in Zukunft lediglich Wahlen nach Befinden ohne Debatte zu agnosciren, niemals aber Wahlen zu annulliren. Wird auch nur von einer einzigen Stimme im Hause Widerstand gegen eine Wahlagnoscirung erhoben, so ist diess einer Anfechtung der Wahl gleichzuhalten und damit die Competenz des Gerichtshofes begründet.

Was nun das Verfahren betrifft, so kommen die Grundsätze öffentlich-mündlicher Procedur zur strictesten Anwendung. Sowohl im Stadium der Vorbereitung der Verhandlung als der Verhandlung selbst hat der Gerichtshof das umfassendste Recht auf Vernehmung von Betheiligten, Zeugen, Sachverständigen, auf Beschaffung von Urkunden oder anderen Behelfen. Dieses Recht umfasst auch sämtliche auf den Wahllact bezüglichen amtlichen Correspondenzen zwischen Ministerien und Landesverwaltungsbehörden oder zwischen den letzteren in allen Instanzen untereinander, sowie die Auslieferung etwaiger gerichtlicher

hieran oder des Betruges (§§. 460, 461, 463, 464, St.-G.) zu einer Strafe verurtheilt worden sind.

Diese Folge der Verurtheilung hat bei den im §. 6, Z. 1 bis 10 des Gesetzes vom 15. November 1867, R.-G.-B. Nr. 131, aufgezählten Verbrechen mit dem Ende der Strafe, bei anderen Verbrechen mit dem Ablaufe von zehn Jahren, wenn der Schuldige zu einer wenigstens fünfjährigen Strafe verurtheilt wurde, und ausserdem mit dem Ablaufe von fünf Jahren, bei den oben angeführten Uebertretungen aber mit dem Ablaufe von drei Jahren nach dem Ende der Strafe aufzuhören.

Werden durch die Strafgesetzgebung neue Bestimmungen darüber getroffen, in Folge welcher strafrechtlicher Verurtheilung und für welche Dauer das Wahlrecht und die Wählbarkeit zu Gemeindevertretungen verloren geht oder nicht ausgeübt werden darf, so haben die nämlichen Bestimmungen auch hinsichtlich des Wahlrechtes und der Wählbarkeit in den Reichsrath zu gelten.

§. 55, I. Absatz lautet: Der Landeschef hat nach Einsichtnahme in die nach §§. 51 und 52 an ihn gelangten Wahllacten jedem gewählten Abgeordneten, gegen den nicht einer der im §. 20 festgesetzten Ausschlussgründe von der Wählbarkeit vorliegt, ein Wahlcertificat auszufertigen und zustellen zu lassen, welches Certificat den gewählten Abgeordneten zum Eintritte in das Haus der Abgeordneten des Reichsrathes berechtigt. Vgl. oben Note 29.

Acten; es umfasst ferner die Jedermann obliegende Zeugen- und Eidespflicht, die Entbindung der Staatsbeamten von der Pflicht der Wahrung des Amtsgeheimnisses, sowie den den Letzteren behufs Leistung der Zeugenpflicht gesetzlich zu gewährenden Urlaub. Die diesbezüglich, wie wir oben gesehen, in Frankreich und zum Theile auch bereits in Oesterreich entstandenen Controversen sind vollständig abgeschnitten.⁴⁰⁾ Alle diese Vernehmungen und Erhebungen am Sitze des Gerichtes, sowie nach Bedarf an Ort und Stelle, können auch auf Grund von Parteianträgen vorgenommen werden.

Der Grundsatz der Gleichstellung der Parteien ist mit äusserster Scrupulosität festgehalten, und deshalb auch ausgesprochen, dass das Gericht von keinerlei Acten Gebrauch machen dürfe, deren Einsichtnahme nicht auch den Parteien zugänglich gemacht worden wäre. Es soll damit einem, bei unseren hohen Gerichtshöfen des öffentlichen Rechtes mitunter vorkommenden Unfuge der Eingang verwehrt werden, wonach dieselben ab und zu, von einer Art bureaukratischen Anwandlung geleitet, und ihrer Stellung als über gleichberechtigten Parteien stehende Tribunale uneingedenk, zu ihrer eigenen Information Correspondenzen einleiten und Erhebungen pflegen, deren Ergebnisse den Parteien nicht eröffnet und nicht zum Gegenstande contradictorischen Verfahrens gemacht werden, die aber doch nicht ohne einen gewissen Einfluss auf die Entscheidung bleiben können.

Die Verhandlung ist öffentlich, die Oeffentlichkeit kann nur durch motivirten, in öffentlicher Sitzung bekanntzugebenden Senatsbeschluss ausgeschlossen werden.

⁴⁰⁾ Vergl. oben Note 8 und die bedeutsamen Ausführungen v. Rönne's a. a. O. I., 1., §. 69 sub 2, über das Informationsrecht der preuss. Kammern nach Art. 82 der Verfassg. Ueber die bezüglichen Rechte der beiden Häuser England's die eingehende Darstellung May's im XIV. und XV. Capitel seines zweiten obencitirten Werkes.

Das auf Grund mündlichen, contradictorischen Verfahrens zu fällende Urtheil ist jedenfalls in öffentlicher Sitzung sammt den Entscheidungsgründen mündlich durch den Vorsitzenden zu verkündigen. Auch damit soll wieder ein zweifacher, bei jenen Gerichtshöfen eingerissener, aber den Grundprincipien des öffentlich-mündlichen Verfahrens widerstreitender Unfug hintangehalten werden, wonach ein Votant oder Schriftführer oft schriftliche, nicht selten sogar schon vor der Verhandlung abgefasste Gründe zur Verlesung bringt. Die Bürgschaft einer wirklich collegialen Berathung der Richter ist nur dann geboten, wenn der Vorsitzende selbst das Ergebniss derselben mündlich bekannt gibt.

Der in England und nach englischem Muster auch in Ungarn geltende Grundsatz, wonach mit der Ueberreichung einer Wahlbeschwerde ein namhafter Cautionserlag (Succumbenzgeld) zu verbinden ist, wurde fallen gelassen, weil es nicht gut angeht, nur Wohlhabenden die Wahlanfechtung, welche ja, wenn begründet, wichtigen Gesamtinteressen entspricht, möglich zu machen. Dagegen erscheint es, um den Gerichtshof vor bösen oder muthwilligen Beschwerdeführungen zu schützen, zugleich die Bevölkerung an eine ernstere Auffassung politischer Rechte und Pflichten zu gewöhnen, dringend geboten, nach Umständen auf Kostenersatz und Muthwillensstrafe, die beide sofort vollstreckbar sein müssen, erkennen zu dürfen.

Mit Rücksicht darauf, dass Wahlstreitigkeiten, ebenso sehr im Interesse des Parlamentes als der beteiligten Wähler, rasch durchgeführt werden sollen, ist die Bestimmung getroffen, dass in der Regel vom Eintreffen der Beschwerde bis zur Verhandlung kein längerer Zeitraum als der von vier Wochen soll verstreichen dürfen. In dem gleichen Geiste liegt es, dass das Erkenntniss sofort in Rechtskraft erwächst und zugleich für das Abgeordnetenhaus bindend wird, dass endlich

Wiederaufnahmen des Verfahrens unbedingt ausgeschlossen sind. ⁴¹⁾

⁴¹⁾ Soviel muss doch wohl auch ohne umständliche Erörterung einleuchten, dass es gegenüber einem Agnoscirungserkenntnis des Wahlprüfungsgerichtshofes nicht etwa eine Restitution wegen neu aufgefundener Beweismittel geben könne, zum Mindesten insoweit, als bei der Wahl formelle Fehler vorgekommen sein sollen, die der Voraussetzung nach erst hinterher an das Tageslicht getreten wären. Diese Frage erscheint schon dadurch erledigt, dass es keine Erstreckung der abgelaufenen Frist zur Anfechtung von Wahlen geben darf, und selbstverständlich ebensowenig eine Wiedereinsetzung wegen Ablaufes dieser Frist. Es ist gewiss ein Recht des Gewählten, der Wählerschaft, endlich des Hauses, dass dergleichen Anfechtungen entweder sofort erfolgen müssen oder gar nicht mehr sollen platzgreifen können. Etwas Anderes wäre es natürlich, wenn in Betreff einer vom Gerichtshofe agnoscirten Wahl sich später ergäbe, dass dem Gewählten schon zur Zeit des richterlichen Erkenntnisses irgend eine Bedingung der Wählbarkeit abging, — z. B. derselbe war zur Zeit der Wahl noch nicht dreissig Jahre alt, noch nicht seit drei Jahren österreichischer Staatsbürger u. s. f. (§ 19 der R. R. W. O.) — oder dass einer der Ausschliessungsgründe des in Note 39 citirten §. 20 der R. R. W. O. zutraf. Hier ist aber nach §. 3 der R. R. W. O. die Möglichkeit einer neuen Wahlanfechtung geboten, und damit würde auch die Competenz des Wahlgerichtshofes auf's Neue begründet sein. Praktisch werden unseres Erachtens solche Fälle niemals sein können; denn Disqualifikationen solcher Art werden wohl immer ohne richterliche Intervention von selbst zur Lösung führen. Vgl. über das Expulsions- und Suspensionsrecht des englischen Parlaments und die geschichtliche Entwicklung beider: May's zweites Werk, S. 63. f. S. auch Fischel, Die Verfassung Englands (1862), S. 402 f. Ueber einen viel discutirten preussischen Fall einer nach erfolgter Anerkennung verlangten Ungiltigkeitserklärung: Rönne, a. a. O., §. 60 S. 261, Note 4.

An den im Text gleichfalls ausgesprochenen Grundsatz, dass das Erkenntnis des Wahlprüfungsgerichtshofes für das Abgeordnetenhaus sofort bindend sei, könnte sich auch in Hinkunft eine schon jetzt bestehende interessante Streitfrage knüpfen, welche deshalb aus doppeltem Grunde einer Erörterung an dieser Stelle würdig erscheint.

Der §. 47 der R. R. W. O. sagt im dritten Absatze: Stimmen, welche auf eine in Gemässheit des §. 20 — vgl. Note 39 — von der Wählbarkeit ausgeschlossene Person gefallen; Stimmen, welche an Bedingungen geknüpft oder denen Aufträge an den zu Wählenden beigelegt sind, endlich Stimmen, welche die damit bezeichnete

Es ist endlich von Wichtigkeit, dass, übereinstimmend mit den Normen des französischen Rechtes, sowie Person nicht deutlich entnehmen lassen, sind ungiltig und werden den abgegebenen Stimmen nicht beigezählt.

§. 49 ebenda, erster Absatz lautet: Als gewählter Abgeordneter ist derjenige anzusehen, welcher mehr als die Hälfte aller abgegebenen gültigen Stimmen für sich hat.

§. 4, erster Absatz des Ges. über die Geschäftsordnung des Reichsrathes normirt endlich, dass im Falle der Ungiltigkeitserklärung der Wahl eines Abgeordneten sofort eine Neuwahl stattzufinden habe (vgl. oben Note 29).

Wenn nun wegen eines den Gewählten treffenden Ausschlussgrundes eine Ungiltigkeitserklärung erfolgt, und wenn zugleich ein Gegen-candidat vorhanden ist, der mehr als die Hälfte aller abgegebenen gültigen Stimmen für sich hat, so fragt sich: ist auch in diesem Falle der Ungiltigkeitserklärung eine Neuwahl auszuschreiben?

Wir glauben nicht; denn die Bestimmung des obigen § 4 scheint nur die allgemeine Regel, dass bei Annullirungen sofortige Neuwahl erfolge, aussprechen zu wollen, dagegen den Specialfall, auf den wir hinweisen, ausser Betracht gelassen zu haben. Allerdings liesse sich auch Einiges für die entgegengesetzte Meinung geltend machen: da die Gründe, aus welchen das Abgeordnetenhaus eine Wahlannullirung beschliesst, sich trotz des Commissionsberichtes und der etwaigen Debatte niemals mit absoluter Bestimmtheit feststellen lassen, gehe es nicht an, in einem concreten Falle zu behaupten, es seien im Sinne des gefassten Annullirungsbeschlusses nur die ungiltig abgegebenen Stimmen in Abzug zu bringen. Wäre diese Anschauung richtig, dann müsste in der That in jedem Falle der durch das Haus erfolgten Nullitätserklärung die sofortige Neuwahl platzgreifen.

Der angeregte Zweifel würde nun aber unbedingt seine Lösung finden müssen, falls ein Wahlprüfungsgerichtshof in's Leben träte. Denn wenn in dem Erkenntnisse eines solchen ausdrücklich auf die im concreten Falle ungiltig abgegebenen Stimmen als auf den massgebenden Entscheidungsgrund hingewiesen würde, dann hätte unseres Erachtens, falls die obige Voraussetzung des Vorhandenseins eines mit absoluter Majorität der gültigen Stimmen gewählten Gegencandidaten zuträfe, eine Neuwahl gewiss nicht platzgreifen.

Ist es aber überhaupt jetzt, oder wird es, falls ein Wahlprüfungsgerichtshof geschaffen wird, künftig in der Competenz des Abgeordnetenhauses gelegen sein, über diese Frage sein Urtheil abzugeben, eventuell einen solchen Gegencandidaten einzuberufen?

Unseres Erachtens nicht. Die Frage geht die Verwaltung an, und nicht die Legislative. Nach §. 55 der R. R. W. O. hat der Landes-

das Gericht einmal mit der Untersuchung einer angefochtenen Wahl befasst ist, weder Tod, noch Mandatsniederlegung des Gewählten die Verhandlung und Entscheidung hintanhalten können. Das öffentliche Interesse, das nun einmal in Anregung gekommen, steht über den Privatverhältnissen und privaten Entschliessungen des Einzelnen. Den hinterbliebenen Angehörigen aber, und zwar denjenigen, die sich diesfalls zuerst melden, muss es im Interesse der Wahrheitsermittlung, sowie der Ehre des Verstorbenen, zustehen, sich bei der Verhandlung vertreten zu lassen.

Es will uns nun scheinen, dass, falls bei der Organisation des Gerichtshofes an diesen Grundlagen festgehalten wird, derselbe auf das volle Vertrauen des gesetzgebenden Körpers berechtigten Anspruch wird erheben können. Die Verzichtleistung auf die Autonomie bei der Wahlprüfung zu seinen Gunsten entspräche, allem Gesagten zu Folge, den höchsten Interessen des Staates.

chef, wie in Note 39 angeführt wurde, jedem giltig gewählten Abgeordneten ein Wahlcertificat ausfertigen und zustellen zu lassen, welches Certificat den gewählten Abgeordneten zum Eintritte in das Haus berechtigt. Sowie nun das Präsidium des Abgeordnetenhauses den Landeschef, sei es jetzt von der durch dasselbe, sei es in Zukunft von der durch den Wahlprüfungsgerichtshof erfolgten Annullirung verständigt, ist es dessen Aufgabe, das weiter dem Gesetze Entsprechende zu verfügen. In ähnlichem Sinne, d. h. eigene Competenz ablehnend, hat auch das preussische Abgeordnetenhaus im Jahre 1879 entschieden, nachdem es früher einmal einer entgegengesetzten Ansicht gehuldigt hatte. Dagegen hatte der norddeutsche Reichstag einmal (1869) den Reichskanzler aufgefordert, den mit absoluter Majorität gewählten Gegencandidaten eines Abgeordneten, dessen Wahl ungiltig erklärt worden war, einzuberufen. Im Jahre 1871 hat indessen auch ein Commissionsbericht im deutschen Reichstage sich, ohne im Hause Widerspruch zu finden, in dem gleichen Sinne ausgesprochen, wie neuerlich das preussische Abgeordnetenhaus. v. Rönne, a. a. O., S. 262, Note 1, scheint die Ansicht, wonach jede Wahlprüfung mit dem Verdicte über die Berechtigung oder Nichtberechtigung des derselben Unterzogenen vollständig beendet, und es nicht Sache des Abgeordnetenhauses sei, selbst die weiteren Consequenzen zu ziehen, zu missbilligen; er unterlässt es jedoch, für seine Ansicht Gründe anzugeben.

VIII. Schlusswort.

Dass die Frage, die uns beschäftigt, eine sehr bedeutungsvolle, dass die Aussicht auf ihre Lösung unter den gegenwärtigen Umständen eine geringe ist, weil man gewichtige Machtmittel aus der Hand zu geben sich überhaupt schwer, sich als politische Partei aber ganz besonders schwer entschliesst, verkennen wir nicht.

Dessenungeachtet geben wir die Hoffnung nicht ganz auf.

Es liegt uns dabei ferne, an Empfindungen zu appelliren. Glaubten wir an Dankbarkeit im privaten oder gar im öffentlichen Leben, so würden wir wohl versucht sein, daran zu erinnern, dass es die heutige deutsche Verfassungspartei war, welche zur Zeit ihrer vollen Herrschaft jenen Artikel XIX. des Staatsgrundgesetzes über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger, und mit demselben die Gleichberechtigung aller landesüblichen Sprachen in das Leben gerufen hat, auf welche sich die einzelnen Fractionen der heutigen Majorität als auf ihr Palladium berufen. Wir würden weiter daran erinnern können, dass die Polonisirung der Verwaltung Galiziens, welche heute dem parlamentarischen Wirken der Angehörigen dieses Landes eine so sichere Unterlage bietet, das Werk einer verfassungstreuen deutschen Regierung gewesen ist. Gewiss nur ein geringes Aequivalent hiefür würde das Zugeständniss eines solchen Gesetzes, würde die damit zum Ausdruck gebrachte Willensentschliessung sein können,

auf dem Gebiete der Wahlprüfung in Hinkunft keine Vergewaltigung üben, vielmehr Recht und Gerechtigkeit zur Herrschaft gelangen lassen zu wollen. Ja, man würde auf ein solches Zugeständniss sich sogar vielleicht als auf einen allerersten Versuch berufen können, jener vielerwähnten Idee der Versöhnung, welche bisher denn doch, wie männiglich bekannt, ein Wort ohne Begriff, eine Hülse ohne Kern geblieben ist, irgendwelchen positiven Inhalt zu verleihen.

Nicht aber mit Empfindungen wollen wir rechnen, sondern mit Interessen, nicht mit dem Gemüthe, sondern mit dem klaren politischen Verstand. Es ist gewiss nicht gut und kann keinem Parteiinteresse entsprechen, in Zeiten, wie die heutigen, in welchen vage Wünsche nach einer Demokratie ohne Schranken, nach Untergrabung des heutigen Bestandes der staatlichen Gesellschaft den Sinn noch nicht gereifter Bevölkerungen vielfach beherrschen und verwirren, an jenen granitnen Säulen des Rechtes und der Sittlichkeit zu rütteln, welche den starken Unterbau dieser Gesellschaft bisher gebildet haben und ihn weiter zu bilden allein die Kraft haben können. Es ist nicht gut und dem Gesamtinteresse nicht entsprechend, die Parteiherrschaft, die ihrem inneren Wesen nach eine flüchtige und wechselnde ist, höher zu stellen, als die dauernden, die heilig zu haltenden Ideen des Rechtes und der Gerechtigkeit. Es ist endlich nicht gut, der Bevölkerung das Beispiel zu geben, dass diejenigen Parteien, die ihren politischen Gedankenkreis zum Ausdruck bringen und an deren Spitze sie ihre Führer erblickt, sich von rohen Impulsen eher leiten lassen, als von jenen civilisatorischen Aufgaben, für die ja mehr und mehr Alle empfänglich gemacht werden sollen. Nur allzunahe liegt der Gedanke dass die Geltung des numerischen Uebergewichtes um nichts berechtigter ist, als die Geltung der physischen Uebergewalt, insolange die erstere nicht durch moralische Ziele ihre Legitimation erhalten hat.

Die Einsetzung eines Gerichtshofes, wie wir ihn befürworten, entspricht also dem Interesse aller Parteien, dem Interesse der Gesammtheit. Wem er heute als eine Schranke der Macht erscheint, dem kann er in kommenden Zeiten eine Schutzwehr sein, und Diejenigen, die er heute vor dem Machtmissbrauch Anderer beschützt, die mag er in kommenden Zeiten verhindern, eigene Macht zu missbrauchen.

Daran knüpft sich aber noch ein Weiteres. Wir haben in der Einleitung die höchst bedenklichen Lücken gekennzeichnet, welche unsere Verfassungsgesetze — geboren inmitten der Hast der ungarischen Ausgleichsverhandlungen — bestehen gelassen haben. Keine Cynosur für die Abgrenzung der Competenz der Landes- und der Reichsvertretung, dort, wo Zweifel sich ergeben, keine Cynosur für die Fälle, in welchen die Frage offen ist, ob ein Gesetz zu seiner Feststellung der Zweidrittel- oder aber nur der einfachen Mehrheit des Hauses bedürfe, alles Anderen zu geschweigen. Damit ist nun aber auch die weitere Folge verbunden, dass das constitutionell so bedeutsame Princip der Ministerverantwortlichkeit völlig auf dem Papiere bleibt. Der Sinn der Ministerverantwortlichkeit ist ja doch die unbedingte Aufrechthaltung der Verfassung und aller Verfassungsgrundsätze, also auch die unbedingte Aufrechthaltung derjenigen Grenzen, welche zwischen solchen Gesetzen bestehen, die mit einer einfachen Majorität beschlossen werden können, und solchen, die eine Verfassungsänderung involviren. Der Sinn der Ministerverantwortlichkeit ist ferner: die vollständige Einhaltung der in den Staatsgrundgesetzen gegebenen Grenzen zwischen der Landtags- und der Reichsrathscompetenz. Wenn nun jede Verfassungsverletzung, welche sich, der Voraussetzung nach, ein Ministerium dadurch zu Schulden kommen liesse, dass es die im Sinne und Geiste der Staatsgrundgesetze gelegenen Grenzmarken jener Competenzkreise im gegebenen Falle selbst verrückt, oder dass es den Be-

schlüssen einer dasselbe Ziel anstrebenden Mehrheit des Abgeordnetenhauses nicht entgegentritt, einfach durch eine von dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses *ex cathedra* ausgesprochene Interpretation jener Staatsgrundgesetze behoben werden kann, dann ist das Ministerium seiner Verantwortlichkeit sofort entlastet oder vielmehr: es bleibt die Ministerverantwortlichkeit ein tönendes, aber leeres Wort. Dieser Gefahr — heute überwiegend für centralistische, künftig vielleicht für autonomistische Principien, im Wechsel des Uebergewichtes der Parteien also successive für alle — könnte begegnet werden, wenn man, eingedenk der Erfahrungen der nordamerikanischen Union, im weiteren Gange der Dinge jenen Gerichtshof mit dem Rechte betrauen würde, auf Anrufen im concreten Falle, über die Verfassungsmässigkeit der Gesetze zu erkennen.⁴²⁾ Wir wollen und dürfen hierbei an dieser Stelle

⁴²⁾ Es liegt nahe genug, dass durch eine entsprechend scharfe Fixirung des bezüglich Competenzkreises: richterliche Prüfung der Frage, ob der Gegenstand eines von der Reichsvertretung beschlossenen und sohin sanctionirten Gesetzes nicht etwa der Zuständigkeit einer Landesvertretung unterliege und umgekehrt, ob ferner ein Gesetz, welches als ein einfaches angesehen und nur mit absoluter Mehrheit der anwesenden Abgeordneten beschlossen wurde, etwa als ein verfassungsänderndes zu seiner Feststellung einer Zweidrittelmehrheit und der Anwesenheit der Hälfte der Abgeordneten bedurft hätte, mannigfache Zweifel und Missverständnisse von Vornherein beseitigt werden könnten, welche der richtigen Würdigung jenes richterlichen Prüfungsrechtes so oft im Wege gestanden sind. Auf die ersteren hier näher einzugehen und damit zugleich auch die umfassende Literatur kritisch zu erörtern, welche seit der ersten Veröffentlichung unseres im Anhange abgedruckten Gutachtens und seit den Verhandlungen des Mainzer Juristentages entstanden ist, wäre ganz besonders verlockend. Wir gestatten uns aber an dieser Stelle nur einige wenige Bemerkungen. Sowie in der unserem Gutachten vorausgegangenen, von uns dort sub 1 bis 6 angeführten Literatur eine deutscherseits nur wenig beachtete, interessante Polemik zweier belgischer Juristen, Faider und Verhaegen, eine hervorragende Rolle gespielt hatte, so lagen dem Juristentage von 1863 nebst den entgegenstehenden Gutachten (Stubenrauch auf der einen, Gneist und Jaques auf der anderen Seite) zwei weitere polemische sächsische Vota vor, von

nicht länger verweilen; über den Werth einer solchen Institution für die Sicherung des Rechtsstaates kann kein

Beschorner und von Schaffrath. Zu Mainz selbst trafen die Gegensätze sehr entschieden auf einander (s. Band IV, 2, der Verhandlungen, pag. 11 f.); die Beschlüsse aber erfolgten, unter Wächter's Führung, ganz in dem von uns befürworteten Sinne. Sofort wurde die Polemik weiter fortgesponnen von Martin: „Der Umfang des landesrichterlichen Prüfungsrechtes“, 1865, welchem Obergerichtsrath Planck in einer gediegenen Abhandlung: „Die verbindliche Kraft der auf nicht verfassungsmässigem Wege entstandenen Gesetze und Verordnungen“, 1868 (Ihering's Jahrbücher, IX, pag. 288 f.) entgegentrat. Als weitere entschiedene Anhänger der von uns vertretenen Anschauungen haben wir — ohne Anspruch auf Vollständigkeit — vor Allem Gerber zu nennen, „Grundzüge eines Systems des D. St. R.“ (1869), §. 49, ferner Westerkamp: Ueber die Reichsverfassung (1873), pag. 178 f., Hänel: Studien zum D. St. R. (1873), I., pag. 260 f., endlich H. Schulze: D. St. R. (1881), §. 200. Ihnen steht als der unstreitig bedeutendste Gegner aus der neuesten Zeit gegenüber: Laband, das St. R. des D. R. II., §. 57 (1878). Derselbe geht davon aus, durch die kaiserliche Ausfertigung eines Gesetzes werde in formell unanfechtbarer und rechtswirksamer Weise constatirt, dass dasselbe verfassungsmässig zu Stande gekommen sei. Damit sei die ganze Sache entschieden, und die Deduction, derzufolge verfassungswidrige Gesetze als blosse „Scheingesetze“ nicht anzuwenden seien, enthalte eine *petitio principii*. Nur auf die Frage könne es ankommen, durch welche Thatsachen die Existenz des Gesetzes formell constatirt werde. Diese Prüfung aber müsse jede Behörde vornehmen, welche Gesetze anwendet, nicht bloss der Richter; ja es müsse diess sogar jede unter der Herrschaft des Gesetzes lebende Person. Ein Gesetz könne aber nicht zugleich für die Gerichte unverbindlich, und für alle anderen Behörden und Personen verbindlich sein. Welche politischen Nachtheile, welche Störung der Rechtssicherheit, welche Gefährdung der staatlichen Ordnung würde nun aber mit der Prüfung der Verfassungsmässigkeit der Gesetze durch jeden Einzelnen verbunden sein! Endlich könne der Richter nicht bei einem jeden Gesetze untersuchen, ob der Reichstag beschlussfähig, ob die absolute Majorität vorhanden gewesen, vollends, ob die der Oeffentlichkeit entzogene Beschlussfassung des Bundesrathes „verfassungsmässig“ erfolgt ist. Bei all' dem handle es sich zudem nicht, wie Gneist gemeint habe, um Interna der betreffenden Körperschaft, die dem prüfenden Gerichte entzogen zu bleiben hätten, sondern um gemeingiltige Bestimmungen des Verfassungsrechtes. Alles, was man verlange, werde aber durch die kaiserliche Promulgation der Gesetze gedeckt.

Uns scheint nun diese Darstellung selbst auf einer *petitio prin-*

Zweifel bestehen. Wäre ja doch durch dieselbe wieder einer jener tiefen nach einer Lösung dringend verlangenden Wider-

cipii zu beruhen. Die richterliche Gewalt ist berufen, die durch die Verfassungsnormen begründeten öffentlichen Rechte aller Staatsbürger zu schützen; nicht aber sind hierzu andere Behörden berufen, oder hat gar jeder Einzelne das Recht, sich nach seinem eigenen Ermessen selbst zu schützen. Deshalb genügen die äusseren Kriterien eines Gesetzes vollkommen, damit die Pflicht des Einzelnen und der Behörden begründet sei, den verfassungsmässigen Gehorsam zu leisten. Nicht im Entferntesten ist aber damit dem Rechte eines Gerichtshofes präjudicirt, den Inhalt des promulgirten Gesetzes auf seine Verfassungsmässigkeit, und ebenso die Frage des Vorhandenseins der speciellen, von der Verfassung erheischten Formen für verfassungsgändernde Gesetze im concreten Falle zu prüfen. Niemals hat man in der nordamerikanischen Union daran gedacht, Einzelnen oder Administrativbehörden ein solches Recht einzuräumen. Dagegen sind die hervorragendsten Publicisten und Staatsmänner des Landes, sowie des Auslandes, beispielsweise der „Federalist“, Story, Kent, Tocqueville, Rüttimann u. A., in vollkommenster Uebereinstimmung darüber, einer Uebereinstimmung, welche durch die mannigfachsten Präcedenzfälle gerechtfertigt wird, dass in dem richterlichen Prüfungsrecht ein wahres Palladium der Unionsverfassung gelegen sei. Was vollends die regelmässigen Formen der Geschäftsordnung anbelangt, so wird es nicht schwierig sein, zwischen demjenigen zu unterscheiden, was den Kammern überlassen bleiben kann, und was als Bedingung, als Garantie für ein der Verfassung gemässes Vorgehen bei verfassungsgändernden Gesetzen richterlicher Cognition zu unterliegen hat. Endlich ist nicht abzusehen, aus welchen Rechtsgründen die Promulgation eines Gesetzes durch den Monarchen jene inneren Mängel solle saniren können, welche dasselbe der Voraussetzung nach im gegebenen Falle als verfassungswidrig erscheinen lassen können. Wie nahe übrigens auf diesem Gebiete die Missverständnisse liegen, diess zeigt drastisch ein geistreiches Wort des alten Juristen Dargentré, welches einer der entschiedensten Gegner des Prüfungsrechtes vom Standpunkte der belgischen Verfassung, Faider, zur Widerlegung Verhaegen's citirt: *Cur de lege judicas, qui sedes ut secundum leges judices*. Als ob nicht der rechtliche, der verfassungsmässige Bestand eines Gesetzes, also das *de lege*, die Präjudicialfrage wäre, wenn man dem Gesetze gemäss, *secundum legem*, soll judiciren können!

Was nun den jüngsten, einheimischen Schriftsteller über diese Materie, Jellinek, betrifft (ibid., pag. 22 f., 48 f.), so hat sich derselbe, wie es scheint, durch die Argumentation Laband's dazu bewegen lassen,

sprüche behoben, die da bestehen zwischen der gebieterischen Nothwendigkeit des Schutzes öffentlicher Rechte durch die richterliche, und zwischen der Stellung und den Berechtigungen der gesetzgebenden Gewalt. Allerdings sind wir die Letzten, zu verkennen, dass Alles, was mit dieser strenge durchgeführten Scheidung der Judicatur von der Legislative und Executive zusammenhängt, das Product einer langen, schwierigen Entwicklung; endlich aber einer Zeit ist, in der die schärfsten Gegensätze sich wenigstens so weit abgeschliffen haben, dass man es als ein gemeinsames Interesse anerkennt, in Bezug auf diese grossen Probleme des Staatslebens unabhängige, durch gar keinen politischen Einfluss beirrte Gerechtigkeit walten zu lassen.

an die Stelle des nachträglichen richterlichen Prüfungsrechtes ein präventives in dem Sinne sehen zu wollen, dass die Regierung oder eine Minorität des Abgeordnetenhauses das Recht haben solle, vor der Beschlussfassung über einen Gesetzesvorschlag die Anfrage an den „Verfassungsgerichtshof“ zu stellen, ob, beziehungsweise unter welchen Bedingungen, das betreffende Gesetz verfassungsmässig zu Stande kommen könne?

Gegen eine solche Einrichtung müssen wir uns auf das Entschiedenste erklären. Zunächst widerspricht es der Stellung des Richteramtes vollständig, dass einem Gerichte die Natur eine präventiv wirkenden, einer Ausschreitungen verhütenden Polizeibehörde verliehen werde. Die Gerichte haben repressiv und nicht präventiv zu wirken. Wollte man aber in letzterer Wirksamkeit etwa nicht eine Denaturirung der richterlichen Thätigkeit erblicken wollen und etwa auf Präjudicialklagen, provisorische Sicherstellungsmittel u. dgl. hinweisen, um diese Einwendung als eine doctrinäre zu bekämpfen, so waltet ein rein praktisches Motiv ob, welches unseres Erachtens unwiderleglich gegen den Vorschlag spricht. Mit demselben würde man nämlich gerade das, was am allerwichtigsten erscheint: die Loslösung des Richterspruches von allen politischen Momenten, am allermeisten gefährden. Mitten in das Parteigetriebe hinein würde die richterliche Action gestellt, unausbleiblich würden Parteiagitationen in den Gerichtssaal getragen, unausbleiblich würde herbeigeführt, was mit treffendem Ausdrucke bezeichnet worden ist, als: *transformer le calme prétoire judiciaire en bruyante arène politique*. Wie himmelweit verschieden hiervon eine richterliche Action ist, die an einem bereits vorliegenden, als ungiltig bestrittenen, aber aus den politischen Strömungen und Gegenströmungen bereits herausgetretenen Gesetze geübt werden soll, ist klar. Wie sehr sie indirect präventiv wirkt, nicht minder.

Es mögen hiermit diese Ausführungen geschlossen sein, Ausführungen, die Niemandem zu Liebe und Niemandem zu Leide geschrieben, die nichts weniger denn eine Parteischrift sind, sondern die lediglich eine Schutzschrift für den Rechtsstaat überhaupt und den Rechtsstaat Oesterreich insbesondere, ausschliesslich diesen beiden zu Liebe geschrieben sein sollen. Da wird es denn gestattet sein, noch einmal an den Ausgangspunkt zurückkehrend, eines Wortes von Montesquieu zu gedenken, das da lautet: „Es gibt keine Freiheit, wo die richterliche mit der gesetzgebenden und der executiven Gewalt vereinigt ist.“ Und als der ausgezeichnete nordamerikanische Staatsmann Hamilton diese Worte in dem von ihm mit Madison und Jay im Jahre 1787 herausgegebenen, für die Umgestaltung der alten Conföderation in die neue Union so unberechenbar werthvollen „Federalist“ wiederholte, da fügte er, sie tief-sinnig erläuternd, hinzu: „Denn die Freiheit hat nichts zu fürchten von der richterlichen Gewalt, aber Alles von ihrer Vereinigung mit den beiden anderen.“

Anhang.

- I. Gesetzentwurf über den Wahlprüfungsgerichtshof.
 - II. Gutachten über die Prüfung der Verfassungsmässigkeit der Gesetze durch die Gerichte.
 - III. Gesetzesantrag des Abgeordneten Grafen Franz Coronini.
-

Inhalt

- I. Einleitung
- II. Geschichte der Philosophie
- III. Philosophie der Gegenwart

I.

Gesetz

vom

betreffend die Einsetzung eines Senates zur Entscheidung
über angefochtene Reichsrathswahlen.

Mit Zustimmung beider Häuser des Reichsrathes
finde Ich unter gleichzeitiger Aufhebung der Absätze 6,
7 und 10 des §. 3 des Ges. vom 12. Mai 1873, R. G. Bl.
Nr. 94 in Betreff der Geschäftsordnung des Reichsrathes,
ferner unter Abänderung des §. 58 der Reichsraths-Wahl-
ordnung (Gesetz vom 2. April 1873, Nr. 41 R. G. Bl.)
zu verordnen wie folgt:

Art. I.

Zur endgiltigen Entscheidung über Wahllacte, welche
das Abgeordnetenhaus nicht ohne Debatte als giltig aner-
kennt, oder bezüglich welcher wegen eines Ausschlussungs-
grundes die Ausfertigung des Wahlcertificates verweigert
wurde (§. 55 der Wahlordnung), ferner gegen welche eine
Anfechtung vorliegt oder gegen deren Giltigkeit die Mehr-
heit der Abtheilung, welcher sie zugewiesen wurde, Be-
denken erhebt, endlich über Wahlanfechtungen, welche
den Mangel der Wahlbefähigung des Gewählten nach
§. 20 der Reichsraths-Wahlordnung betreffen, sowie über
Neuwahlen, welche das Abgeordnetenhaus nicht über
den Bericht des von ihm zu wählenden Legitimations-

Ausschusses ohne Debatte als giltig anerkennt, wird beim k. k. obersten Gerichts- und Cassationshofe ein selbständiger Wahlprüfungs-Senat gebildet.

Art. II.

Derselbe besteht aus fünfzehn Mitgliedern, welche von einer vollen Rathversammlung der Mitglieder des obersten Gerichtshofes mit Ausschluss solcher, welche einem der beiden Häuser des Reichsrathes oder einem Landtage der in dem Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder als Mitglieder angehören, auf Lebenszeit gewählt, beziehungsweise ernannt werden.

Art. III.

Von diesen Mitgliedern sind acht aus den Räthen des obersten Gerichtshofes zu wählen, sieben aus dem Advocaten- und Notarenstande, sowie aus den Professoren der juristischen Facultäten der in dem Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder zu ernennen. Von den Gewählten und Ernannten darf keiner einem der beiden Häuser des Reichsrathes oder einem Landtage der in dem Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder angehören und hat der Eintritt in eines derselben oder in einen der letzteren, sowie die Rücklegung des Richteramtes, der Advocatur, des Notariates oder des Lehramtes die sofortige Niederlegung der Stelle zu Folge. Im Falle des Ausscheidens eines Mitgliedes findet die Ersatzwahl nach den Bestimmungen des Art. II statt.

Aus den Mitgliedern dieses Senates ernennt der Kaiser den Präsidenten und dessen Stellvertreter.

Art. IV.

Die dem obersten Gerichts- und Cassationshofe nicht angehörigen Mitglieder erhalten während der Dauer ihrer Function eine jährliche Entschädigung von Zweitausend Gulden. Diejenigen Mitglieder, welche nicht in Wien

ihren bleibenden Wohnsitz haben, beziehen, wenn sie den Sitzungen anwohnen, eine Reisekosten-Entschädigung von Einem Gulden für jede Meile Entfernung ihres Wohnsitzes von Wien, sowohl für die Hin-, als auch für die Rückreise.

Art. V.

Der Art. 6 des Staatsgrundgesetzes über die richterliche Gewalt findet auch auf die nicht dem Richterstande angehörigen Mitglieder Anwendung.

Art. VI.

Die Mitglieder werden vor Antritt ihres Amtes auf die unverbrüchliche Beobachtung der Staatsgrundgesetze, sowie aller anderen Gesetze und auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Pflichten beeidigt. Zu den letzteren gehört der für Lebenszeit geltende Verzicht auf jede Bewerbung um das Mandat eines Reichsraths- oder Landtagsabgeordneten, sowie auf die Annahme eines solchen.

Der Präsident legt den Eid in die Hände des Kaisers, alle anderen Mitglieder legen denselben in die Hände des Präsidenten ab.

Art. VII.

Zu jeder Sitzung des Senates sind alle Mitglieder einzuberufen.

Der Stellvertreter des Präsidenten steht, wenn er nicht an dessen Stelle fungirt, jedem anderen Mitgliede gleich.

Zur Schöpfung eines giltigen Erkenntnisses ist die Anwesenheit von wenigstens zehn Mitgliedern nebst dem Vorsitzenden erforderlich.

Art. VIII.

Eine Ablehnung des Präsidenten, seines Stellvertreters oder eines Mitgliedes ist nicht zulässig. Ueber das Vorhandensein etwa geltend gemachter Ausschliessungsgründe entscheidet der Senat nach freiem Ermessen.

Art. IX.

Jeder einlangende Wahlact ist von dem Präsidenten einem Mitgliede als Referenten zuzuweisen.

Art. X.

Erscheint zur Vorbereitung der Verhandlung die Vernehmung von Betheiligten, Zeugen oder Sachverständigen, die Herbeischaffung von Urkunden oder anderen Behelfen erforderlich, so hat sich der Referent wegen Vornahme und Einsendung dieser Erhebungen im Correspondenzwege an die zuständigen Behörden zu wenden, insoweit er es nicht zweckmässig erachtet, die Vorladung von Betheiligten oder Zeugen und Sachverständigen für die mündliche Verhandlung zu veranlassen. Die bezüglichen Ersuchschreiben und Vorladungen bedürfen der Unterfertigung durch den Präsidenten. Ebenso kann der Präsident die Vornahme von Localerhebungen durch den Referenten oder durch eine aus Senatsmitgliedern zu bestellende Commission anordnen.

Sämmtliche Wahl- oder sonstige Voracten sind vor der Verhandlung den Betheiligten zur Einsicht offen zu halten, und es steht weder dem Referenten noch dem Senate zu, von irgend welchen Acten Gebrauch zu machen, deren Einsichtnahme den Betheiligten nicht zugestanden worden wäre.

Auch den Betheiligten steht es zu, die Vorladung von Zeugen und Sachverständigen, sowie die Herbeischaffung von Urkunden und anderen Behelfen zu verlangen. Ueber die Zulassung entscheidet der Senat in nicht öffentlicher Sitzung.

Art. XI.

Alle auf den Wahlact bezüglichen amtlichen Correspondenzen zwischen Ministerien und Landesverwaltungsbehörden oder den letzteren untereinander, ebenso etwaige gerichtliche Acten sind dem Senate zur Verfügung zu stellen.

Jedermann ist verpflichtet, vor dem Senate über an ihn ergangene Vorladung als Zeuge zu erscheinen und auf Verlangen den Zeugeneid abzulegen.

Staatsbeamte sind hinsichtlich der von ihnen abzulegenden Aussagen der Pflicht der Wahrung des Amtsgeheimnisses entbunden und bedürfen, um vor dem Senate erscheinen zu können, keines Urlaubes.

Wenn die Ablegung des Zeugnisses oder die Beantwortung einer Frage für den Zeugen einen unmittelbaren und bedeutenden Vermögensnachtheil nach sich ziehen oder ihm selbst oder einem seiner Angehörigen Schande bringen würde, und er desshalb das Zeugniß verweigert, so soll er nur in besonders wichtigen Fällen dazu verhalten werden. Leistet ein Zeuge der Vorladung keine Folge oder verweigert ohne gesetzlichen Grund die Ablegung der Zeugenaussage oder des Zeugeneides, so kann der Senat gegen ihn eine angemessene Geldstrafe verhängen, welche sofort durch die Personalinstanz des Verurtheilten vollstreckbar ist und dem Armenfonde der Stadt Wien zufällt.

Art. XII.

Der Präsident bestimmt die Zeit der Verhandlung und setzt die Betheiligten davon in Kenntniss.

In der Regel soll zwischen dem Einlangen der Acten bei dem Senate und der mündlichen Verhandlung kein längerer als ein vierwöchentlicher Zeitraum verstreichen.

Die Verhandlungen sind mündlich und öffentlich. Die Oeffentlichkeit kann durch motivirten, in öffentlicher Sitzung bekanntzugebenden Senatsbeschluss ausgeschlossen werden. Den Betheiligten steht es frei, sich selbst zu vertreten oder vertreten zu lassen.

Den betheiligten Verwaltungsbehörden steht es zu, zur Verhandlung einen Vertreter abzuordnen.

Das Ausbleiben von Betheiligten oder Vertretern derselben steht der Verhandlung nicht im Wege.

Art. XIII.

Die mündliche Verhandlung beginnt mit dem Vortrage des Referenten.

Der Vorsitzende leitet die Verhandlung, handhabt die Sitzungspolizei und sorgt von Amtswegen für die vollständige Erörterung der Angelegenheit.

Derselbe kann auch während der Verhandlung die Vorladung von Betheiligten, Zeugen und Sachverständigen, die Vorlegung von Urkunden oder anderen Behelfen zur Aufklärung der Sache anordnen, sowie zu dem gleichen Zwecke die Verhandlung vertagen. Diese Verfügungen können über Antrag eines Mitgliedes des Senates oder eines Betheiligten auch durch Senatsbeschluss erfolgen.

Sowohl die Mitglieder des Senates als die Betheiligten oder deren Vertreter haben das Recht, Fragen zu stellen.

Ueber etwaige Einwendungen gegen das Verfahren entscheidet der Senat sofort endgiltig.

Dem beendigten Beweisverfahren haben die Schlussreden der anwesenden Parteien oder ihrer Vertreter zu folgen.

Art. XIV.

Nach Schluss der Verhandlung wird zur Schöpfung des Erkenntnisses geschritten. Die Berathung und Abstimmung ist nicht öffentlich. Der Senat ist an keine Beweisregeln gebunden; er entscheidet nach seiner freien, aus der Würdigung aller in der Verhandlung erörterten Thatsachen und Verhältnisse gewonnenen Ueberzeugung.

Art. XV.

Die Erkenntnisse werden mit absoluter Stimmenmehrheit geschöpft. Der Vorsitzende hat nur bei gleichgetheilten Stimmen seine Stimme abzugeben und durch dieselbe zu entscheiden.

Bei böswilligen oder offenbar grundlosen Wahlanfechtungen ist auf Kostenersatz und Muthwillensstrafe zu erkennen, wobei der Schlusssatz des Art. XI. zur Anwendung kommt.

Art. XVI.

Der Senat ist wie jedes andere Gericht berufen, über die Giltigkeit von Verordnungen, nicht aber von gehörig kundgemachten Gesetzen, zu entscheiden.

Art. XVII.

Das Erkenntniss ist mit den Entscheidungsgründen sofort oder in einer anderen sogleich bekanntzugebenden öffentlichen Sitzung mündlich durch den Vorsitzenden zu verkündigen.

Die Verkündigung hat zu erfolgen, wenn auch die Betheiligten nicht anwesend sind.

Art. XVIII.

Die Erkenntnisse sind im Namen des Kaisers auszufertigen. Dieselben müssen die Namen aller Stimmführer enthalten, sind von dem Vorsitzenden und Schriftführer zu unterfertigen und sofort an das Präsidium des Abgeordnetenhauses zu leiten, sowie den Betheiligten zuzustellen.

Art. XIX.

Ueber die Verhandlungen ist ein Protokoll zu führen. Dasselbe muss die Namen der Stimmführer, der Betheiligten und ihrer Vertreter, endlich die wesentlichen Vorkommnisse der Sitzung enthalten, und ist nebst allen Acten zugleich mit dem Erkenntnisse an das Präsidium des Abgeordnetenhauses zu leiten.

Art. XX.

Die Entscheidung des Senates über die Giltigkeit oder Ungiltigkeit einer Wahl unterliegt keinem Rechtszuge, dieselbe tritt sofort in Wirksamkeit und ist für

das Abgeordnetenhaus bindend. Eine Wiederaufnahme des Verfahrens findet in keinem Falle statt.

Art. XXI.

Ist ein Wahlact bei dem Senate zur Entscheidung eingelangt, so kann weder die Mandatsniederlegung seitens des Gewählten noch dessen Tod das Verfahren und die Entscheidung hemmen. In dem letzteren Falle steht es den hinterbliebenen Angehörigen frei, sich durch einen Vertreter bei der Verhandlung zu betheiligen, wobei das Zuvorkommen entscheidet.

Art. XXII.

Der Senat setzt seine Geschäftsordnung, sowie die Vorschriften über die Anwendung des Gesetzes vom 21. Mai 1868, Nr. 46 R. G. Bl. auf seine Mitglieder selbstständig fest.

Art. XXIII.

Die Wirksamkeit dieses Gesetzes beginnt mit dem Tage seiner Veröffentlichung durch das Reichsgesetzblatt.

Art. XXIV.

Auch auf Wahlacte, welche vor der Wirksamkeit dieses Gesetzes vollzogen wurden, aber unter die Normen des Art. I. desselben fallen, hat dieses Gesetz sofortige Anwendung zu finden.

Art. XXV.

Mit der Invollzugsetzung dieses Gesetzes ist der erste Präsident des Obersten Gerichts- und Cassationshofes, falls aber derselbe einem der beiden Häuser des Reichsrathes oder einem Landtage der im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder angehört, der zweite Präsident, und falls auch dieser aus dem gleichen Grunde behindert wäre, der älteste Senats-Präsident, bei welchem dieses Hinderniss nicht obwaltet, betraut.

II.

Gutachten über die Gesetzgebungsfrage: „ob der Richter auch über die Frage zu befinden hat, ob ein Gesetz verfassungsmässig zu Stande gekommen.“

Die Frage über die Prüfung der Verfassungsmässigkeit der Gesetze und Verordnungen durch die Gerichte, wie sie in ihrer allgemeinen Form in dem schätzbaren Antrage des Herrn Stadtrichters Hiersemenzel dem dritten deutschen Juristentage vorgelegt worden, ist in der Wissenschaft eine so controverse und für die Praxis eine so tief eingreifende, dass eine möglichst scharfe Präcisirung ihres gesamten Inhaltes in seinen einzelnen Theilen die unerlässliche Voraussetzung ihrer sicheren Entscheidung sein muss. Das Bedürfniss einer solchen Präcisirung macht sich aber insbesondere dann um so gebieterischer geltend, wenn, wie hier der Fall vor uns liegt, über den einen Theil der Frage, nämlich über das Prüfungsrecht hinsichtlich der Verfassungsmässigkeit der Verordnungen bereits ein massgebendes Urtheil gesprochen ist, über den zweiten Theil aber, über die Prüfung der Verfassungsmässigkeit der Gesetze ein solches erst gesprochen werden soll. Da muss denn die Untersuchung vor Allem darüber Gewissheit zu erbringen suchen, ob wohl ein einziges und gemeinsames Grundprincip für die Lösung der ganzen Frage zu gewinnen sei, oder ob die Logik unserer Wissenschaft und die gewichtigen Interessen des praktischen Staats- und Rechtslebens für

die Lösung jedes einzelnen Theiles derselben ein eigenes, selbständiges Princip verlangen. Es sei mir desshalb gestattet, zunächst in Kürze, und unter Hinweisung auf die vornehmlichsten Repräsentanten der divergirenden Ansichten, die vorangedeutete Sonderung vorzunehmen, um mich dann im Weiteren ausschliesslich auf den dem Juristentage allein noch zur Entscheidung vorbehaltenen Theil der Frage beschränken zu können.

Folgende Meinungen können geäussert werden und sind bereits geäussert worden:

1. Der Richter hat nur über die äusseren Merkmale, über die richtige Form der Erlassung eines Gesetzes oder einer Verordnung zu entscheiden. Er untersucht also, ob die Anordnung wirklich vom Souverän ausging, ob sie gehörig publicirt, ob sie contrasignirt ist. Jede weitere Untersuchung, insbesondere also, ob die betreffende Verordnung gegen wohlerworbene Rechte verstösst, ob sie verfassungsmässig nur als Gesetz (mit Zustimmung der Stände oder Kammern) hätte erlassen werden dürfen, oder ob das betreffende Gesetz in verfassungsmässiger Weise zu Stande gekommen, ob es mit dem Inhalt der Verfassung nicht etwa im Widerstreite ist, kommt dem Richter nicht zu (Linde, Stahl, Zöpfl, Schlayer, preussische Verfassung von 1850, Art. 106, Hannover'sche Vrdg. vom 1. August 1855, §§. 4 und 13.¹⁾)

2. Der Richter hat bei Verordnungen nicht blos die äussere Form der Erlassung, sondern er hat nebstdem den Inhalt zu prüfen, d. h. zu fragen, ob derselbe ein solcher ist, dass in Gemässheit der Verfassung die Zustimmung der Stände hätte eingeholt werden sollen; in solchem Falle aber die Verordnung als unverbindlich anzusehen (Feuerbach, Wächter, Vangerow, Puchta, Seuffert und mehrere Entscheidungen deutscher Obergerichte²⁾), die

¹⁾ Vergl. auch noch Held, Verfassungsrecht, II, S. 95.

²⁾ Arch. IV, Nr. 250; V, Nr. 225.

beiden Zachariae, Beseler, v. Stockmar, der Beschluss des dritten deutschen Juristentages; vergl. Hannover'sches Verfassungsgesetz von 1848, §§. 72 und 73.³⁾ Die Prüfung der Gesetze aber rücksichtlich der Verfassungsmässigkeit ihres Zustandekommens oder ihres Inhaltes steht ihm hinwieder nicht zu (Bluntschli, Faider, Belgische Verfassung, Art. 107, Luxemburger Verfassung von 1856, Art. 95). Insbesondere habe aber

3. der Richter bei provisorischen Verordnungen, d. h. solchen, welche erlassen werden, während die Kammern (Stände) nicht versammelt sind, und zwar deshalb, weil die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit oder Beseitigung eines Nothstandes sie erfordern, bei welchen ferner die Vorlage an die Kammern zur Prüfung, beziehungsweise Genehmigung vorbehalten ist, nicht mehr als jene äusseren Kriterien (oben sub 1) zu prüfen, keineswegs aber zu untersuchen, ob der angegebene Fall des Erfordernisses thatsächlich bestehe. (Preuss. Verf., Art. 63 und 106; sächsische Verf. von 1831, §§. 88, 153; hannov. Verfassungsgesetz von 1848, §§. 71—73; württemb. Verf. von 1819, §. 89; badische Verf. von 1818, §§. 66 und 67; kurhessische Verf. von 1852, §. 75; grossherzoglich hessische Verf. von 1820, §. 73; österr. Reichsverfassung von 1861, §. 13).

4. Der Richter hat auch im Falle provisorischer Verordnungen nebst der Prüfung der äusseren Kriterien zu untersuchen, ob der Fall des Erfordernisses thatsächlich besteht, und ist nur in solchem Falle an jene provisorische Verfügung gebunden (Rob. v. Mohl).

5. Der Richter hat auch rücksichtlich eines in gehöriger Form publicirten, also mit den erforderlichen äusseren Kriterien versehenen Gesetzes zu prüfen, ob die Legislativorgane, welche bei demselben mitgewirkt haben,

³⁾ Auch wohl noch, obzwar etwas schwankend, Mittermaier, Arch. f. civ. Pr., XVII, S. 309.

in verfassungsmässiger Weise c o n s t i t u i r t gewesen seien oder nicht, ob ihr B e s c h l u s s in verfassungsmässiger Weise zu Stande gekommen oder nicht, und ein Gesetz ist für den Richter unverbindlich, bei dessen Zustande- kommen ein Gebrechen der angedeuteten Art obwaltete. Endlich

6. hat der Richter auch bei einem mit allen sub 5 angegebenen Erfordernissen versehenen G e s e t z e zu prüfen, ob sein I n h a l t, das Meritum seiner Bestimmungen, nicht etwa dem Grundgesetze des Staates, der Verfassung widerstreite, und auch ein in diesem Sinne verfassungswidriges Gesetz ist für denselben unverbindlich. (Vergl. Kurhess. Verfassung von 1831, §§. 35, 60, 61, 95, 108, 123; nordamerikanische Unionsverfassung III, 2, §. 1; *The Federalist*; Josef Story, „Commentaries“; Alexis de Tocqueville „la Démocratie en Amérique“; Verhaegen; Vollert; Robert von Mohl.) —

Diess sind die einzelnen Elemente der Frage und es wird unter der Voraussetzung ihrer sorgfältigen Auseinanderhaltung sofort möglich sein, *in medias res* einzugehen. Einige kleine Bemerkungen sind jedoch vorausszuschicken.

Zunächst mag es auffallend erscheinen und ist für den Zustand des öffentlichen Rechtes in Deutschland bis in die jüngste Zeit herein in hohem Grade charakteristisch, dass, während an der Erörterung der sub 1 bis 3 angeführten Fragen, wie aus unseren Anführungen ersichtlich ist, nahezu alle Koryphäen der deutschen civilistischen und publicistischen Literatur sich betheiligt haben (sowie auch die meisten deutschen Verfassungsurkunden darauf bezügliche Bestimmungen enthalten), die wissenschaftliche Lösung der weitergehenden sub 4 bis 6 enthaltenen Fragen dagegen, wenn man eine vortreffliche Abhandlung Robert von Mohl's und einige kurze Bemerkungen Bluntschli's und Vollert's abrechnet, so viel uns bekannt, von keinem deutschen Staatsrechts-, geschweige denn Civilrechtslehrer ernstlich versucht worden ist. Sowie man einmal jenes

umfassendere Gebiet betritt, versiegen die sonst in so reichlicher Fülle strömenden Quellen unserer deutschen Wissenschaft, man ist auf nordamerikanische, französische, belgische Bearbeiter und auf das eigene Denken angewiesen.

Sodann ist zu bemerken, dass der deutsche Juristentag die sub 1 und 2 enthaltenen Fragen mit seinem vorjährigen Beschlusse (1862) gelöst hat, dass dagegen die Frage über das richterliche Prüfungsrecht bei provisorischen Verordnungen (3 und 4) ungelöst ist, jedoch auch nicht ausdrücklich auf die diesjährige Tagesordnung gesetzt wurde, während über die sub 5 und 6 enthaltenen Fragen nunmehr die Entscheidung zu fällen sein wird.

Endlich braucht wohl kaum daran erinnert zu werden, dass es sich hier um eine Frage *de lege condenda* und nicht *de lege condita* handelt, dass sonach dem positiven deutschen Bundesrechte und ebenso auch dem deutschen Territorial-Staatsrechte kein massgebender Einfluss bei der Entscheidung zukommen kann. Zugleich aber wolle dabei auch noch beachtet werden, dass es sich um eine streng juristische Entscheidung handelt, und dass deshalb alle politischen Erwägungen erst in zweiter Linie zur Berücksichtigung kommen dürfen. Damit zur Sache:

Ein juristisches Fundamentalprincip, und zwar ein einziges und gemeinsames, beherrscht nach unserem Dafürhalten die gesammte vorliegende Frage; dieses Fundamentalprincip lautet: der Richter hat nur das bestehende, das im rechtlichen Sinne existente, das giltige Recht anzuwenden; er ist, um es mit den klaren Worten Wächter's⁴⁾ auszudrücken, bloss Diener des Rechtsgesetzes, aber natürlich nur Diener eines giltigen Rechtsgesetzes. Sowie er demnach den Emanationen der vollziehenden, beziehungsweise legislativen Gewalt im Staate gegenüber steht, hat er sich vor Allem darüber Gewissheit zu ver-

⁴⁾ Archiv f. civ. Pr., XXIV, S. 238, Nr. 12, württemb. Privatrecht, II, S. 26 ff.

schaffen, ob das, was er als Rechtsquelle behandeln soll, auch wirklich eine wahre Rechtsquelle, d. h. eine Quelle giltigen Rechtes sei. Dieses Recht zu erkennen, nur dieses (giltige) Recht anzuwenden, ist das specifische Amt des Richters. Seine Function des Rechtsprechens ist nichts Anderes als die Gewinnung eines Schlusses aus den zwei folgenden Prämissen, oder mit anderen Worten, das richterliche Urtheil ist nichts Anderes als ein Syllogismus, der auf folgenden zwei Grundlagen beruht: erstens Feststellung des bestehenden (giltigen) Rechtes, zweitens Feststellung des dem Richter vorgelegten Thatbestandes, woraus sich dann von selbst ergibt: die Anwendung des bestehenden Rechtes auf den vorliegenden Thatbestand.

Jene specifische Thätigkeit des Richters aber, vor Allem festzustellen, was bestehendes, giltiges Recht sei, sodann aber, nur eben bestehendes, giltiges Recht anzuwenden, muss von ihm geübt werden, ganz unabhängig davon (und hierüber ist wohl kaum ein ernstlicher Zweifel möglich), welche von den beiden umfassenden Rechtsquellen, die er überhaupt anzuwenden hat, ob Gesetz (im weitesten Sinne) oder Gewohnheitsrecht⁵⁾ im einzelnen Falle zur Anwendung zu kommen habe.

Was nun das Gewohnheitsrecht anbelangt, so ist es eine längst in's allgemeine Bewusstsein gedrungene Lehre, dass der Richter hier eine ganz wesentliche materielle Prüfung, eine Prüfung der Art des Zustandekommens und des Inhalts vorzunehmen hat, dass er sich vor der Anwendung z. B. fragen muss, ob wirklich mehrere Uebungsfälle erwiesen sind, ob bei den einzelnen Uebungsfällen *opinio necessitatis* bestand, ob nicht etwa nur ein *errore obtentum* vorliege, ja sogar endlich noch, ob das, in der That äusserst schwankende, Kriterium der Rationa-

⁵⁾ Wir lassen den *usus fori* und das Juristenrecht, deren Aufnahme unter die Rechtsquellen in der Wissenschaft noch immer controvers ist, mit Absicht bei Seite.

bilität vorhanden sei u. s. f. Es wird desshalb auch noch zu erörtern sein, ob es wohl wissenschaftliche Gründe sind, von welchen Viele veranlasst werden, dem Richter für die Feststellung des geltenden Gesetzes- (Verordnungs-) Rechtes die Befugniss einer solchen meritorischen Prüfung zu entziehen. Soviel wird aber wohl jetzt schon ohne Sprung im Beweise behauptet werden können, dass demgemäss folgende Anforderungen an den Richter:

er solle eine Verordnung anwenden, deren Inhalt ein solcher ist, dass nach den Normen der Verfassung die Stände (Kammern) dabei hätten mitwirken müssen (oben 2),

er solle eine provisorische Verordnung anwenden, welche erlassen ist, ohne dass der verfassungsmässig vorgesehene Fall des Erfordernisses eingetreten war, eine Verordnung also, welche die später berufenen Stände, Kammern, wegen dieses Mangels *ex hypothesi* nicht genehmigen werden (oben 3 und 4),

er solle ein Gesetz anwenden, bei dessen Zustandekommen ein Theil der gesetzgebenden Gewalt nicht verfassungsmässig constituirt gewesen, oder der Beschluss nicht in verfassungsmässiger Weise gefasst worden ist (oben 5); endlich

er solle ein Gesetz anwenden, dessen Inhalt dem Grundgesetze, der Verfassung des Staates, widerstreitende Bestimmungen enthält (oben 6),

dass, sage ich, alle diese Anforderungen und jede einzelne derselben die weitere Anforderung involviren, der Richter solle nicht juristisch existentes, nicht bestehendes, nicht giltiges Recht *in praxi* anwenden.

In diesem aus der Amtspflicht des Richters und aus der Stellung der Justiz im Staate resultirenden Rechte desselben, jede sich ihm darbietende Rechtsquelle in dem Sinne und Umfange zu prüfen, dass nur giltiges Recht zur Anwendung komme, in dieser seiner nothwendigen Befugniss erkennen wir das leitende Grundprincip für die Entscheidung aller einschlägigen Fragen. In welchem

Masse aber dieses Princip hier von Bedeutung sei, wird sogleich noch deutlicher erhellen, wenn man sich folgendes Dilemma vergegenwärtigt, welches wir, auf die vorausgegangene Erörterung gestützt, glauben aufstellen zu können.

Man kann für die gesammte Lehre von dem Satze ausgehen, welchen die oben unter 1. angeführten Schriftsteller, an ihrer Spitze Stahl, ihrer Theorie zu Grunde legen. Da heisst es denn, der Richter stehe unter der anordnenden, gesetzgebenden Gewalt des Souveräns im weitesten Sinne, er habe zu prüfen, ob eine allgemeine Anordnung (Gesetz, Verordnung) vom Souverän ausging, ob sie äusserlich als von demselben ausgehend, gekennzeichnet ist, und damit sei sein Prüfungsrecht zu Ende. Ein materielles Urtheil über die Rechtmässigkeit einer vom Souverän erlassenen Norm dürfe der Richter nicht haben, der Souverän könne eben kraft seiner Souveränität Alles; er könnte, das sind die Worte Stahl's, Verordnungen geben, dass wer tadelnde Artikel gegen die Regierung schreibt, des Hochverraths schuldig, dass der katholische Priester, der Messe lese, oder der Protestant, der nicht die Hostie anbete, Freiheitsstrafe leide, dass Ein Zeuge in Civil- und Criminalsachen vollen Beweis mache, und auch diese Verordnungen müssten dann angewendet werden. In diesem Sinne ist denn auch jede von der souveränen Staatsgewalt ausgehende Anordnung schon an sich rechtlich existent und giltig; und so charakteristisch es ist, dass der Schriftsteller, der sich so gern als den Philosophen der historischen Rechtsschule bezeichnen liess, hier über das richterliche (nach ihm rein formale) Prüfungsrecht Grundsätze aufstellt, welche zu den von uns oben, beim Gewohnheitsrechte, angedeuteten Lehren jener Schule in diametralem Gegensatz stehen, so ist diess dennoch eine in sich consequente Doctrin; sie ist haltbar, wenn man ihre erste Voraussetzung, d. h. die in der Person des Souveräns

concentrirte Gewalt, zugibt; es ist die präzise Formel des absolutistischen Staatsrechts. Diess die Eine Alternative.

Die zweite Alternative geht von dem obersten Grundsätze des constitutionellen Staatsrechtes aus, von dem Satze, dass die legislative Gewalt zwischen dem Staatsoberhaupt (Monarch, Präsident einer Republik) und der Repräsentation des Volkes (Stände, Kammern) getheilt, und diese Theilung verfassungsmässig normirt ist. Sowie man nun einmal diese Voraussetzung statuirt, so muss man auch unweigerlich zugeben, dass es dann Gegenstand des richterlichen Prüfungsrechtes sein muss, im einzelnen Falle festzustellen, ob bei einem Gesetze oder einer Verordnung die verfassungsmässigen Grenzen der gesetzgebenden und der vollziehenden Gewalt, d. h. die der Wirksamkeit jeder einzelnen gesetzten Schranken eingehalten worden sind; denn nur wo diess thatsächlich der Fall ist, liegt dann ein rechtlich existentes, giltiges Gesetz, eine so beschaffene Verordnung vor; nur giltige Gesetze und Verordnungen aber hat der Richter anzuwenden.

Dieses Dilemma ist nun wohl ein unausweichliches, und est ist ebenso unausweichlich, dass, sowie man die letztere Alternative zu wählen, dem Richter die Prüfung des Inhalts legislativer Verfügungen behufs Feststellung ihrer Giltigkeit einzuräumen sich überhaupt einmal hat veranlasst sehen müssen, es nur wieder eben dasselbe Eine Princip ist, welches für die Entscheidung auch der im Eingange sub 4, 5 und 6 aufgezählten Fragen massgebend bleibt. Muss der Richter im einzelnen Falle auf Grund seines Prüfungsrechtes nachfragen, ob eine von der vollziehenden Gewalt erlassene Verordnung ihrem Inhalte nach nicht etwa als Gesetz (unter Mitwirkung der Stände, Kammern) hätte erlassen werden sollen (oben 3), so muss er in ebendemselben Sinne auch bei einer provisorischen Verordnung nachfragen,

ob die verfassungsmässigen Erfordernisse einer solchen thatsächlich vorhanden sind (oben 4) ⁶⁾; so muss er ferner bei einem in gehöriger Form erlassenen Gesetze nachfragen, ob die legislativen Factoren bei seinem Zustandekommen in verfassungsmässiger Weise fungirt haben (oben 5), und so muss er endlich auch fragen, ob der Inhalt dieses Gesetzes mit den kategorischen und nur durch ein Verfassungsgesetz abänderlichen Bestimmungen der Landesverfassung im Einklange ist (oben 6). Unterliesse er diese Prüfung auch nur in irgend einem dieser Fälle und in irgend einem der Elemente, aus welchen sie sich zusammensetzt, so würde er in die Lage gerathen, den Pflichten seines richterlichen Amtes entgegen, ein Recht (Gesetz oder Verordnung) anzuwenden, welches, als direct oder indirect und Seitens des einen oder des anderen legislativen Factors eine Verletzung der Verfassung begründend, nicht rechtlich existent, ungiltiges Recht ist.

Diese letzte Erwägung nun in Betreff der einheitlichen Natur des der Lösung aller berührten Fragen zu Grunde zu legenden wissenschaftlichen Principes ist es, auf welche hier das entscheidende Gewicht fällt; denn nachdem der Deutsche Juristentag bereits den Grundsatz ausgesprochen hat, dass dem Richter das (materielle, inhaltliche) Prüfungsrecht der Verfassungsmässigkeit der Verordnungen zustehe, so hat er auch bereits jenes wissenschaftliche Princip sich zu Eigen gemacht, als dessen nothwendige, fernere Consequenzen das Prüfungsrecht der Verfassungsmässigkeit der provisorischen Verordnungen sowie der Gesetze hinsichtlich der Art ihres Zustandekommens und ihres Inhaltes erscheinen; und, nach unserem Dafürhalten wenigstens,

⁶⁾ Allerdings wird hierbei vorausgesetzt, dass die Verfassung diesfalls objective Kriterien enthalte. (Heutige Anmerkung.)

ist überhaupt gar kein wissenschaftliches Princip vorhanden, gemäss welchem jene erste Frage im Sinne des richterlichen Prüfungsrechtes (affirmativ), die folgenden aber gegen den Sinn desselben (negativ) könnten entschieden werden.

Das Gesagte dürfte genügen, um die Grundlage für die streng juristische Lösung des vorliegenden Problems zu gewinnen und den Nachweis zu liefern, wie sehr es nothwendig ist, dass die Erörterung dieser Grundlage rein erhalten werde von all' jenem störenden Beiwerk angeblich wissenschaftlicher, thatsächlich aber einzig und allein praktisch-politischer Zweckmässigkeitsgründe, deren Einmischung die Behandlung der ganzen Lehre bei den meisten deutschen Bearbeitern derselben getrübt hat. Es ist dabei aber andererseits wohl selbstverständlich, dass das Gewicht solcher Gründe, wo es sich um Feststellung eines Rechtssatzes von hochwichtigen praktischen Consequenzen handelt, nicht nur nicht unterschätzt werden darf, sondern vielmehr in der gewissenhaftesten Weise gewürdigt werden muss. Wir werden desshalb im Folgenden noch auf die wichtigsten unter den gegen die hier als, allein richtig dargestellte Entscheidung erhobenen Bedenken eingehen, wobei wir zur Ergänzung, um nicht bereits Gesagtes in unnützer Weise zu wiederholen, auf eine Abhandlung Robert von Mohl's ⁷⁾ verweisen und zugleich bemerken, dass bei der Mehrzahl dieser Bedenken alle einzelnen im Eingange gesonderten Fragen unterschiedslos vermengt werden. ⁸⁾ Zum Schlusse möge es aber uns ebenfalls gestattet sein, uns über

⁷⁾ Ursprünglich in der krit. Zeitschrift f. Rechtswiss. und Ges. des Auslandes 1852, XXIV. Bd., seither völlig umgearbeitet und erweitert in den Monographien: Staatsrecht, Völkerrecht und Politik I., Tübingen 1860.

⁸⁾ Es werden übrigens hierbei diejenigen Einwände, welche der vorjährige Juristentag, wie aus dem von ihm gefassten Beschlusse erhellt, selbst schon als unstichhaltig anerkannt hat, bei Seite gelassen.

diejenigen praktischen Erwägungen auszusprechen, welche, selbst abgesehen von dem wissenschaftlichen Grundprincip der Lehre, der an dieser Stelle verfochtenen Ansicht das Wort reden.

I. Man sagt, und das geht eigentlich der Hauptsache nach nur die Fälle sub 2, 3 und 4 an, die Entscheidung über die Gesetzmässigkeit einer Verordnung (auch einer provisorischen, und dieser insbesondere, weil ja rücksichtlich derselben die Vorlage an die später zu versammelnden Landstände, Kammern, verfassungsmässig normirt zu sein pflegt) habe der Richter den Verhandlungen zwischen diesen Landständen, Kammern, und der Regierung zu überlassen.

Hierauf hat eigentlich schon P u c h t a⁹⁾ ausreichend geantwortet. Der Richter hat über die Erfordernisse der Existenz des Rechtes zu urtheilen. Er kann sich nicht an die gesetzgebende Gewalt wenden, denn er soll nach dem bestehenden Recht verfahren. Ueberlässt er die Entscheidung den politischen Verhandlungen, so wäre gerade die wahre Folge die, dass er das bis zu dieser Entscheidung problematische Gesetz nicht anwenden dürfe. Denn er soll doch sicherlich kein Recht anwenden, von dem sich am Ende hintennach herausstellen kann, dass es gar kein Recht war. Das vor jener Verordnung bestandene (durch sie für den speciellen Thatbestand modificirte) Recht ist aber ganz gewiss giltiges Recht.

Das Prüfungsrecht des Richters und das Prüfungsrecht der Landstände rücksichtlich einer vom Staatsoberhaupte einseitig erlassenen definitiven oder provisorischen Verordnung ist aber übrigens auch noch seiner Wesenheit nach völlig verschieden. Die Landstände prüfen die Rechtmässigkeit, Verfassungsmässigkeit, einer getroffenen Verfügung und nicht minder ihre Zweck-

⁹⁾ Vorlesungen, 4. Aufl., I, S. 35.

mässigkeit; der Richter hat nur die Rechtmässigkeit zu prüfen, während die Frage der Zweckmässigkeit völlig ausser seiner Sphäre liegt. Die Landstände prüfen die Verordnung als eine allgemeine, für alle Fälle; der Richter prüft sie nur für den einzelnen Fall, welcher eben vor sein Forum gebracht wird. Für die Landstände ist massgebend die Frage, wie sich die betreffende Verfügung zu dem Gesamtinteresse verhält; für den Richter massgebend ist nur die Frage, ob die betreffende Verfügung giltiges (verfassungsmässiges) Recht ist. Das ganze Argument fällt also wohl in sich selbst zusammen.

II. Nicht besser steht es mit dem Bedenken, dass der Richter sich mit seinem Prüfungsrechte über den Gesetzgeber stelle (es soll diess im weitesten Sinne, also auch mit Rücksicht auf die Fragen sub 5 und 6 aufgefasst werden), während doch nach der richtigen Lehre der Richter der gesetzgebenden Gewalt untergeordnet sei, wie jedes andere Glied des staatlichen Organismus.

Von dieser angeblichen Ueberordnung des Richters kann ja von vornherein gar keine Rede sein. Denn der Richter stellt sich, das leuchtet denn doch wohl in das Auge, gar nicht über den Gesetzgeber, sondern unter ihn, insoweit dieser eben wirklich im einzelnen Falle berechtigter Gesetzgeber ist; d. h. er stellt sich unter das giltige Gesetz, nur aber gegen das ungiltige verfassungswidrige Gesetz. Das giltige Gesetz, das steht allerdings über dem Richter, und das wendet er auch unweigerlich an, ohne nach seiner Zweckmässigkeit u. s. w. irgendwie fragen zu dürfen; aber das ungiltige, verfassungswidrige Gesetz, das Gesetz, welches eben nicht Gesetz und nicht Recht ist, das wird denn doch wohl nicht über den Richter gestellt werden sollen! Was liegt aber überhaupt in der von uns vertretenen Lehre Anderes, als die Anweisung an den Richter, abhängig bloss vom Gesetze und unabhängig von der Regierungsgewalt zu sein, was Anderes als die Anweisung, eine Unabhängigkeit zu be-

haupten, die, wie ja doch allgemein anerkannt, unerlässlich ist, um jede Cabinetsjustiz auszuschliessen. Cabinetsjustiz aber ist es, das kann gar nicht geleugnet werden, ganz ebenso, wenn die Regierung für mehrere oder für eine ganze Gattung von Fällen eine verfassungswidrige Verordnung erlässt, wie wenn sie für einen einzelnen Fall eine willkürliche, gesetzwidrige Entscheidung befiehlt¹⁰⁾; ein vollständiges Analogon der Cabinetsjustiz bleibt es aber auch nicht minder, wenn ein in gehöriger Form erlassenes Gesetz einen verfassungswidrigen Inhalt hat, und es kommt dabei ganz auf Eins hinaus, ob nun solche Justiz in dem Cabinet des Souveräns oder in der Kammer der Volksvertretung ihren Ausgangspunkt gefunden hat. Es ist klar, dass dabei zwischen der verfassungswidrigen Verordnung, bei der eben nur das Staatsoberhaupt thätig war, und zwischen dem verfassungswidrigen Gesetze, bei dem die Volksvertretung mitgewirkt hat, kein Unterschied zu machen sei. Jenes kann die in der Verfassung gegebenen Schranken absichtlich oder absichtslos überschreiten, nicht minder aber auch diese; wir unsererseits vermögen selbst in der von Bluntschli geäusserten Hoffnung, dass namentlich die Volksvertretung sich immer ihrer Stellung bewusst bleiben und das lebendige Gefühl ihrer Pflichten gegen die Verfassung bewahren werde, eine Garantie gegen verfassungswidrige Gesetze und gegen die Anwendung ungiltigen Rechtes nicht zu erkennen. Eine solche Garantie liegt aber in der staatlichen Stellung der Justizbehörden und in der Amtspflicht des Richters, welche dahin lautet, dass er das bestehende, verfassungsmässige Gesetz und kein anderes anzuwenden habe, insolange diess bestehende Gesetz nicht durch ein neues, gleichfalls verfassungsmässiges verdrängt worden ist.¹¹⁾

¹⁰⁾ Das hob auch schon der treffliche vorjährige Berichtstatter, unser geistvoller Ihering, hervor.

¹¹⁾ Der verdienstvolle K. S. Zachariae hat einmal eine Art Begründung des Satzes von der Unabhängigkeit der Gerichte mehr an-

III. Es ist ein weiterer Einwand erhoben worden, und die Ansicht fand auf dem vorjährigen Juristentage einen sehr beachtenswerthen Vertreter: Das, was hier von den Gerichten verlangt werde, die Prüfung der Verfassungsmässigkeit der Gesetze, das sei ja im constitutionellen Staate Sache der Minister und hierzu sei eben die Ministerverantwortlichkeit da. Ja, diese letztere würde wohl gar keinen Sinn haben, wenn man statuiren wollte, die Gerichte sollten über die materielle Verfassungsmässigkeit zu judiciren haben.

Auch diesem Argument liegt ein offener Trugschluss zum Grunde. Die Ministerverantwortlichkeit reicht viel weiter und hat eine andere Tendenz als das Prüfungsrecht der Gerichte. Jene soll präventiv wirken, dieses wirkt repressiv. Jene soll das Entstehen der verfassungswidrigen Norm verhindern, dieses ihre Anwendung. Die Verwaltungsbehörden, welche den Ministerien unbedingt untergeordnet sind, können ferner längst einen verfassungswidrigen Erlass, ein verfassungswidriges Gesetz thatsächlich angewendet haben, ehe ein Gericht dazu kommt, jenen oder dieses in dem einzelnen Falle, der vor sein Forum gelangt, für unverbindlich zu erklären. Unter solchen Umständen wird die Ministerverantwortlichkeit neben dem Prüfungsrecht der Gerichte und in einem weit umfassenderen Sinne als dieses selbst, eminent praktisch sein. Ja, es brauchte der Fall gar nicht vor die Judicatur eines Gerichtes gekommen zu sein, oder dieses könnte die betreffende Verfügung irrigerweise unbedenklich angewendet haben, und die Kammern

gedeutet als ausgeführt, auf die ich, weil sie sehr beachtenswerth erscheint, kurz verweise (Arch. f. civ. Pr. XVI, S. 173 ff.) Er sagt ungefähr Folgendes:

Die gesetzgebende Gewalt stelle den allgemeinen, den Gesamtwillen dar. Wie nun zwei Parteien im Rechtsstreite begriffen sind, erscheine diese gesetzgebende Gewalt, welche den Willen Aller darstellen soll, schon als parteiisch. Deshalb müssten eben die Gerichte in völliger Unabhängigkeit von der gesetzgebenden Gewalt amtiren.

könnten sich dennoch veranlasst sehen, ein Ministerium wegen verfassungswidrigen Gebahrens in Anklagezustand zu versetzen. Mit Einem Worte: die Ministerverantwortlichkeit für überflüssig erklären, weil oder wo das von uns begehrte richterliche Prüfungsrecht besteht, heisst gerade ebenso viel, als etwa eine gute Polizei für überflüssig erklären, weil das Strafgesetz und -Gericht im Staate thätig ist.

IV. Es ist ferner behauptet, das von uns vertretene, formale und materielle Prüfungsrecht, respective die dadurch erhöhte Stellung des Richteramtes, hänge mit der Volkssouveränität zusammen, diese aber sei für die öffentlichen Rechtszustände in Europa unanwendbar. Die letztere Behauptung muss unbedenklich zugegeben werden; die erstere aber, die Meinung, dass das in Anspruch genommene Recht mit der Volkssouveränität im Zusammenhange stehe, ist eine leere Fiction. Sowie nur einmal die legislative Gewalt zwischen Fürst und Volk getheilt ist, es mag dabei die Vollzugs-, die Regierungsgewalt ganz in den Händen des Fürsten gelegen, und es mag von Volkssouveränität auch ganz und gar keine Rede sein, so ist das Prüfungsrecht der Gerichte begründet. Denn die Gerichte prüfen ja nur die Verfassungsmässigkeit der legislativen Verfügungen, sie sorgen also nur für die unbeirrte Aufrechthaltung jenes allein giltigen (Verfassungs-) Rechtes, welches von Fürst und Volk gemeinsam vereinbart und sanctionirt, oder auch etwa vom Fürsten einseitig octroyirt, vom Volke aber angenommen und genehmigt worden ist. Davon, dass die Gerichte mit ihrem Prüfungsrechte irgendwie den Schwerpunkt der Souveränität verrücken, kann um so weniger gesprochen werden, als sie ja vielmehr nur jenes Verhältniss der Souveränität unberührt bestehen lassen, welches, ganz unabhängig von ihrer Wirksamkeit, durch die die Verfassung constituirenden Factoren bereits festgestellt worden ist. Wenn aber durch

dieses Prüfungsrecht die Verfassung selbst auf eine höhere Stufe gestellt wird, als einzelne Gesetze, wenn man jene damit für unantastbar erklärt, insolange sie nicht durch die berufenen Organe auf verfassungsmässige Weise abgeändert worden ist, so leuchtet ein, dass diess mit der Volkssouveränität auch nicht das Geringste zu schaffen habe, und dass dasselbe, nur in engeren Grenzen eingeschlossene Princip sich sogar in den meisten constitutionellen Verfassungen ausgedrückt findet, wenn sie Modificationen des Staatsgrundgesetzes nur unter besonders qualificirten, ihr Zustandekommen erschwerenden Umständen für zulässig erklären.¹²⁾

V. Man sagt endlich, das von uns postulierte Prüfungsrecht der Gerichte sei praktisch und durchführbar. Hier bedarf es sorgfältiger Unterscheidung, denn, während die früher erörterten Einwände sich schon auf den ersten Blick als völlig haltlos darstellen, dürfen wir andererseits rücksichtlich dieses Bedenkens uns nicht verhehlen, dass, wenn es auch nur nicht vollständig widerlegt werden könnte, es schon für sich allein hinreichend sein müsste, unsere ganze vorausgegangene Argumentation aus dem Felde zu schlagen. Ein etwas näheres Eingehen ist also hier durch die Natur der Sache geboten.

Zunächst wird zur Unterstützung jener Behauptung eine Reihe angeblich sehr eclatanter Fälle angeführt, aus welchen jene praktische Undurchführbarkeit sich ergeben soll. Es seien z. B. (ich verweise hier wieder auf die gehaltvolle Rede Reichensperger's im Pleno des dritten Juristentages) in mehr als einem Staate auf Grund eines behaupteten oder wirklichen Nothstaatsrechtes abnorme, d. h. verfassungswidrige, Aenderungen der Wahlgesetze geboten erachtet worden, wie diess in Preussen bei der Octroyirung des Wahlgesetzes von 1849 der Fall war. Will man nun, wird weiter gefragt, diese Thatsachen

¹²⁾ Man vergl. den Abschnitt „Gewähr der Verfassung“ in der Mehrzahl der Deutschen Verfassungsurkunden.

in foro wirklich nicht respectiren, will man nicht anerkennen, dass in der That eine Landesvertretung, die nicht die wirklich verfassungsmässige ist, unter diesen oder jenen Voraussetzungen dennoch die Wirksamkeit einer legalen Landesvertretung üben könne und müsse?

Nun denn, ich gestehe offen, es scheint mir einigermaßen befremdend, dass hier die angebliche Nothwendigkeit, einen Verfassungsbruch zu sanctioniren, als ein Motiv angeführt wird, um dessentwillen das richterliche Prüfungsrecht zu beschränken sei. Man sollte meinen, es müsse in dem Beruf und in der Würde der Rechtswissenschaft gelegen sein, überall die Warnerstimme zu erheben, wo etwa von der Möglichkeit schwerer Rechtsverletzungen die Rede ist, und die tiefen Abgründe zu erhellen, in welche ein Gebahren solcher Art, und gehe es aus von wem immer, nothwendig führen muss. Man sollte ferner meinen, es stehe Niemandem schlechter an, denn jener *ars boni et aequi*, als welche schon der alte römische Jurist Celsus die Jurisprudenz charakterisirte, zu solch' schweren Rechtsverletzungen gleichsam zu ermuntern, indem sie deren unheilvolle Folgen beseitigen hilft, die daraus hervorgehenden Inconvenienzen behebt; sie sei nun einmal nicht die geeignete Bundesgenossin für Diejenigen, die etwa darauf ausgehen, um an ein von Stahl über das Revolutionmachen gebrauchtes Wort zu erinnern, ohne Gefahr in Bequemlichkeit¹³⁾ Reaction zu machen, einen *coup d'état*, den Verfassungsbruch zu bewerkstelligen. Ja, es erscheint sogar als ein geradezu verwerfliches Princip, jenem, ich möchte sagen schlotternden Rechtsbewusstsein eine wissenschaftliche Grundlage zu geben, welches schnell bereit ist, aus dem Absolutismus in den Constitutionalismus, dann etwa in den Republikanismus und wieder zurück überzugehen, aus Einer Verfassungsform, aus Einem öffentlichen Rechtszustande in den anderen, erworbene Rechte missachtend,

¹³⁾ Oder wie das preussische Ministerium Brandenburg dies im Jahre 1850 vom Ministertisch aussprach: im Schlafrock und Pantoffeln.

jedesmal Zweckmässigkeitsgründe und das angebliche *salut public* an die Spitze stellend, ohne dass jemals zu einem geordneten staatlichen Leben zu gelangen sein könnte.

Sieht man aber auch ab von allem hier Ausgeführten, Bedenken, wie es scheint, in der That sehr praktischer Natur gegenüber jenen angeblich praktischen, so involvirt jene Behauptung überdiess noch ein offenes Hysteron-Proteron. Denn das ist zum Mindesten noch eine ungelöste Frage, ob nicht das umfassende Prüfungsrecht, welches wir den Gerichten vindiciren, wesentlich mit dazu beitragen kann, jene Verfassungsverletzungen hintan zu halten, welche nach der hier bekämpften Ansicht die Wissenschaft als ein *fait accompli* hinzunehmen hätte und denen sie den Weg zu bahnen behilflich sein soll.

Ein weiterer Fall ist folgender. Wie, sagt man, soll der Richter auch wirklich prüfen dürfen, ob in einem einzelnen Fall die Landesvertretung ihre Zustimmung tatsächlich in der Weise gegeben habe, wie diess in der Gesetzessammlung Seitens der höchsten Gewalt festgestellt und beglaubigt worden ist (oben sub 5)? Im preussischen Herrenhause sei ein Gesetz berathen und über dasselbe abgestimmt worden, trotz des von dem Präsidenten überhörten Antrags eines Mitgliedes, das dem Anschein nach nicht mehr beschlussfähige Haus abzählen zu lassen. Sofort habe der Präsident den Paragraphen als angenommen erklärt, dann aber, über jenen wiederholten Antrag, das Haus wirklich abzählen lassen und nicht mehr beschlussfähig gefunden. Sollten nun die Gerichte jenen Paragraphen, als nicht in verfassungsmässiger Weise festgestellt, für unverbindlich erklären dürfen?

Auch diese, angeblich aus unserem Princip gezogene, monströse Folgerung schwebt in der Luft. Die Geschäftsordnung der Vertretungskörper im constitutionellen Staate ist entweder ein integrierender Theil der Verfassung, oder es ist wenigstens in der Verfassung normirt, dass jedes Haus seine Geschäftsordnung selbst festzustellen habe. In der

einen oder anderen Weise wird es ersichtlich sein, ob die Erklärung des Präsidenten, ein Beschluss sei geschäftsordnungsmässig zu Stande gekommen, entscheide, ob demselben hierüber die Cognition zustehe. Ist dem so, wie diess wohl überall der Fall sein wird, so behebt sich die behauptete Schwierigkeit von selbst, und es könnte dann von vornherein keinem Richter einfallen, einen so gefassten Beschluss anzufechten.

Jene sog. eclatanten Fälle beweisen also nichts, und wenn es überhaupt noch nöthig sein sollte, so stelle ich ihnen auch meinerseits einen Fall gegenüber, welcher die abnormen Consequenzen darstellt, zu welchen die Geltung verfassungswidriger Gesetze führen kann, wobei es jedoch, um nicht gar zu ausführlich zu werden, genügen mag, auf die interessante Abhandlung Vollert's über die Giltigkeit der im Fürstenthume Reuss. j. L. vom Mai 1852 bis November 1853 erlassenen Gesetze zu verweisen.¹⁴⁾

Die praktische Undurchführbarkeit unserer Theorie soll aber auch noch darin ihre Begründung finden, dass die Richter nicht im Stande, nicht befähigt seien, jene Fragen zu beurtheilen. Auch diess Argument ist mit wenig Worten erledigt. Was wir hier dem Richter zumuthen, ist denn doch in der That bei Weitem keine so schwierige Denkoperation, als diejenige, welche ihm im Civilprocesse, wie wir schon oben gesehen haben, bei der Prüfung des Daseins eines Gewohnheitsrechtes, oder überhaupt, wo immer es sich um Feststellung der anzuwendenden Rechtsquelle, z. B. um die Lehre von der rückwirkenden Kraft der Gesetze oder vom internationalen Privatrechte handelt, tagtäglich auferlegt ist.¹⁵⁾ Vermag er diese Aufgaben zu lösen, warum nicht auch jene? Die feineren, die subtilen

¹⁴⁾ In der Zeitschr. f. die gesammte Staatswissenschaft von Rau, Mohl und Hanssen, X. 1854, S. 328. (S. ferner ebendasselbst S. 586.)

¹⁵⁾ Es braucht hier wohl kaum an den 8. Band des Savigny'schen Systems, an Story u. s. w. oder an Wächter's treffliche Abhandlungen im Civilist. Archiv erinnert zu werden.

Unterscheidungen sind zudem gerade in den Bestimmungen des öffentlichen Rechtes meistens vermieden, schon desshalb, weil diese letzteren auch dem Laien und dem täglichen Gebrauche zugänglich gemacht werden wollen. Und wenn endlich irgendwo durch Undeutlichkeit der Verfassungs- oder Gesetzesbestimmung eine mangelhafte richterliche Entscheidung herbeigeführt werden sollte, so läge darin eben, wie wir sogleich noch sehen werden, ein sehr erspriesslicher Impuls zur Abhilfe und Modification.

Das Prüfungsrecht der Gerichte, sagt man endlich, sei desshalb undurchführbar, weil dadurch Verschiedenartigkeit der gerichtlichen Entscheidungen und damit Rechtsunsicherheit, Verwirrung, Anarchie unabwendbar herbeigeführt werden müssen.

Auch dieses letzte Bedenken ist schon von Robert von Mohl berührt und siegreich widerlegt. Die zu besorgende Verschiedenartigkeit der Richtersprüche ist dadurch zu beseitigen und muss dadurch beseitigt werden, dass in jedem einzelnen Falle, in welchem durch richterlichen Sentenz die Unverbindlichkeit eines Gesetzes wegen Verfassungswidrigkeit ausgesprochen wird, von Amtswegen der Rechtszug im Wege des Obergerichtes an den obersten Gerichtshof zu leiten sein soll. Fällt hier das Verdict zu Gunsten des angefochtenen Gesetzes aus, so werden alle Gerichte des Landes in Gemässheit dieses Präjudicates erkennen, und die Sache ist abgethan, von einer Rechtsverschiedenheit keine Rede. Bestätigt jedoch der oberste Gerichtshof die Unverbindlichkeit des Gesetzes, so werden alle Gerichte des Landes in dem gleichen Sinne zu erkennen haben, und dann ist wieder keine Rechtsverschiedenheit vorhanden. Wohl aber ist dann für die gesetzgebende Gewalt der Moment eingetreten, entweder das angefochtene Gesetz selber aufzuheben, beziehungsweise abzuändern, oder auch es durch eine in legaler Weise vorzunehmende Verfassungsänderung zum giltigen Gesetze zu gestalten. Eine achtzigjährige Praxis in Nordamerika zeigt übrigens

zur Genüge, dass alle jene künstlich ersonnenen Gefahren im praktischen Leben verschwinden.¹⁶⁾

Damit erscheinen denn alle irgend erheblichen Gegenstände beseitigt und es erübrigt uns nur noch, auch unsererseits diejenigen praktischen Momente hervorzuheben, in denen wir eine weitere Begründung und Befürwortung der von uns vertretenen Lehre erkennen.

Zunächst ist es gar nicht die Meinung und am allerwenigsten der Wunsch Derjenigen, welche für das umfassende Prüfungsrecht der Gerichte votiren, dass die Richter, so wie einmal dieses Recht ihnen eingeräumt worden sei, nun gar häufig in die Lage kommen mögen, verfassungswidrige Gesetze oder derartige provisorische Verordnungen als unverbindlich zu erklären. Die Voraussetzung ist vielmehr die, dass die Einräumung dieses Rechtes eine sehr erhebliche präventive Wirksamkeit zu üben vermöge, und dass dasselbe ein sehr erspriessliches Mittel darbiete, um die gesetzgebende und die Regierungsgewalt zu veranlassen, in ihren verfassungsmässigen Schranken zu verbleiben, um also einerseits vor der Willkür des Staatsoberhauptes, andererseits vor der oft nicht minder gefährlichen Tyrannei der Majoritäten zu schützen.

Ein weiterer Gedanke ist der, dass mit der Einräumung des gedachten Prüfungsrechtes an die Gerichte die Stellung der Kammern einerseits und des Staatsoberhauptes andererseits im Sinne der Verfassung klarer und bestimmter normirt werde. Es bleiben damit jene oft geltend gemachten, so zu sagen transcendentalen (metaphysischen) Begriffe von einer der Souveränität zukommenden Heiligkeit, sowie von einer der Volksvertretung zukommenden Omnipotenz ganz bei Seite. Jeder dieser beiden politischen Factoren begibt sich von vornherein eines über die scharf umschriebenen Grenzen der Verfassungsbestimmungen hinausreichenden Wirkungskreises. Sache der Gerichte aber ist es, indirect, insoweit sie eben im einzelnen Falle

¹⁶⁾ Aus den 80 Jahren ist nunmehr — 1835 — ein Jahrhundert geworden.

in Anspruch genommen werden, für die Einhaltung dieser Competenzkreise Sorge zu tragen. Es ist damit ferner gegeben, dass das Grundgesetz des Landes, gewöhnlich die reife Schöpfung einer etwas längeren Vergangenheit, manchmal sogar früherer Jahrhunderte, grössere Festigkeit und gesicherteren Bestand erlangt gegenüber dem wandelbaren Gesetz und Recht jedes Tages; es ist die Möglichkeit gewonnen, dass sich im Laufe der Zeit ein historisches Recht der Verfassung, gewissermassen eine Ehrwürdigkeit und Legitimität der verfassungsmässigen Freiheit entfalte, ein Princip, an welchem die Nordamerikaner z. B. so sehr festhalten, dass sie für die Gerichte, wo es sich um das Verhältniss der Verfassung zu einzelnen Gesetzen handelt, analog unserer Rechtsparömie: *Lex posterior derogat priori*, einen Rechtsatz des Inhalts geschaffen haben: *Lex superior* (d. i. das Verfassungsgesetz) *derogat inferiori*.¹⁷⁾

Es ist ferner eine gar sehr beachtenswerthe Erwägung, dass mit dem Prüfungsrecht der Gerichte das Ansehen der Rechtspflege überhaupt und die Würde des Richterstandes in bedeutendem Grade gehoben wird. Die Thatsache, dass das bestehende Recht gewahrt und behauptet werde gegenüber jeder wie immer gearteten Verletzung, und komme diese auch von der gesetzgebenden oder Regierungsgewalt selber, verleiht dem Rechte eine höhere Weihe und gibt dem in völliger Unabhängigkeit amtirenden Richter, als dessen Mission die Handhabung dieses Rechtes erscheint, eine höhere sittliche Würde; er wächst, nach dem Worte des Dichters, mit seinen grösseren Zwecken. Damit steigert sich aber auch die Macht des Rechtsbewusstseins im gesammten Staate, eine Macht, die für den Bestand des Ganzen nur segensreich wirken kann.

¹⁷⁾ Man vergl. Josef Story Comm., I. S. 254, IV. Cap., II, S. 427, Cap. XXVIII.; den bei uns noch viel zu wenig gewürdigten, trefflichen Federalist Nr. 78, 80, 81 und 82; endlich Tocqueville, *la Démocratie en Amérique*. I, S. 118 (13. Aufl. Paris 1850), auch Note 12 und 13 am Ende des II. Bandes.

Es ist endlich aber auch nicht zu verkennen, dass mit diesem richterlichen Prüfungsrechte, dessen Massstab ja die Verfassung ist, diese selbst sich tiefer und tiefer einwurzelt in das Bewusstsein des gesamten Volkes. Unsere modernen Verfassungen, verhehlen wir es uns nicht, sind das späte Product unserer politischen Bedürfnisse, der mühsam errungenen Erkenntniss ihrer Zweckmässigkeit. Wir haben ihnen weder jene feste Grundlage der religiösen Ueberzeugungen mehr verleihen können, auf welcher die Staatsverfassungen des classischen Alterthums beruht haben, noch auch kommt ihnen jene Weihe der Anciennität zu Gute, die für die Verfassung Englands z. B. von so unschätzbarem Werthe ist. Sie wurzeln desshalb noch nicht tief im öffentlichen Bewusstsein, das Gefühl von ihrem Werthe schwankt je nach der Strömung der Zeiten, wie wir diess nur zu oft erlebt haben. Lassen sich desshalb kräftige Schutzwehren für dieselben errichten, so möge man diess zu thun nicht ausser Acht lassen. Wenn der einzelne Bürger sein Hausrecht und seine Bürgerrechte wahrt, wenn die Gemeindevertretungen die communalen Rechte hüten, wenn die Provinzial- und Reichsvertretungen die politischen Rechte der Gesamtheit aufrecht halten, wenn endlich der Richter tagtäglich dafür einsteht, dass nur verfassungsmässig entstandene und mit der Verfassung im Einklang stehende Gesetze in Anwendung gebracht werden, dann, aber auch nur dann erhält das Verfassungsleben seine feste und dauernde Organisation; dann geht das Bewusstsein von dem nothwendigen, ja unerlässlichen Bestande des Rechts- und Verfassungsstaates *in succum et sanguinem* des Volkes über; dann wird der Staat zum geordneten System, ich möchte sagen zum Kosmos der bürgerlichen und politischen Freiheit. Auf solchem Terrain erstehen dann jene Bürgertugenden, deren ein freies Staatsleben bedarf, und kommen einst schwere Zeiten der Willkür und Vergewaltigung, so fehlen die Männer nicht vom

Schlage Hampden's und Pym's, die in strenger Gesetzmässigkeit, ohne Waffen und ohne Revolution, sich erheben, und ihrem Land und Volk die Freiheit wiedererringen oder erhalten.

Ich fasse sohin die Summe meiner Deduction in dem Antrage zusammen:

„Der Juristentag wolle aussprechen:

Die Würde der Rechtspflege und die Handhabung der Gerechtigkeit ist nur da gesichert, wo der Richter auch die Frage über die Verfassungsmässigkeit der Gesetze (sowie der provisorischen Verordnungen) ohne Einschränkung zu prüfen hat.“

Damit wären wir zu Ende. Jedoch ist eine kurze Bemerkung noch übrig. Man kann die Einwendung erheben, dass diese Frage dem Staatsrecht angehöre, aber wohl bemerkt, der ganze Inhalt der Frage, auch derjenige Theil derselben, über welchen der Deutsche Juristentag bereits im verflossenen Jahre gesprochen. In der Wesenheit ist das auch gar nicht zu bestreiten. Der Antrag hat zum Gegenstand das Verhältniss des Richters zur legislativen und zur Regierungsgewalt, ein wesentlich staatsrechtliches Verhältniss. Er hat zum Gegenstand die Lehre von der Unabhängigkeit der Gerichte, von dem bloss verfassungsmässigen Gehorsam, eine wesentlich staatsrechtliche Lehre, und er hängt enge zusammen mit der ebenfalls wieder staatsrechtlichen Lehre von der Unabsetzbarkeit der Richter. Die Rechtsverhältnisse der Staatsbürger untereinander hat er nicht zum Gegenstande; mit der Competenz der Gerichte gegenüber den Rechtsuchenden oder mit der inneren Organisation der Gerichte hat er nichts zu schaffen. Ueber das Gebiet des Civilrechtes im strengen Sinne insbesondere reicht er schon deshalb hinaus, weil ja im gegebenen Falle der Strafrichter die in demselben enthal-

tenen Fragen ganz ebenso zu lösen hat, wie der Civilrichter. Dasselbe ergibt sich aus der Stellung der Lehre in der Literatur¹⁸⁾ und in den positiven Gesetzen.

Aber andererseits reicht diese Lehre auch wieder mit allen ihren entscheidenden Consequenzen in das Processrecht (Civil- und Strafprocessrecht) hinein, findet auf diesem und nur auf diesem Gebiete ihre Anwendung. An diesen Ausläufern, an diesen Fäden mag denn der Juristentag, wie er diess auch schon im verflossenen Jahre gethan, sie erfassen, um sein massgebendes Urtheil über sie zu sprechen. An der Hand dieses Einen Präcedenzfalles aber möge dann auch der Juristentag die Frage sich vorlegen, ob es nicht über kurz oder lang ein gebieterisches Bedürfniss für ihn sein werde (wie praktisch immerhin die Motive sein mögen, die ihn bisher abgehalten), auch das Gebiet des Staatsrechtes in den Kreis seiner Erörterungen zu ziehen, damit er seine schöne Mission mehr und mehr in ihrem gesammten und eigentlichen Umfang erfülle.

¹⁸⁾ Vergl. auch Mohl a. a. O. S. 66 und den Ausspruch Bluntschli's, Allg. Staatsrecht I, S. 489 Nr. 2, 2. Aufl. von 1857.

A N T R A G

des

Abgeordneten Grafen Coronini und Genossen.

Gesetz

vom

wodurch

einige Bestimmungen der mit dem Gesetze vom 2. April 1873, R. G. Bl. Nr. 41, erlassenen Reichsrathswahlordnung, dann des Gesetzes vom 12. Mai 1873, R. G. Bl. Nr. 94, in Betreff der Geschäftsordnung des Reichsrathes abgeändert werden.

Mit Zustimmung beider Häuser des Reichsrathes finde Ich anzuordnen, wie folgt:

Art. I.

Die §§. 55 und 58 der mit dem Gesetze vom 2. April 1873, R. G. Bl. Nr. 41, erlassenen Reichsraths-Wahlordnung treten in ihrer gegenwärtigen Fassung ausser Kraft und haben nunmehr zu lauten:

§. 55. Der Landeschef hat nach Einsichtnahme in die nach §. 51 und 52 an ihn gelangten Wahlacten jedem gewählten Abgeordneten, gegen den nicht einer der im §. 20 festgesetzten Ausschlussgründe von der Wählbarkeit vorliegt, ein Wahlcertificat auszufertigen und zustellen zu lassen, welches Certificat den gewählten Abgeordneten zum Eintritte in das Haus der Abgeordneten des Reichsrathes berechtigt.

Wenn wegen eines Ausschliessungsgrundes die Ausfertigung des Wahlcertificates verweigert wird, so kann eine Neuwahl nur dann angeordnet werden, wenn die Wahl von dem durch das gegenwärtige Gesetz bestellten besonderen Gerichtshofe für angefochtene Reichsrathswahlen als ungiltig erklärt worden ist.

Die Wahllacten sind an den Minister des Innern einzusenden, welcher sie dem Präsidium des Hauses der Abgeordneten übergibt.

§. 58. Der Präsident des Abgeordnetenhauses gibt demselben bekannt, welche Wahlen durch hiezu Berufene oder von Seite des Landeschefs durch Verweigerung des Wahlcertificates angefochten worden sind und veranlasst gleichzeitig die Berathung und Entscheidung über die Giltigkeit oder Ungiltigkeit derselben durch den Gerichtshof für angefochtene Reichsrathswahlen, indem er die betreffenden Wahllacten an diesen Gerichtshof leitet.

Insolange die Wahl eines mit dem Wahlcertificate versehenen Abgeordneten (§. 55) nicht für ungiltig erklärt worden ist, hat derselbe Sitz und Stimme.

Wird die Wahl eines Abgeordneten, dem die Ausfertigung des Wahlcertificates verweigert wurde, für giltig erklärt, so ist derselbe durch den Präsidenten zum Eintritte in das Haus der Abgeordneten aufzufordern.

Art. II.

Die §§. 1, 2 und 3 des Gesetzes vom 12. Mai 1873, R. G. Bl. Nr. 94, in Betreff der Geschäftsordnung des Reichsrathes treten in ihrer gegenwärtigen Fassung ausser Kraft und haben nunmehr zu lauten:

§. 1. Die beiden Häuser des Reichsrathes versammeln sich an dem in der kaiserlichen Einberufung festgesetzten Tage zu der durch ihre Kanzleien bekannt gegebenen Stunde in ihren Sitzungssälen.

In den Sitzungen des Abgeordnetenhauses hat auf Grund des §. 58 der Reichsraths-Wahlordnung jeder

mit dem Wahlcertificate versehene Abgeordnete Sitz und Stimme, insolange dessen Wahl nicht für ungiltig erklärt worden ist.

Neu eintretende Abgeordnete haben ihr Wahlcertificat in der Kanzlei des Hauses zu überreichen.

Im Herrenhause werden der vom Kaiser ernannte Präsident und die von demselben ernannten Vicepräsidenten durch den vom Kaiser bestimmten Minister vorgestellt, und übernimmt der Präsident den Vorsitz.

Im Abgeordnetenhouse ist von dem nach der Geschäftsordnung dieses Hauses hiezu berufenen Mitgliede der einstweilige Vorsitz zu übernehmen.

Hierauf haben die neu eintretenden Mitglieder jedes Hauses dem Kaiser Treue und Gehorsam, unverbrüchliche Beobachtung der Staatsgrundgesetze, sowie aller anderen Gesetze, und gewissenhafte Erfüllung ihrer Pflichten über Aufforderung des Vorsitzenden an Eidesstatt zu geloben.

Von später eintretenden Mitgliedern wird die Angelobung bei ihrem Eintritte geleistet. Sind der ernannte Präsident des Herrenhauses oder das zum einstweiligen Vorsitze berufene Mitglied des Abgeordnetenhauses neu eintretende Mitglieder ihres Hauses, so hat ersterer vor Eröffnung der Session in die Hände des Kaisers, letzterer vor Uebernahme des Vorsitzes in die Hände des vom Kaiser bestimmten Ministers diese Angelobung zu leisten.

§. 2. Nachdem die Angelobung geleistet worden, erfolgt die feierliche Eröffnung des Reichsrathes in Gegenwart beider Häuser entweder durch den Kaiser in eigener Person oder durch eine hiemit vom Kaiser beauftragte Commission, welche den versammelten Reichsrath mit einer kaiserlichen Botschaft begrüsst.

Auch hat sich das Abgeordnetenhaus allsogleich nach geleisteter Angelobung durch das Los in neun Abtheilungen zu theilen.

§. 3. Alle Wahlen von mit Wahlcertificaten versehenen Abgeordneten, welche nicht von einem ihrer Wähler oder einer Person, der die begehrte Eintragung in die betreffende Wählerliste verweigert worden ist, innerhalb der unten angesetzten Frist angefochten werden, sind ohne weitere Prüfung als gültig anzusehen.

Wahlanfechtungen von Seite anderer als der vorstehend angeführten Personen, wie auch Wahlanfechtungen, welche, selbst wenn sie von solchen Personen ausgehen, nicht binnen drei Tagen nach feierlicher Eröffnung des Reichsrathes oder bei Ergänzungswahlen während einer Wahlperiode des Reichsrathes binnen vierzehn Tagen nach erfolgter Wahl beim Präsidium des Abgeordnetenhauses überreicht worden sind, werden nicht berücksichtigt, sondern einfach bei Seite gelegt.

Ausgenommen sind Wahlanfechtungen, welche sich auf den Mangel der Wahlbefähigung des Gewählten nach §. 20 der Reichsraths-Wahlordnung gründen und jederzeit, selbst wenn eine Wahl bereits für gültig erkannt worden ist, erhoben werden können.

Die Entscheidung über die Gültigkeit oder Ungültigkeit von Wahlen, gegen welche Anfechtungen vorliegen, die nach den vorhergehenden Absätzen zu berücksichtigen sind, oder von Wahlen solcher Abgeordneten, welchen die Ausfertigung des Wahlcertificates verweigert worden ist, steht dem Gerichtshofe für angefochtene Reichsrathswahlen zu.

Dieser Gerichtshof wird mit Beginn jeder Wahlperiode des Reichsrathes für die ganze Dauer derselben bestellt und besteht aus je drei Mitgliedern des Obersten Gerichts- und Cassationshofes, des Reichsgerichtes und des Verwaltungsgerichtshofes, welche in Plenarsitzungen der genannten Gerichtshöfe unter deren eigenen Mitgliedern, mit Ausschluss der Präsidenten, durch das Los bestimmt werden.

Wird eine Person, welche mehr als Einem der vorgedachten Gerichtshöfe zugleich angehört, dabei öfter als einmal in den Gerichtshof für angefochtene Reichsrathswahlen berufen, so entscheidet in einer Zusammenkunft der Präsidenten des Obersten Gerichts- und Cassationshofes, des Reichsgerichtes und des Verwaltungsgerichtshofes das Los, aus welchem der Gerichtshöfe welchem der mehr als einmal Berufene angehört, ein Ersatzmitglied in der in Alinea 5 vorgeschriebenen Weise zu entsenden sei.

In der ersten Sitzung des Gerichtshofes für angefochtene Reichsrathswahlen, welche über Aufforderung des Ministerpräsidenten unter Vorsitz des ältesten Mitgliedes innerhalb acht Tagen nach feierlicher Eröffnung des Reichsrathes stattzufinden hat, wird der Präsident durch das Los bezeichnet.

Wenn während der Dauer der Wahlperiode des Reichsrathes ein Mitglied des Gerichtshofes für angefochtene Reichsrathswahlen mit Tod abgeht oder es seine Eigenschaft als Mitglied des Gerichtshofes, dem es entnommen war, verliert, so hat ein anderes Mitglied aus dem Schoosse desselben, welches nach den Bestimmungen des Alinea 5 bezeichnet wird, an dessen Stelle zu treten.

Der Gerichtshof für angefochtene Reichsrathswahlen entwirft sich seine Geschäftsordnung selbst; doch finden die Bestimmungen des §. 7 des Gesetzes vom 12. Mai 1873, R. G. Bl. Nr. 94, in Betreff der Geschäftsordnung des Reichsrathes auf denselben volle Anwendung und darf das Verfahren, in welchem alle nothwendigen Erhebungen von Amtswegen zu pflegen sind, keiner Partei Kosten, welcher Art immer, auferlegen.

Die Verhandlungen des Gerichtshofes für angefochtene Reichsrathswahlen sind öffentlich und ist zur Schöpfung eines giltigen Erkenntnisses die Anwesenheit von mindestens sechs Mitgliedern, den Präsidenten nicht eingerechnet, erforderlich.

Eine Berufung gegen dessen Erkenntnisse ist nicht zulässig und sind dieselben mit den Entscheidungsgründen dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses mitzutheilen, der sie im Hause ohne Verzug vollinhaltlich verkündet.

Wird die Wahl eines Abgeordneten, dem die Ausfertigung des Wahlcertificates verweigert wurde, für gültig erklärt, so ist derselbe auf Grund des §. 58 der Reichsraths-Wahlordnung durch den Präsidenten zum Eintritte in das Haus der Abgeordneten aufzufordern.

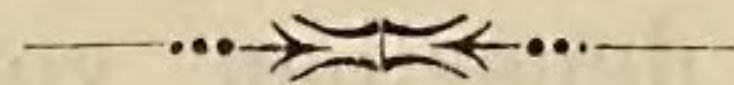
Wird die Wahl eines Abgeordneten für ungültig erklärt, so verliert er diese Eigenschaft in dem Augenblicke, in welchem das betreffende Erkenntniss im Hause verkündet wird.

Art. III.

Dieses Gesetz tritt zugleich mit der Ausschreibung allgemeiner Neuwahlen für das Abgeordnetenhaus des Reichsrathes in Wirksamkeit.

Art. IV.

Mit der Durchführung dieses Gesetzes, insofern die Reichsraths-Wahlordnung dadurch abgeändert wird, ist der Minister des Innern betraut.





Jaques, Heinrich,

Die Wahlprüfung in den modernen Staaten und ein Wahlprüfungsgerichtshof für
Österreich eine staatsrechtliche Abh

Wien 1885

Austr. 2253

urn:nbn:de:bvb:12-bsb11555530-9